



## 13. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 9. November 2012

**Mitteilungen des Ersten Vizepräsidenten** ..... 803

**Bedeutung des 9. November  
in der deutschen Geschichte** ..... 803

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg ..... 803

### **1 Schwarz-gelber Kuhhandel: Betreu- ungsgeld wider besseres Wissen**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1309 ..... 803

Wolfgang Jörg (SPD) ..... 803  
Andrea Asch (GRÜNE) ..... 805  
Walter Kern (CDU) ..... 807  
Christian Lindner (FDP) ..... 808  
Olaf Wegner (PIRATEN) ..... 810  
Ministerin Ute Schäfer ..... 810  
Karl-Josef Laumann (CDU) ..... 812  
Britta Altenkamp (SPD) ..... 813  
Marcel Hafke (FDP) ..... 815  
Andrea Asch (GRÜNE) ..... 816  
Daniel Düngel (PIRATEN) ..... 817  
Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ..... 818  
Armin Laschet (CDU) ..... 819  
Britta Altenkamp (SPD) ..... 821

### **2 10.000 Arbeitsplätze im mittelständischen Omnibusgewerbe dürfen nicht gefährdet werden – Landesregierung muss auch den NWO-Tarifvertrag für repräsentativ erklären**

Eilantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1310  
Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1381 ..... 822

Christof Rasche (FDP) ..... 822  
Rainer Bischoff (SPD) ..... 823  
Klaus Vosssem (CDU) ..... 824  
Rolf Beu (GRÜNE) ..... 825  
Torsten Sommer (PIRATEN) ..... 826  
Minister Guntram Schneider ..... 827  
Henning Rehbaum (CDU) ..... 828  
Rainer Schmeltzer (SPD) ..... 829  
Christof Rasche (FDP) ..... 829  
Minister Guntram Schneider ..... 830

Ergebnis ..... 831

### **3 Energiemonitoring und Fortschrittsbe- richt „Energiewende in NRW“ schafft Transparenz und Faktenbasis**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1047 ..... 831

Thomas Kufen (CDU) ..... 831  
Rainer Schmeltzer (SPD) ..... 832  
Wibke Brems (GRÜNE) ..... 834  
Dietmar Brockes (FDP) ..... 834  
Kai Schmalenbach (PIRATEN) ..... 835  
Minister Garrelt Duin ..... 836

Ergebnis ..... 836

### **4 Mit mehr Marktwirtschaft die Energie- wende aktiv gestalten – Verantwortung für den Energie- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen übernehmen**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1267 ..... 836

Ergebnis ..... 836

### **5 Studentischen Wohnraum fördern – fle- xible Lösungen gemeinsam erarbeiten**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1261..... 837

Jochen Ott (SPD)..... 837  
Daniela Schneckenburger (GRÜNE) ..... 838  
Wilhelm Hausmann (CDU)..... 840  
Holger Ellerbrock (FDP)..... 841  
Dr. Joachim Paul (PIRATEN)..... 842  
Minister Michael Groschek ..... 843

Ergebnis..... 845

## 6 PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/1257 ..... 845

Lukas Lamla (PIRATEN) ..... 845  
Michael Scheffler (SPD) ..... 846  
Christina Schulze Föcking (CDU) ..... 847  
Hans Christian Markert (GRÜNE)..... 848  
Susanne Schneider (FDP) ..... 850  
Minister Michael Groschek ..... 851  
Lukas Lamla (PIRATEN) ..... 852

Ergebnis..... 852

## 7 Martin und Metin werden hier gebraucht. Abwanderung von hochqualifizierten Fachkräften verhindern – Anreize zum Hierbleiben oder zur Rückkehr schaffen

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1276..... 852

Serap Güler (CDU)..... 852  
Angela Lück (SPD)..... 853  
Jutta Velte (GRÜNE)..... 854  
Dr. Joachim Stamp (FDP) ..... 855  
Torsten Sommer (PIRATEN) ..... 856  
Minister Guntram Schneider..... 856

Ergebnis..... 857

## 8 Kein Fracking in Nordrhein-Westfalen: Trinkwasserschutz hat Vorrang

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/866

In Verbindung mit:

**Weiterhin keine Genehmigung von Fracking-Technologie bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas – Wasserschutz sichern – Informations- und Wissensdefizite beseitigen**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1266

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1383..... 858

Josef Hovenjürgen (CDU) ..... 858  
Thomas Eiskirch (SPD) ..... 859  
Wibke Brems (GRÜNE) ..... 860  
Dietmar Brockes (FDP) ..... 861  
Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN)..... 861  
Minister Johannes Remmel ..... 863  
Josef Hovenjürgen (CDU) ..... 864

Ergebnis..... 864

## 9 Stromversorgung sicherstellen – welche Antworten hat die Landesregierung zur in Rede stehenden Abschaltung des Kraftwerks Datteln I-III?

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1046

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1376..... 864

Lothar Hegemann (CDU) ..... 865  
Thomas Eiskirch (SPD) ..... 866  
Wibke Brems (GRÜNE) ..... 867  
Dietmar Brockes (FDP) ..... 867  
Kai Schmalenbach (PIRATEN) ..... 868  
Minister Johannes Remmel ..... 869

Ergebnis..... 870

**Nächste Sitzung..... 870**

**Anlage** ..... 871

**Zu TOP 8 – „Kein Fracking in Nordrhein-Westfalen: Trinkwasserschutz hat Vorrang“ – nach § 46 Abs. 2 GeschO von Michele Marsching (PIRATEN) zu Protokoll gegebene Erklärung**

**Entschuldigt waren:**

Ministerin Sylvia Löhrmann  
Minister Johannes Remmel  
(bis 12:30 Uhr)  
Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren  
(ab 15:00 Uhr)

Hans-Peter Müller (SPD)  
Ibrahim Yetim (SPD)

Rainer Deppe (CDU)  
Werner Jostmeier (CDU)  
Klaus Kaiser (CDU)  
Rolf Seel (CDU)  
Peter Preuß (CDU)

Horst Becker (GRÜNE)  
Stefan Engstfeld (GRÜNE)  
(11:00 bis 12:30 Uhr)  
Herbert Franz Goldmann (GRÜNE)  
(ab 13:00 Uhr)

Oliver Bayer (PIRATEN)



## Beginn 10:04

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 13. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen.

Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne, insbesondere der Schulklass, die heute an unserer Landtagssitzung teilnimmt, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **neun Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir vor Eintritt in die Tagesordnung einige Worte zur **Bedeutung des 9. November in Deutschland**.

Der 9. November gehört in Deutschland zu den Tagen, wo Freude und Leid, Jubel und Scham unmittelbar zusammentreffen. Immer wieder ist der 9. November als „Schicksalstag“ der Deutschen bezeichnet worden, zumal auf dieses Datum eine Reihe von Ereignissen fallen, die in der Geschichte Deutschlands Wendepunkte markieren. Auf zwei Ereignisse will ich hinweisen.

Wir haben heute früh mit der Eröffnung der Zeitzeugenausstellung „Heimatsucher“ an die Pogrome des 9. November 1938 erinnert. Zur Stunde findet im Rathaus der Landeshauptstadt Düsseldorf eine Gedenkfeier statt, an der auch die Landtagspräsidentin teilnimmt.

Als „Tag der Schande“ und als „unerklärliche Verirrung eines Kulturvolkes in Mord und Lynchjustiz“ hat der Bochumer Historiker Hans Mommsen den von den Nazis initiierten Massenspogrom treffend bezeichnet.

Eine Schande, die mit dem Boykott jüdischer Geschäfte 1933 ihren Anfang nahm. Die Pogrome markieren den Übergang von der Diskriminierung der Juden zur systematischen Verfolgung, die bald darauf in den Holocaust mündete.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurde die deutsche Bevölkerung auf die Probe gestellt. Die übergroße Mehrheit versagte kläglich.

„Sie alle hätten an diesem 9. November 1938 die Chance gehabt, dem Wahnsinn Einhalt zu gebieten und eine Rückkehr zu einem zivilisierten Miteinander von Juden und Nichtjuden in Deutschland zu ermöglichen. Wie wir wissen, geschah genau das Gegenteil.“

So hat der unvergessene Paul Spiegel diesen Tag beschrieben.

Und dann, ein halbes Jahrhundert danach, der 9. November 1989! Wie unermesslich groß waren

Glück und Freude, als die Menschen aus Ost und West am 9. November 1989 auf der Mauer tanzten, als sie gemeinsam die Grenze überschritten und sich nach vielen Jahren der Trennung in die Arme fielen. Die Bilder vom Fall der Mauer, vom ersten Öffnen der Grenztore durch die verunsicherte Volkspolizei bis zur Wiedervereinigung zählen wohl zu den emotionalsten Bildern der jüngeren deutschen Geschichte.

In jedem Fall ist der 9. November in unserer deutschen Geschichte Jahr für Jahr ein Tag der Erinnerung. Er ist als Gedenktag zugleich Mahnung für den kompromisslosen Eintritt für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und für ein mutiges Nein gegen jede Form von Antisemitismus, Willkür und Diskriminierung. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Wir treten nun in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

### 1 Schwarz-gelber Kuhhandel: Betreuungsgeld wider besseres Wissen

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1309

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 5. November 2012 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktionen Herrn Kollegen Jörg von der SPD-Fraktion das Wort.

**Wolfgang Jörg (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schönen guten Morgen zusammen! Nach der Ansprache ist es schwierig, das Thema zu wechseln, wir müssen es gleichwohl tun.

Niemand will es: kein Elternverband, kein Wohlfahrtsverband, kein Pädagoge, kein Wissenschaftler, die Mehrheit der Deutschen nicht, die SPD nicht, die Grünen nicht und auch die Piraten nicht. Nur einer will es: ein politischer Hallodri aus Bayern. Der will es, und deshalb wird es gemacht: Das Betreuungsgeld wird eingeführt.

Das ist deshalb unfassbar, weil damit wieder ein Familienbild ins Zentrum der Diskussion gerückt wird, das wir schon längst überwunden sahen:

Kinder, Kirche, Küche. – Das ist das Familienbild der CSU in Bayern.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Ich komme gleich zur CDU in Nordrhein-Westfalen. Darunter scheinen ein paar ganz vernünftige Menschen zu sein. Deshalb: Regen Sie sich nicht auf!

Es wird also versucht, dieses Familienbild aufrechtzuerhalten nach dem Motto: Koste es, was es wolle.

Der nächste Schritt wäre, jedem Kirchgänger pro Kirchgang 10 € zu geben. Das ist ungefähr vergleichbar mit dem, was da heute in Berlin passiert. Das ist ein Skandal, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN – Zuruf von der CDU: Das ist unter der Grenze!)

– Nein, das ist nicht unter Grenze. Unter der Grenze ist das, was Sie in Berlin machen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Ich kann Ihnen auch sagen, warum: Das Betreuungsgeld ist verfassungsrechtlich problematisch. Zum einen verletzt es das Nichteinmischungsgebot bei der Familienförderung. Zum anderen läuft es dem allgemeinen Gleichheitsgrundsatz entgegen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Das ist in diesem Fall aber anders, Herr Laschet. Sie als ehemaliger Familienminister müssten das eigentlich wissen.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger von der FDP – die FDP hat ja ein gespaltenes Verhältnis zum Betreuungsgeld – sagt: Die Frage wird sein, ob die Grundsätze der Gleichbehandlung verletzt werden. Man muss sehen, ob das Betreuungsgeld dem Verfassungsgericht überhaupt standhält. Wahrscheinlich eher nicht.

Das Betreuungsgeld ist Geldverschwendung. Es läuft diametral zu dem, was die FDP will. Es ist auf Pump gemacht. Das Geld bräuchten wir in Deutschland an anderer Stelle dringend. Christian Lindner zum Beispiel sagt: Die CSU zwingt die Koalition nun dazu, mit Geld, das wir nicht haben, eine Sozialleistung einzuführen, die niemand will. – Sehr wohl, Christian! Recht hast du!

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Ich finde, das ist einen Applaus wert. Von mir auch, Christian.

(Der Redner spendet ebenfalls Beifall.)

Das hast du gut gesagt!

Das Betreuungsgeld verhindert frühkindliche Bildung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das Geld,

das da jetzt verschwendet wird, bräuchten wir dringend in der frühkindlichen Bildung. Sozial Schwachen wird hier ein unsolides Angebot gemacht, ihre Kinder aus der Einrichtung fernzuhalten. Das muss man sich überlegen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

International ist das Betreuungsgeld von ein paar Staaten schon eingesetzt worden. Sie schaffen es jetzt wieder ab, weil nur zwei partizipieren: die ganz Reichen, die ihre Kinder ohnehin nicht in die Einrichtung bringen wollen, und die sozial Armen, die das Geld dringend brauchen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Zwei Drittel in Nordrhein-Westfalen haben keinen Betreuungsplatz!)

Nur diese beiden Gruppen partizipieren davon, aber nicht die Kinder und Familien, die dringend einen Betreuungsplatz haben wollen. Das ist ein unmöglich.

Natürlich wirkt das Betreuungsgeld auch der Gleichstellung von Männern und Frauen entgegen: weil die Frauen eine Belohnung dafür bekommen, bei ihren Kindern zu bleiben. Was für eine Politik ist das? Eine Politik aus dem Mittelalter! Das hält keiner modernen Familienpolitik mehr stand.

(Beifall von der SPD)

Herr Laschet, Sie wissen es genauso wie ich: Das Betreuungsgeld hält Frauen vom Arbeitsmarkt fern und erhöht damit ihr Risiko, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein. Sie nehmen die 150 € und haben dadurch ein erhöhtes Risiko.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Außerdem hemmt das Betreuungsgeld die Integration. Denn unter den sozial Schwachen sind besonders viele Menschen mit Migrationshintergrund. Sie sind Desintegrationsprozessen in Deutschland viel mehr ausgesetzt als deutsche Familien. Wir haben doch ein großes gesellschaftliches Interesse daran, dass diese Kinder in unsere Einrichtungen kommen. Darum müssen wir kämpfen.

(Zurufe von Karl-Josef Laumann [CDU] und Armin Laschet [CDU])

– Herr Laschet, Sie können sich hier doch nicht mehr zur Familien- oder Kinderpolitik äußern. Sie haben es fünf Jahre versucht und gar nichts hinbekommen. Also bitte! Wenn Sie hier das Wort dazu ergreifen, ist das wirklich albern.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das Betreuungsgeld hemmt die Integration, hemmt die nötige Entwicklung der Familien mit Migrationshintergrund, deren soziale Situation besonders schwach ist, hemmt sie, in unsere Einrichtungen zu kommen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das können Sie Ihrer Großmutter erzählen!)

Von daher ist das schon ein Skandal.

Es gibt doch auch bei Ihnen in der CDU genug Menschen, die das Betreuungsgeld als sehr problematisch ansehen, zum Beispiel Kristina Schröder. Sie ist von ihrer politischen Begabung her eher übersichtlich strukturiert, sagt aber:

„Je früher Max und Ali miteinander im Sandkasten spielen, umso besser für die Integration und umso besser für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

In diesem Fall hat Frau Schröder recht. Das besagt auch die gesamte Integrationsdebatte, die dahintersteckt. Wir müssen die Kinder zusammenführen. Und das geht nicht, wenn sie zu Hause bleiben und die Eltern dafür auch noch belohnt werden. Eine völlig falsche Politik!

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich bin entsetzt, meine Damen und Herren, ich habe so etwas in der bundesdeutschen Geschichte noch nicht erlebt. Wirklich alle sagen – über Parteigrenzen, über Konfessionen hinweg; auch die FDP sagt es –: Wir brauchen es nicht. – Und dieser Mensch aus Bayern fordert etwas ein, was er selber in seiner eigenen Biografie gar nicht lebt. Er macht das nur, um konservative Strukturen aufrechtzuerhalten, von denen er glaubt, dass sie mehrheitsfähig sind. Er in Person lebt nicht, was er hier einfordert. Und von solch einem Hallodri werden wir – ganz Deutschland – in eine Situation hineingetrieben, die viel Geld kostet, die auf Pump organisiert und finanziert wird.

Deshalb kann die FDP hier auch nicht mehr kommen und sagen, wir würden Beitragsfreiheit in Kindergärten auf Pump machen. Denn: Was machen Sie denn da? Die Zustimmung zu diesem Gesetz bedeutet genau das Gleiche. Ihre Argumente zu unserer Politik zerplatzen da wie Seifenblasen, finde ich.

Es ist eine unendlich bescheidene Situation. Alle sagen Nein, einer sagt Ja. Alle rennen dem einen, der Ja sagt, hinterher – nur aus wahltaktischen Gründen. Da wird gute Familienpolitik den Machtverhältnissen in Bayern geopfert. Das ist erbärmlich. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nun ist die Maus geboren. Nach jahrelangen Verhandlungen hat sich die

Streitkoalition in Berlin nunmehr auf ein wahrlich „gewichtiges“ Ziel geeinigt. Und dieses „Megaprojekt“, über das seit Jahren gestritten wurde, das ist nicht die Reform der Pflegeversicherung, das ist auch nicht die Einführung eines gerechteren und niedrigeren Steuersystems à la Guido Westerwelle. Das ist auch nicht die Reform der Rentenversicherung mit der besseren Anerkennung der Erziehungszeiten, wie die CDU es eigentlich wollte. Nein! Man hat sich auf die Einführung einer „Herdprämie“ verständigt.

Dabei gab es diese angebliche Einigung schon öfter: in den Koalitionsverhandlungen im Bund 2009, in zwei Koalitionsausschüssen 2011, 2012, im Kabinett im Juni 2012. Zwischenzeitlich hat sich die CDU auch mal mit der CSU verständigt und dabei die FDP ganz vergessen.

Aber weil diese Streitkoalition in Berlin keinen inhaltlichen Fahrplan, keine gemeinsame programmatische Grundlage hat, ist das Thema wieder auf die Tagesordnung gekommen. Ich bin sehr gespannt, ob das Gesetz überhaupt eine Mehrheit bei den Mitgliedern des Deutschen Bundestages findet. Ich muss sagen: Ich habe Respekt vor Frau Pieper von der FDP. Sie hat bereits die Ablehnung dieses Gesetzes angekündigt. Ich bin mir ziemlich sicher: Sie wird nicht die Einzige aus dem Regierungslager sein.

Meine Damen und Herren, es ist schon ein Stück abstoßend, dass eine Partei wie die CSU aus rein parteitaktischen Gründen gegen jede sachliche Vernunft die Gesellschaft in Geiselhaft nimmt, nur um die bayerische Landtagswahl zu gewinnen.

Noch abstoßender ist es, wie in Berlin die Einzelinteressen von Parteien wie auf dem Basar gegeneinander verhandelt werden: Gibst du mir das Betreuungsgeld, gebe ich dir die Praxisgebühr! – Das, meine Damen und Herren, ist Geschacher statt politische Gestaltung.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Viel ist in diesen Tagen die Rede vom Kuhhandel. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Viehhändler haben sich schon zu Wort gemeldet. Ich habe übrigens einen in meiner Familie, der hat sich das auch verboten. Sie verbitten sich diesen Vergleich als beleidigend. Sie sagen: Im Geschäft der Viehhändler geht es ehrlicher und zielgerichteter zu als in dieser Streitkoalition in Berlin.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Führen wir uns das noch mal vor Augen. Auf allen Ebenen brandmarkt die FDP die „Herdprämie“ als fachlich unsinnig und vor allen Dingen als finanziell nicht darstellbar. Ich zitiere die Staatsministerin der FDP im Auswärtigen Amt:

„Für mich ist das Betreuungsgeld eine doppelte Rolle rückwärts in alte Zeiten. Das ist eine Rück-

kehr zum alten Familienmodell Kinder, Küche, Kirche.“

– So weit Frau Pieper, Staatsministerin im Auswärtigen Amt.

Frau Leutheusser-Schnarrenberger, immerhin Justizministerin dieser Streitkoalition in Berlin, hat sich schon längst zu Wort gemeldet und mitgeteilt, dass dieses Gesetz wahrscheinlich verfassungswidrig ist und sie es anfechten wird.

So, das ist die Position von FDP-Politikerinnen.

Aber dann knickt genau diese Fraktion, diese Partei ein, weil sie sich politisch nicht durchsetzen kann und weil sie sich mit einem Bakschisch schmieren lässt.

Und der Herr Parteivorsitzende Rösler versteigt sich auch noch darauf – diese Wertung finde ich besonders „toll“ –, hier habe ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Aha! Will er damit zugeben, dass diese Streitkoalition drei Jahre lang nicht in der Lage war, gemeinsame Ergebnisse zu erzielen, oder was hat sich jetzt gewendet? Oder bezieht sich der Paradigmenwechsel auf die doppelte Rolle rückwärts in alte Zeiten, auf die Rückkehr zum alten Familienmodell Kinder, Küche, Kirche? Dann allerdings hätte er recht, der Herr Rösler – ausnahmsweise mal.

Meine Damen und Herren, das Betreuungsgeld wird von einer breiten Mehrheit der Gesellschaft abgelehnt. Sie wissen, dass Familienverbände, Kinder- und Jugendorganisationen, Frauenverbände, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Arbeitgeberverbände, Bildungsforscher die „Herdprämie“ ablehnen.

Gucken wir nach Norwegen; dort gab es solch ein Betreuungsgeld. Fazit ist: Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sind immer weniger in die Kita gegangen. Dadurch wurde der Spracherwerb beeinträchtigt und die Erwerbstätigkeit von Frauen behindert. Norwegen hat aus diesen Erfahrungen gelernt und dieses Geld für die Zweijährigen jetzt abgeschafft.

Es wäre schön, wenn sich die Politik in diesem Land, in Berlin auch einmal von der wesentlichen Frage leiten lassen würde. Und die lautet, liebe Kolleginnen und Kollegen: Was bringt es unseren Kindern? – Die Antwort ist ganz einfach: Für die Kinder bringt es nichts, sondern es ist eine Gefahr. Es schadet den Kindern, weil ihnen die frühkindliche Bildung in der Kita vorenthalten wird.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das ist doch nicht wahr, was Sie sagen!)

Das Betreuungsgeld ist bildungspolitisch falsch. Es konterkariert zudem die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Aber es ist nun mal so: Zusätzliches Geld war schon immer ein gutes Schmiermittel für diese Koa-

lition in Berlin. Deren Motor steht kurz vor dem Kolbenfresser und wird mit Schmiermitteln am Laufen gehalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit dem neuen Modell wird zudem ein hoher bürokratischer Aufwand produziert. Wer soll denn eigentlich kontrollieren? Vielleicht kann hier jemand von CDU oder FDP erklären, wie dieses Bildungssparen, das jetzt eingeführt wird, überhaupt gesteuert werden soll. Die Kosten dieser Bürokratie, die Kontrolle in den Einzelfällen, die Meldepflicht – all das müssen wieder die Kommunen machen, all das produziert wieder Kosten für die Kommunen. Und die haben sich auch schon zu Wort gemeldet und sagen, sie könnten das nicht schultern.

Wir reden über ein neues Bürokratiemonster. Wir reden über unseriöse Haushaltspolitik.

(Henning Höne [FDP]: Unverschämtheit!)

Wir reden über die FDPö. FDP. – FDPö. ist auch schön.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vielleicht war die Assoziation zur FPÖ irgendwie da.

Fragwürdig ist die Rolle des Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Lindner. Er hat das Betreuungsgeld 2009 mitverhandelt.

(Christian Lindner [FDP]: Nein!)

Als Generalsekretär der Bundes-FDP hat er an weiteren Einigungen zum Betreuungsgeld teilgenommen und es anschließend auch verteidigt. – Lieber Christian Lindner, wir alle haben die Zitate, mit denen man das belegen kann.

Nachdem er aus der Bundespolitik ausgeschieden ist, will er von all dem auf einmal nichts mehr wahrhaben. Es ist ganz einfach: Christian Lindner ist das Spiegelbild der FDP.

(Zurufe von der FDP)

Da können Sie schreien, wie Sie wollen. Unangenehme Wahrheiten wollen Sie offenbar nicht hören.

Die FDP ist bereit, jede inhaltliche Position zu vertreten – aber kurze Zeit später auch das genaue Gegenteil davon. Hauptsache, es dient dem Machterhalt! Diese Prinzipienlosigkeit hat der FDP auch das Label „Umfallerpartei“ gebracht.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Meine Damen und Herren, in der CDU sieht es auch nicht viel besser aus. Nach jahrelangem Zickzackkurs vermeidet sie mitt-

lerweile jede klare Aussage. Das wird von Herrn Tenhumberg wahrscheinlich gleich wiederholt.

Eine Hoffnung gibt es, meine Damen und Herren: Das ist die kurze Halbwertszeit dieses Gesetzes. Es soll einen Monat vor der Bundestagswahl eingeführt werden. Eine Hoffnung gibt es, nämlich dass wenige Wochen nach der Bundestagswahl eine neue rot-grüne Mehrheit diesen Unsinn ganz schnell wieder abschaffen wird. Das können wir Ihnen heute schon versprechen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Kern.

**Walter Kern (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Aktuellen Stunde zum Betreuungsgeld möchten die Regierungsfractionen offensichtlich den Bundeswahlkampf eröffnen und von ihrer eigenen Schwäche ablenken.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Bei diesem egoistischen Spitzenkandidaten Peer Steinbrück, der bei Plenarsitzungen fehlt, um sich zu bereichern, ist das auch erforderlich.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Zunächst einmal möchte ich Herrn Jörg daran erinnern, dass der erste Beschluss zur Einführung des Betreuungsgeldes in der Großen Koalition gefällt wurde.

(Beifall von der CDU und der FDP – Widerspruch von der SPD – Armin Laschet [CDU]: Erfolg der Großen Koalition!)

Seit Monaten versuchen Sie hier, Bundesthemen auf die Landesebene zu projizieren, um damit von Ihrer eigenen schwachen Politik vor Ort abzulenken. Hauptsache, Sie werden nicht zur Verantwortung gezogen!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Diese „Pontius-Pilatus-Methode“ werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dass Sie im Rahmen der U3-Betreuung die gesetzlichen Rahmenbedingungen ab dem 1. August 2013 nicht erfüllen werden, das geben Sie ja inzwischen öffentlich zu. Hiermit versuchen Sie nun, dem Bund die Schuld in die Schuhe zu schieben.

(Zuruf)

Bei der Abwahl von Peer Steinbrück als Ministerpräsident hatte Nordrhein-Westfalen die niedrigste Frauenbeschäftigung aller deutschen Bundesländer zu verzeichnen und war mit 11.800 U3-Plätzen

auch im wahrsten Sinne des Wortes das rote Schlusslicht aller Bundesländer.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der CDU: So ist es! Hört, hört!)

Gerade Alleinerziehende hatten mangels Betreuungsplätzen wenig Möglichkeit zu arbeiten. Es war unsere, die CDU-geführte Landesregierung, die durch erhebliche Anstrengungen den Ausbau innerhalb von fünf Jahren auf 86.000 Plätze – danke, Armin Laschet! – nach vorne getrieben hat.

(Beifall von der CDU)

Sie haben heute ein Defizit von 27.000 Plätzen und 15.000 genehmigten Provisorien im Land.

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Schande!)

Gleichzeitig werden Sie die Erzieherinnenausbildung ganz sicher nicht angemessen vorantreiben können. Deshalb sage ich an: Am 1. August 2013 wird es zu Qualitätsverlusten in den Tageseinrichtungen kommen. Ihre mangelnde Ausbaukompetenz wird auf dem Rücken nordrhein-westfälischer Kinder ausgetragen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Experten, Psychologen und Kinderärzte weisen immer wieder auf die Wichtigkeit der festen Bezugsperson in der frühesten Kindheit hin. Das ist in der Regel die Mutter. Auch in der Enquetekommission „Chancen für Kinder“ ist deutlichst darauf hingewiesen worden. Kinder brauchen zur gesunden emotionalen Entwicklung eine feste Bezugsperson, insbesondere in den ersten Lebensjahren. Die Familie bleibt bei aller Notwendigkeit des Ausbaus von Betreuungsplätzen, die wir hier deutlich unterstreichen, weiterhin die wichtigste Plattform, um Kindern Bildung, Werte und Erziehung zu vermitteln.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Im KJHG steht explizit, dass es Aufgabe der Kindertagesstätten ist, die Elternhäuser ergänzend zu unterstützen, und nicht, sie zu ersetzen.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh, oh!)

Die Familie steht zu recht unter dem besonderen Schutz der Verfassung.

(Zurufe von der SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, sehen wir der Drohung von Frau Nahles wegen des neuen Betreuungsgeldes mit ganz großer Gelassenheit entgegen. Sie sagt ja, dass sie das Bundesverfassungsgericht anrufen will. Das Betreuungsgeld ist eine wichtige Anerkennung für junge Familien.

(Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

Junge Frauen – gucken Sie sich die Marktuntersuchung an! – wünschen sich dieses Angebot in ganz großem Umfang. Wir können das Betreuungsgeld

durchaus als „Erziehungsgehalt“ bezeichnen. Mit den jetzigen Beiträgen sehe ich einen ersten Einstieg in eine neue Familienförderung.

Das Betreuungsgeld ist als familienpolitische Maßnahme festgeschrieben und muss nun in Gesetzesform gebracht werden. Es ist unverschämt von Ihnen, diese Koalitionsverhandlungen als „Kuhhandel“ zu bezeichnen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

In einer Koalition – auch in Ihrer – ist das Ringen nach gemeinsamen Lösungen ein ganz demokratischer Vorgang. Mit solchen populistischen Anträgen wie dem Ihren leisten Sie Politikverdrossenheit Vorschub. Wir wissen ja: Demut und Bescheidenheit sind nicht Ihre Sache.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Frau Löhrmann spricht im Zusammenhang mit dem Betreuungsgeld von einer „Antibildungsprämie“. Frau Löhrmann, nur ein Drittel der Bildung des Menschen findet in der Schule statt. Zwei Drittel finden im informellen Bildungsbereich, also dem Elternhaus, und im nonformalen Bereich statt. Es ist eine Dreistigkeit von Ihnen, zu unterstellen, dass sozial schwächere Eltern keine guten Eltern sind.

(Zuruf von der SPD: Das hat auch niemand gesagt!)

Meine Mutter hatte fünf Kinder, und ich stamme – das will ich offen sagen – aus materiell armen Verhältnissen. Ich hätte ihr damals dieses Betreuungsgeld gewünscht, und ich glaube, sie hätte es sehr verdient.

Meine Damen und Herren, Sie wissen: Die Arbeit der vielen Nur-Mütter wird seit Jahren gesellschaftlich unterbewertet.

(Beifall von der CDU)

Die entscheidende Größe, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, ist die Wahlfreiheit, die wir in großer politischer Verantwortung für junge Frauen und Väter sicherstellen werden. Eltern haben diese Wahlfreiheit verdient und können selber entscheiden, ob sie ihre Kinder in einer Kindertagesstätte anmelden oder zu Hause betreuen wollen. Beide Formen der familiären Entscheidung müssen respektiert und gefördert werden.

Dagegen sind Ihre ideologischen Grabenkämpfe abzulehnen. Das Kindeswohl ist zu wichtig, als dafür parteipolitische Pläne in einem staatlichen Kita-Zwang durchzusetzen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Frau Ministerpräsidentin, Sie werden sich an Ihren Vorschlag erinnern: Der Staat hat die Aufgabe, die Familie zu unterstützen, aber nicht zu bevormunden. – Hören Sie auf mit dieser Bevormundung!

Ob sich eine junge Frau aus sehr guten Gründen für die Mutterrolle oder die Vereinbarkeit beider Felder entscheidet, ist einzig und allein ihre Sache. Wahlfreiheit heißt: Offenheit für verschiedene Lebensentwürfe. Mit dem neuen Betreuungsgeld wird hier eine wichtige Lücke geschlossen.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Andrea Asch, Begriffe wie „Herdprämie“ lassen sich populistisch gut verkaufen, treffen aber nicht die Wirklichkeit, sondern sind eine Diskriminierung.

Junge Kinder zu früh außerhalb des Elternhauses zu betreuen – so Hans-Günter Roßbach, Professor für Elementar- und Familienpädagogik aus Bamberg –, ist mit hohen Risiken für die sozial-emotionale Entwicklung des Kindes verbunden. Das ist die wesentliche wissenschaftliche Wahrheit.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer, die verfassungsrechtlich verantwortlichen Eltern müssen diese Freiheit haben. Ich möchte Ihnen sagen: Ich bin sehr sicher, dass wir mit diesem Betreuungsgeld einen sehr, sehr guten Weg gehen. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall von der CDU – Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Lindner. Bitte schön.

**Christian Lindner (FDP):** Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Der Landtag befasst sich heute mit einer tagesaktuellen Frage der Bundespolitik. Die Regierungsfaktionen tragen ihre Oppositionsrolle, die sie im Bund einnehmen, in unser Parlament. Das ist immer ein gefahrgeneigtes Unternehmen. Im besten Fall gibt es dann nämlich gelungene Polemik, meistens aber – wie heute – nur Folklore.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich will das im Einzelnen anhand von drei Punkten darlegen:

Erstens. Seriös wäre gewesen, dass Sie, wenn Sie schon über aktuelle Koalitionsbeschlüsse aus Berlin hier debattieren wollen, das in einem Gesamtzusammenhang tun.

(Beifall von der FDP)

Seriös wäre gewesen, dass Sie hier auch über 750 Millionen € zusätzlich für Verkehrsinfrastruktur gesprochen hätten.

Seriös wäre gewesen, nicht nur über Einigungen beim Betreuungsgeld zu sprechen, sondern auch darüber, dass im März nächsten Jahres Eckpunkte für eine marktwirtschaftliche Energiewende vorgelegt werden. Dann hätte sich Herr Remmel wunder-

bar empören können. Und Herr Duin hätte seine Rolle spielen können: als bislang unerfüllte Hoffnung, dass es in der SPD noch ein Stück Widerstand gegen die grüne Industriepolitik gibt.

(Beifall von der FDP)

Seriös wäre gewesen, dass Sie, wenn Sie hier schon über Koalitionsbeschlüsse aus Berlin debattieren wollen, gewürdigt hätten, dass die Koalition in Berlin die Praxisgebühr abgeschafft hat, was wir hier im Landtag erst vor Kurzem mit Mehrheit beschlossen haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Damit hätten Sie Format bewiesen. Stattdessen erleben wir kleines Karo von Rot-Grün. In der Weise, wie Sie Ihre Oppositionsrolle in den Landtag tragen, sind Sie die Pepita-Koalition!

(Beifall von der FDP – Lebhafter Widerspruch von Britta Altenkamp [SPD])

Zweiter Punkt: Wolfgang Jörg hat mich korrekt zitiert. In der Tat reklamiert die FDP nicht die Urheberschaft für das Betreuungsgeld.

Insbesondere hatten wir Sorgen hinsichtlich der finanziellen Tragfähigkeit einer solchen Konzeption. Wir waren besorgt, dass die Berliner Koalition ähnlich wirtschaften könnte wie Sie hier in Düsseldorf.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir waren besorgt, dass das, wie Sie die Kindergartenbeitragsfreiheit und das Sozialticket ohne sozialpräventive Wirkung auf Pump einführen, in Berlin auch uns hätte vorgeworfen werden können. Das war unsere Sorge!

(Beifall von der FDP)

Aber die Koalition hat am vergangenen Sonntag auf Initiative der FDP beschlossen, den Kurs der Haushaltskonsolidierung im Bund weiter zu forcieren. Im März 2013 wird der Bundesfinanzminister Eckpunkte für einen Bundeshaushalt 2014 vorlegen, der die Neuverschuldung noch weiter reduziert.

Wie ist das denn hier in Nordrhein-Westfalen? Lasse ich einmal die Belastungen für die WestLB als Sondertatbestände außen vor, werden Sie in diesem Jahr 3,2 Milliarden € neue Schulden machen.

(Beifall von der FDP)

Im nächsten Jahr planen Sie mit 3,5 Milliarden € Schulden, also mit einer noch höheren Nettokreditaufnahme. Während in Berlin das Tempo erhöht wird, fallen Sie zurück! In der Haushaltspolitik ist die schwarz-gelbe Koalition in Berlin trotz Betreuungsgeld der klarste Kontrast zu Rot-Grün in Düsseldorf.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Zum Dritten: Es gibt natürlich auch familien- und bildungspolitische Fragen, die im Zusammenhang mit

dem Betreuungsgeld mit großer Ernsthaftigkeit diskutiert werden müssen – aber bitte schön mit Stil.

(Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

– Warten Sie mal ab! – Diese Koalition hier geht davon aus, dass zwei Drittel der Kinder im Alter von unter drei Jahren nicht in einer Einrichtung betreut werden.

(Zurufe von der FDP: Ja!)

Frau Ministerin Schäfer, Sie gehen bei Ihrer Ausbauplanung davon aus, dass nur etwas mehr als ein Drittel der Kinder in einer Einrichtung betreut wird. Das ist Ihre Planung – und die haben wir noch nicht einmal erreicht.

(Britta Altenkamp [SPD]: Unvereinbare Zahlen! – Zuruf von der SPD: Das ist Bullshit! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund spricht die Schulministerin Löhrmann von einer Antibildungsprämie.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Sie sprechen von einer Herdprämie. Aber nur ein Drittel der Kinder bekommt nach Ihrer Planung überhaupt einen Platz!

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Und mit Blick auf die anderen zwei Drittel wird den Eltern vorgeworfen, sie würden ihren Kindern Bildung vorenthalten! Das ist ungehörig. Entweder Sie schaffen für alle einen Platz, oder Sie korrigieren Ihren Stil!

(Anhaltender lebhafter Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD: Überlegen Sie mal, was das kostet! – Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Im Übrigen, Frau Ministerpräsidentin, was sagen Sie eigentlich dazu, dass Herr Duin im Deutschen Bundestag dem Betreuungsgeld zugestimmt hat?

(Heiterkeit von der FDP und der CDU – Beifall von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Was sagen Sie dazu, dass Frau Schwall-Düren im Deutschen Bundestag dem Betreuungsgeld 2007/2008 zugestimmt hat?

(Heiterkeit und Beifall von der FDP und der CDU – Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren schüttelt den Kopf.)

Was sagen Sie dazu, dass die SPD-Bundestagsfraktion dem Betreuungsgeld zugestimmt hat?

In Thüringen gibt es seit 2009 eine Große Koalition.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ja!)

In Thüringen ist der Chefberater von Peer Steinbrück Wirtschaftsminister.

(Zuruf von der FDP: So ist es!)

In Thüringen gibt es eine SPD-Familienministerin. In Thüringen gibt es ein Landesbetreuungsgeld.

(Zuruf von der CDU: Ach!)

In Thüringen gibt es keinen Antrag der SPD, das abzuschaffen.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE] – Weitere Zurufe)

Im Gegenteil: Im Oktober des vergangenen Jahres hat im Zuge der Haushaltskonsolidierungsnotwendigkeiten die Fraktion der FDP beantragt,

(Zuruf von der SPD: Lüge! – Gegenruf von Lothar Hegemann [CDU])

auf das Landesbetreuungsgeld zu verzichten. Diesem Antrag, den die FDP eingebracht hat, hat die CDU nicht zugestimmt. Das war keine Überraschung. Die SPD hat diesem Antrag nicht zugestimmt. So ist das eben in Koalitionen. Aber auch die oppositionellen Grünen haben die Abschaffung des Landesbetreuungsgeldes abgelehnt.

(Große Heiterkeit und Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der FDP: Hört, hört!)

Sie sind in dieser Frage völlig unglaublich. Sie haben sich mit dieser Aktuelle Stunde keinen Gefallen getan.

(Große Heiterkeit und anhaltender lebhafter Beifall von der FDP und der CDU – Widerspruch von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Wegner.

**Olaf Wegner (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Liebe Menschen im Stream!

(Heiterkeit von der FDP)

Ich hoffe, dass ich nach dieser Polemik wieder zu ein bisschen mehr Sachlichkeit kommen kann.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN und der SPD)

Es wurde von einem „Kuhhandel“ gesprochen. „Kuhhandel“ hat immer zwei Seiten. Ich gehe zunächst auf die positive Seite ein. Die Praxisgebühr ist abgeschafft, und das ist gut so. Nur der Preis ist nicht akzeptabel.

Ich habe bereits vorgestern zum Belastungsausgleichsgesetz erwähnt, dass die Bedürfnisse der Kinder in der Politik viel zu wenig Beachtung finden. Mehrfach habe ich in der Vergangenheit darauf hin-

gewiesen, dass es in Kindertagesstätten nicht um die Unterbringung von Kindern, sondern vor allem um die Bildung geht,

(Beifall von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

um das Erlernen von sozialer Kommunikation und sozialen Kompetenzen.

Die Bundesregierung möchte mit dem Betreuungsgeld eine monatliche Prämie auszahlen unter der Bedingung – seien wir doch mal ehrlich –, dass Eltern ihren Kindern Bildung vorenthalten.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich kann auch das Argument von Herrn Kern von der CDU nicht ganz nachvollziehen, es müsse eine Wahlfreiheit geben. Denn eine Wahlfreiheit kann es erst geben, wenn Kindertagesstätten existieren. Solange sie nicht existieren, wird es keine Wahlfreiheit geben.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Aus diesem Grunde habe ich einen neuen Namen für das Betreuungsgeld. Man könnte es ganz gut „betreuungsbedingte Verdienstausschüttung“ nennen.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN und der SPD)

Deshalb unterstützen die Piraten die Landesregierung weiterhin dabei, sich auf Bundesebene gegen das Betreuungsgeld auszusprechen, und fordern sie auf, im Bundesrat dagegen zu stimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und Arif Ünal [GRÜNE])

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Wegner. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schäfer.

**Ute Schäfer,** Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Lindner, wenn einem die Argumente ausgehen, dann muss man laut brüllen. Das haben Sie eben getan.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und den PIRATEN – Lachen von der CDU und der FDP – Zurufe von der FDP: Oh!)

In der Tat konnte man in der Vergangenheit das eine oder andere zum Betreuungsgeld hören, was konträr zu dem steht, was Ihre Partei in Berlin mitgetragen hat. Das ist absolut konträr zu dem, was

Sie vorhin gesagt haben. Sie widersprechen sich in einer Tour.

(Christian Lindner [FDP]: Sie haben es ins Gesetzblatt geschrieben, Frau Schäfer!)

Herr Kern, Ihre Rede hat nicht alle in Ihrer eigenen Fraktion überzeugt. Herr Laschet hat keinen Finger gerührt, um zu applaudieren,

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

weil auch er sich in der Vergangenheit schon gelegentlich sehr, sehr kritisch zum Betreuungsgeld geäußert hat.

Aber diese Aktuelle Stunde heute ist überschrieben mit dem Stichwort „Kuhhandel“. Und wenn man einmal im Duden nachschaut, was eigentlich ein Kuhhandel ist, kann man lesen: Es ist ein übles Tauschgeschäft, ein kleinliches Aushandeln von Vorteilen. – Besser kann man das, was am Sonntagabend zu später Stunde im Kanzleramt über die Bühne gegangen ist, wirklich nicht beschreiben.

(Beifall von der SPD)

Eine CSU, die unter Druck steht, weil im nächsten Jahr die Landtagswahl in Bayern ist. Eine Kanzlerin, die unter Druck steht, weil sie 2013 mit einer heillos zerstrittenen Koalition in die Bundestagswahl geht. Und eine FDP, die unter Druck steht, weil sie bundesweit weit unter die Fünfprozenthürde geraten ist. Ich kann nur annehmen, die Erleichterung in Berlin muss riesig gewesen sein, als Sonntagnacht dieser Kuhhandel, dieser zynische Deal um das Betreuungsgeld besiegelt war.

In großen Worten wurde dann am Montag von Schwarz-Gelb die sogenannte Wahlfreiheit der Eltern beschworen. Ich zitiere dazu mit Erlaubnis des Präsidenten einmal einen Kommentar aus dem „Express“ aus Düsseldorf von Mittwoch:

„Es wirkt wie ein Hohn, wenn die Regierung in Berlin nun jene Milliarde, die bei den Kitas dringend gebraucht würde, für das Betreuungsgeld aus dem Koalitions-Fenster wirft.“

Kinder und Familien brauchen beste Bildung, brauchen beste Chancen. Aber was sie nicht brauchen, ist jemand, der ihnen sagt, wie sie zu leben haben. Was sie nicht brauchen, ist eine teure Familienleistung, die rein konsumtiv ausgerichtet ist, die keine Zukunftsperspektiven schafft und die gerade die Kinder von früher Bildung fernhält, die es am dringendsten benötigen.

Das hat man übrigens inzwischen auch in Thüringen festgestellt. Man überlegt dort, das sogenannte Betreuungsgeld oder Bildungsgeld wieder abzuschaffen. Das hat man in Norwegen und in Schweden festgestellt. Man hat festgestellt, dass es genau die Kinder von der Bildungseinrichtung fernhält, die es am dringendsten gebrauchen. Und diese familienpolitische Maßnahme wollen Sie jetzt in Deutschland einführen? – Was für ein Irrsinn!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte noch einmal wiederholen, dass die Bürger und Bürgerinnen Ihre Einschätzung, dass das Betreuungsgeld eine richtige Maßnahme ist, nicht teilen. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland lehnt es ab. Im Übrigen sind auch 62 % der Menschen der Meinung, dass es sich um Wahlgeschenke handelt, was Sie Sonntagnacht verhandelt haben, zumindest was das Betreuungsgeld angeht.

Ich möchte auch ausdrücklich sagen, dass die Abschaffung der Praxisgebühr auf unsere Zustimmung trifft. Das muss einmal gesagt werden, Herr Lindner: Es ist eine ordnungspolitisch vernünftige Maßnahme, weil man festgestellt hat, dass es nicht gewirkt hat.

Wenn man aber doch auch schon festgestellt hat, dass das Betreuungsgeld nicht wirkt, warum führen Sie es dann mit ein und verantworten das auch noch?

(Beifall von der SPD)

Man kann sich in der Tat fragen: Für wen macht diese Bundesregierung eigentlich Politik? Für Herrn Seehofer, für Frau Haderthauer höchstpersönlich? Mir ist zu Ohren gekommen, dass es in Bayern auch ein Landeserziehungsgeld gibt. Jetzt kann man ja eins und eins zusammenzählen und kommt auf Folgendes: Die Bayern wollen vielleicht auf diese Weise ihr eigenes Landeserziehungsgeld sparen, wenn sie jetzt das Betreuungsgeld vom Bund finanziert bekommen. So könnte man sich das auch zusammenreimen.

Aber was für ein Signal gibt die Bundesregierung außerdem noch damit? – Wer Bildung nicht in Anspruch nimmt, erhält Cash auf die Hand. Sollen sich die Familien demnächst auch von Musikschulen, Bibliotheken und Sportvereinen abmelden? Ihr Theater-Abo kündigen? Bekommen sie dann auch Cash auf die Hand? Dieses Betreuungsgeld geht an den Sorgen und Bedürfnissen der Familien vorbei. Es löst keine Probleme, sondern es schafft neue Probleme.

Worauf ich wirklich noch warte, sind Wortmeldungen von Herrn Laschet und Herrn Lindner, die sich in der Vergangenheit bekanntermaßen mehrfach klar gegen das Betreuungsgeld positioniert haben. Man kann im Internet nachlesen: Am 5. Oktober dieses Jahres hat sich der Generalsekretär der NRW-FDP zu Wort gemeldet. Vollmundig forderte er – ich zitiere ihn mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Laschet hat es in der Hand, das Betreuungsgeld zu stoppen.“

So die Überschrift. Weiter:

„Der Ball liegt nach unserer Kritik jetzt auf dem Elfmeterpunkt. Wenn das Betreuungsgeld nicht eingeführt werden soll, muss Armin Laschet als Vorsitzender des größten Landesverbands der

CDU jetzt den Elfer verwandeln. Seiner öffentlich geäußerten Kritik müssen Taten folgen ...“

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Noch im Oktober ging es gar nicht kritisch und tatkräftig genug bei CDU und FDP gegen das Betreuungsgeld. Und jetzt? – Zustimmung und Erläuterung hier im Parlament, warum das denn eigentlich eine gute Leistung sei. – Das verstehen die Menschen in Deutschland nicht mehr, das verstehen die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht mehr. Das ist ein Zickzackkurs.

Ich kündige Ihnen auch an: Wenn Rot-Grün die Bundesregierung übernimmt, wird diese unsinnige familienpolitische Maßnahme wieder abgeschafft.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der FDP: Oh!)

Wir kämpfen dafür, dass es mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorangeht. Ihre Anschuldigungen gegen diese Landesregierung, sie habe nichts für die Familien und für die Kinder in Nordrhein-Westfalen getan, sind wirklich abenteuerlich. Wir haben ein Investitionsprogramm von einer halben Milliarde in zwei Jahren aufgelegt, wir unterstützen die Kommunen und die Träger beim U3-Ausbau. Sie haben nicht einen Cent frisches Landesgeld für diese Maßnahmen in die Hand genommen. Das war Ihre Familienpolitik. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Laumann.

**Karl-Josef Laumann (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir geht es heute in der Debatte darum, deutlich zu machen – und das kann ich als Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen auch nicht stehen lassen –, dass wir hier in diesem Haus eine Debatte führen über die Frage der Betreuung der Kinder, der kleinen Kinder unter drei Jahren, in der von verschiedenen Rednerinnen und Rednern, auch noch durch Presseverlautbarungen von Mitgliedern der Landesregierung, dargestellt wird, dass die Betreuung von Unter-Dreijährigen zu Hause in Wahrheit bedeutet, dass diesen Kindern Bildungschancen vorenthalten werden.

(Beifall von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Genau so ist es!)

Wenn man sagt, das Betreuungsgeld sei eine Anti-bildungsprämie, wenn hier heute im Landtag Reden gehalten worden sind, in denen sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden ist, dass eine wahre Förderung der Kinder nur in einer Kita stattfindet,

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Niemand hat das gesagt!)

dann möchte ich dieses mit aller Entschiedenheit im Namen der Christlich Demokratischen Union zurückweisen!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zweiter Punkt: Ich glaube, dass wir nicht einen ideologischen Streit führen sollten gegen die Emotionen von Vätern und Müttern, die ihre Kinder in den ersten drei Lebensjahren zu Hause betreuen.

(Beifall von der CDU)

Jetzt will ich einen weiteren Punkt sagen, der mich wirklich schwer beschäftigt. Wenn man eine solche Debatte mit dem Tonschlag, wie etwa Frau Asch ihn geführt hat, führt, dann müsste man auch in Wirklichkeit für jedes Kind einen Betreuungsplatz haben. Aber wenn man ein Land repräsentiert, in dem wir nur für 18 % der Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz haben, dann sollte man für jeden Vater und jede Mutter dankbar sein,

(Zurufe von Andrea Asch [GRÜNE] und Daniela Schneckenburger [GRÜNE])

der oder die die Betreuung zu Hause sicherstellt!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich möchte in dieser Debatte ein Weiteres sagen.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE] – Gegenruf von Ilka von Boeselager [CDU])

Ich glaube, dass wir uns mit der Debatte zur Betreuung der Kleinstkinder zurzeit überhaupt keinen Gefallen tun. Wenn ich auf mich die veröffentlichte Meinung zu diesem Thema wirken lasse, dann hören unsere jungen Leute heute: Das große Problem unserer Gesellschaft ist, dass zu wenig Kinder geboren werden.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Dann hören sie Politik und Wirtschaft sagen: Aufgrund des Fachkräftemangels – aber machen wir uns nichts vor: auch weil die Einkommenssituation vieler Menschen so ist, wie sie ist – brauchen die Mütter wie die Väter einen Arbeitsplatz.

Dann hält sich ein junges Paar an dies alles. Unser Staat hat ihnen versprochen, dass ab August nächsten Jahres zumindest für jedes dritte Kind, das geboren wird, ein Betreuungsplatz zur Verfügung steht. Dann entscheiden sie sich für ein Kind. Und dann werden sie in vielen Regionen Nordrhein-Westfalens feststellen, dass wir nicht einmal dieses Drittel erreicht haben. Das ist doch die bittere Wahrheit!

(Beifall von der CDU)

Zur gleichen Zeit maßt sich Rot-Grün hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen eine Debatte gegen die Betreuung der Kinder unter drei Jahren zu Hau-

se an. Ich kann nur sagen: Eine solche Politik ist nicht logisch. Sie ist unanständig. Sie ist unehrlich, und sie trifft überhaupt nicht die Realität in diesem Land, in dem Sie Verantwortung tragen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann wird hier ein Bild gezeichnet, als hätten wir mit Bayern irgendwie einen Teil Deutschlands, in dem alles ganz schrecklich sei. Ich will nur sagen: Die Bayern sind in der Betreuungsquote bei U3-Kindern weit vor Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von der CDU)

Denn die jüngste Erhebung des Statistischen Bundesamtes sagt, dass Bayern mit einer Betreuungsquote von 23 % einen mittleren Platz unter den alten, westdeutschen Bundesländern einnimmt und Nordrhein-Westfalen mit 18 % den Schlussplatz aller deutschen Länder. Das ist die Wahrheit. Und dann eine solche Debatte hier im Landtag!

(Beifall von der CDU)

Ich glaube, dass es doch unstrittig ist, dass Kinder für ihre Entwicklung ganz eindeutig einen großen Lebensvorteil haben, wenn sie ein gutes Elternhaus haben. Wir wissen auch alle, dass ein gutes Elternhaus die Stelle ist, an der Kinder sich am besten zu eigenen Persönlichkeiten entwickeln. Dass Elternhäuser dabei die Unterstützung von Kitas, von Kindergärten und von Schulen brauchen, ist eigentlich nichts Neues.

Deswegen hätte ich mir zumindest auch einmal von Rot-Grün und auch von Mitgliedern der Landesregierung gewünscht, die hier Presseerklärungen abgeben, alles sei Antibildung, wenn die Kinder noch zu Hause sind, dass man eine solche Debatte erst einmal anfängt mit einem Dankeschön für die vielen Väter und Mütter, die sich rührend um ihre Kinder kümmern und die ihre Kinder in ein gutes Leben begleiten.

(Beifall von der CDU und der FDP – Minister Michael Groschek: Das ist eine Selbstverständlichkeit! Jetzt sollen wir uns schon dafür bedanken?)

Dann hätte ich in einer solchen Debatte einmal erwartet, dass man ein ähnliches Dankeschön an die vielen Kindergärtnerinnen und Kindergärtner, Betreuungspersonen,

(Britta Altenkamp [SPD]: Erzieherinnen und Erzieher!)

Erzieherinnen und Erzieher

(Britta Altenkamp [SPD]: Danke!)

in unseren Kitas, in unseren Kindergärten, an die Lehrerinnen und Lehrer in unseren Grundschulen und in den Schulen sagt, die sich in aller Regel der Fälle sehr bemühen, diesen Kindern einen guten Weg in unsere Gesellschaft zu ebnen.

(Beifall von der CDU)

Dann gehört doch auch zur Wahrheit, dass wir in absehbarer Zeit nicht in der Lage sind, für alle Kinder einen Kitaplatz anzubieten, dass wir nicht einmal nächstes Jahr in der Lage sein werden, es für ein Drittel zu schaffen, dass wir ein Versprechen, das der Staat gegeben hat, nicht einhalten werden und wir deswegen enttäuschen werden.

Deswegen möchte ich Sie einfach einmal bitten, in dieser Situation vielleicht über die Frage des Betreuungsgeldes etwas anders zu reden. Man kann ja darüber streiten, ob die Einführung richtig ist oder falsch ist. Aber man kann die Debatte nicht so führen, als sei die Betreuung von Kindern in diesem Alter zu Hause

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

von vornherein eine Wegnahme von Startchancen.

(Beifall von der CDU)

Ich wäre froh – um das abschließend zu sagen –, wenn sich jetzt vielleicht der zweite Teil der Debatte etwas daran orientieren würde, dass auch der Wert von Elternhäusern für die Erziehung von Kleinkindern hier gewürdigt wird, und man nicht nur glaubt, das sei etwas Schlechtes. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Laumann. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Altenkamp.

**Britta Altenkamp (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Tat eine spannende Entwicklung, die wir heute Morgen erleben konnten, denn der Kollege Lindner sagte, wir redeten hier über Bundespolitik, um vom eigenen Versagen abzulenken.

Ich habe eher den Eindruck gehabt, Herr Lindner: Sie reden über Bundespolitik, und zwar aus folgenden Gründen: Sie wollen quasi wie ein Illusionist die Dinge, die Sie zum Thema „Betreuungsgeld“ gesagt haben, vergessen machen und schnell verschwinden lassen. Und: In Wahrheit haben Sie sich eingemischt, weil Sie sich hier zum Thema „Parteivorsitzender in Lauerstellung“ gerieren wollten.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Zweitens. Der Kollege Laumann ist in die Bütt gegangen, weil er eines nicht zulassen kann, nämlich dass morgen in der Zeitung steht, der einzig wahre Oppositionsführer in diesem Hause sei Kollege Lindner. Das ist doch der Punkt!

(Beifall von der SPD)

Dafür, Herr Laumann, stellen Sie etwas in den Raum, was überhaupt niemand hier jemals gesagt hat.

(Armin Laschet [CDU]: Frau Löhrmann hat das gesagt!)

Es ist mit keinem Wort bestritten worden, dass die Familie für die Sozialisierung und die Erziehung der wichtigste Ort überhaupt ist. Niemand zieht das hier in Zweifel.

(Armin Laschet [CDU]: Frau Löhrmann tut das!)

In der Debatte heute Morgen, Herr Laschet, hat das niemand gesagt. Wenn es also eines Anlasses bedurft hatte, dann ist es einzig und allein der, dass der Kollege Lindner in die Bütt gegangen ist. Das ist der Grund, kein anderer. Machen Sie also den Leuten nichts vor!

Was ist so falsch am Betreuungsgeld? – Zunächst einmal ist es etwas, was sehr wichtig ist: die Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes. Der schwarz-gelben Bundesregierung sind eben nicht alle Kinder gleich viel wert. Statt für alle Kinder möglichst viele Chancen und eine große Chancengerechtigkeit bei der Bildung zu schaffen, wird das Fernhalten der Kinder von der Kita belohnt. Darum können Sie auch nicht herumschwurbeln. Das ist das, was da stattfindet!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Laumann, die Spitze ist Ihre Einlassung, wir sollten angesichts der Tatsache, dass wir das Versprechen, den Rechtsanspruch zu erfüllen, nicht würden einhalten können, doch froh sein, dass die Bundesregierung das Betreuungsgeld einführt. Oder habe ich Sie da gerade falsch verstanden? – Das kann doch wohl nicht wahr sein! Wollen Sie mir erzählen, dass Schwarz-Gelb den Ländern mit dem Betreuungsgeld helfen will? – Das ist doch nicht zu fassen!

Schauen Sie nach Norwegen und Thüringen. Schauen Sie in die Länder, die das Betreuungsgeld haben. Die alle kommen aus zwei Gründen schwer ins Nachdenken, weil sich eines gezeigt hat: Kinder, die Bildung – und insbesondere frühe Bildung – nötig haben, kommen wesentlich später in die Kita.

Herr Kollege Laumann, wir können uns hier über den U3-Ausbau noch lange unterhalten, streiten und uns gegenseitig die Schuld zuschieben. Ich könnte Ihnen aber zum Beispiel von mehreren Kommunen erzählen, wo es die CDU-Kollegen sind, die Ratsmitglieder der CDU, die einen Kita-Neubau verhindern.

(Zurufe von der CDU)

– Sehen Sie ganz aktuell nach Bielefeld! – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir sollten, was das betrifft, wirklich langsam aber sicher an den Punkt kommen, alles dafür zu tun, dass den Eltern in Nordrhein-Westfalen, die ein Kind unter drei Jahren in eine Kita geben wollen, auch die Möglichkeit

dazu eröffnet wird; denn das ist wirkliche Wahlfreiheit.

Ich will jetzt noch einen Punkt anführen, der mich beim Betreuungsgeld ganz besonders stört. Eigentlich kann ich gar nicht fassen, dass das von der CDU so betrieben wird.

Ein eherner Grundsatz lautet: Nichteinmischung des Staates in die Lebensweise bei der Familienförderung. Was Sie mit dem Betreuungsgeld machen, ist das ganze Gegenteil davon. Sie belohnen bestimmte Lebensmodelle. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist schon eine ganz besondere Variante.

Eine noch schlimmere Variante ist das, was der jetzt abgeschlossene Kuhhandel beinhaltet: Jetzt soll es auch noch so etwas wie ein Bildungs-Riester geben. Das heißt, ob ein Kind in eine Kita geht oder nicht, hängt nicht zuletzt davon ab, wie die Altersvorsorge der Eltern stattfindet. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann doch nicht wahr sein! Wir reden doch überhaupt nicht über die Kinder, wir reden einzig und allein darüber, wie für die Eltern eine andere Situation geschaffen werden kann.

Die Kollegin Asch hat völlig recht: Es geht hier überhaupt nicht mehr um die Chancen für Kinder, sondern einzig und allein darum, wie Sie möglichst über die nächste Bundestagswahl kommen können. Das ist das eigentlich Peinliche daran. Dass Sie dann auch noch so tun, als seien Sie die Gralshüter der Familienförderung, ist nun wirklich nicht zu fassen.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Wahlfreiheit sei das – so der Kollege Kern –, was Sie antreibe. – In Wahrheit aber sind Sie überhaupt nicht wirklich zur Wahlfreiheit bereit, sondern Sie versuchen, an einem alten Lebensmodell, das insbesondere in den großen Städten für viele Menschen überhaupt kein Zukunftsmodell mehr ist, mit Mühe festzuhalten. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Der Weg der CDU in NRW zur Großstadtpartei ist noch ein langer Weg. So werden Sie das sicherlich nicht erreichen.

(Beifall von der SPD)

Die Kollegen der FDP – das kann ich Ihnen nicht ersparen – bitte ich, in die Zeitung von gestern zu schauen. Ich denke, es wird in den nächsten Tagen auch noch ein bisschen deutlicher werden: Das, was Sie mit Ihrem Bildungs-Riester hineinverhandelt haben, führt doch dazu, dass die prognostizierten 2 Milliarden € für das Betreuungsgeld überhaupt nicht ausreichen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre Partei hat sich doch wohl ziemlich über den Tisch hat ziehen lassen; denn die 2 Milliarden € sind doch wohl als Kompensation dafür gedacht, dass Sie die Praxisgebühr abgeschafft haben. Das ist eine gute Maßnahme, die – das ist überhaupt keine Frage – längst überfällig war. Wenn das Betreuungsgeld aber teu-

rer wird, dann sollten Sie sich langsam auf den Weg begeben und versuchen, dafür auch noch eine Kompensation zu finden, um den Kuhhandel endgültig perfekt zu machen.

Eines ist – ob nun 2 Millionen € oder 3 Milliarden € – wirklich klar: Sie entziehen mit dem Betreuungsgeld der Bildungsinfrastruktur Geld, das da gut gebraucht werden könnte und was den Kindern in den Kitas auch tatsächlich zugutekommen würde.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, setzen wir auf einen Systemwechsel. Wir setzen auf eine Kindergrundsicherung, denn all die vielen, vielen Maßnahmen, die wir in der Zwischenzeit hier, um angeblich die Kinder und die Familien zu fördern, führen am Ende zu nichts. Ein bürokratisches Monster ist das, was Sie mit dem Bildungs- und Teilhabepaket 2.0 in der Zwischenzeit geschaffen haben.

Deshalb kann ich nur raten: Liebe Kolleginnen und Kollegen, überlegen Sie sich, was Sie da getan haben, und tun Sie nicht so, als ob Sie in irgendeiner Form die Familien im Blick gehabt hätten. Sie haben nichts anderes im Blick gehabt als die Bundestagswahl im nächsten Jahr. Wenn die Bundestagswahl anders ausgeht als von Ihnen erhofft, ist das Betreuungsgeld genauso schnell wieder Geschichte, wie es eingeführt worden ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der FDP: Wie in Thüringen!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Hafke.

**Marcel Hafke (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fange mit der einfachen Wahrheit an: Es gibt gute Gründe, gegen das Betreuungsgeld zu sein.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Die FDP hat das auf Bundesebene deutlich gemacht, und wir haben das auch in Nordrhein-Westfalen und in diesem Parlament deutlich gemacht.

Damit kommen wir zu den – kaum komplizierteren – Wahrheiten, denen Sie sich aber hier und heute intellektuell verweigern. Sie wollen heute eine große Show abziehen, um von eigenen Fehlern abzulenken.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es ist doch selbstverständlich, dass in einer Koalition Kompromisse geschlossen werden müssen. Das Betreuungsgeld ist ein solcher Kompromiss. Er steht im Koalitionsvertrag, und wir sind vertragstreu. Das ist in der Politik durchaus ein Wert, sich an Vereinbarungen zu halten. Also: Ein kleiner Koalitionspartner ist hin und wieder gezwungen, Kompromisse mitzutragen.

Aber wem sage ich das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, liebe Frau Schäfer, lieber Herr Jörg, liebe Frau Altenkamp. Sie sollten das doch am besten können. Das Betreuungsgeld – ich wiederhole das gerne, damit sich das bei Ihnen irgendwann einprägt – ist wann beschlossen worden? – Es ist 2008 in der Großen Koalition mit Ihren Stimmen beschlossen worden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie haben es in Thüringen mitgetragen – Christian Lindner hat es gerade schon gesagt –, Frau Schwall-Düren hat es als stellvertretende Fraktionsvorsitzende mitgetragen. Sie haben das Betreuungsgeld mitgetragen. Sie verantworten dieses; es ist ein Projekt der SPD.

(Beifall von der FDP – Lachen von der SPD)

Deswegen kann man sagen: Das Betreuungsgeld ist ein christdemokratisches Herzensprojekt mit sozialdemokratischer Billigung. So sieht bei diesem Thema doch die Realität aus!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie versuchen, die Entscheidungen der Koalition als Kuhhandel zu diffamieren. – Wofür sollten wir uns schämen? Sollen wir uns dafür schämen, dass wir die Praxisgebühr abgeschafft haben,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

die Sie eingeführt haben – ein bürokratisches Monster, das die Menschen viel Geld kostet? Dafür möchte ich mich nicht schämen.

(Beifall von der FDP)

Sollen wir uns etwa dafür schämen, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt einbringen wollen, dass wir für die Schuldenfreiheit kämpfen, dass wir für Generationengerechtigkeit einstehen? – Frau Kraft, Mutter aller Schulden, Sie ersticken die junge Generation mit Zinsen. So sieht es doch hier in Nordrhein-Westfalen aus!

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das ist keine präventive Politik, die Sie sich immer auf die Fahne schreiben. Sie verschlechtern die Chancen der Kinder, Sie verschlechtern deren Perspektiven, und das ist im Ergebnis eine unsoziale Politik.

(Beifall von der FDP)

Es wäre richtig – das wäre vernünftig von Ihnen gewesen –, wenn Sie für eine echte Wahlfreiheit eintreten würden. Machen Sie Ihre Hausaufgaben! Sorgen Sie für ausreichend U3-Betreuungsplätze, und führen Sie keine teure Beitragsfreiheit ein, die 150 Millionen € kostet! Denn im Ergebnis geht kein Kind zusätzlich in den Kindergarten, weil es eine Beitragsfreiheit gibt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

So sieht die Realität aus. Das ist eine reine Politik für Wahlgeschenke, die die Familiensituation in Nordrhein-Westfalen nicht verbessern wird. Nordrhein-Westfalen ist Schlusslicht bei der U3-Betreuung – so sieht es aus –, und dann können Sie der schwarz-gelben Regierung nicht den Schwarzen Peter zuschieben. Sie sollten eine Politik machen, durch die die 30.000 Betreuungsplätze endlich umgesetzt werden. Da warte ich immer noch auf ein Ausbaukonzept. In den letzten fünf Jahren, in denen Schwarz-Gelb regiert hat, sind 80.000 Betreuungsplätze geschaffen worden. Davon könnten Sie sich eine Scheibe abschneiden. Das ist eine Politik, die den Familien und den Kindern in Nordrhein-Westfalen zugutegekommen ist.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich fordere Sie auf: Machen Sie das, was Sie machen können! Diffamieren Sie nicht die Bundesregierung, die sich auf liberales Drängen zur Schuldenfreiheit aufmacht! Sorgen Sie dafür, dass das Betreuungsgeld in Nordrhein-Westfalen für die Familien erst gar nicht attraktiv wird, weil die Kitas attraktiver sind! Das ist Ihre Aufgabe. Sie müssen nicht Bundesopposition spielen, sondern hier in Nordrhein-Westfalen endlich mal Regierung sein. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der FDP: Sehr gut!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Hafke. – Für die grüne Fraktion spricht Frau Asch.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es schon sehr interessant, mit welchen rhetorischen Pirouetten und mit welchen Ablenkungsmanövern sowohl CDU als auch FDP versuchen, jede klare Positionierung zu einem Ja oder Nein zum Betreuungsgeld zu vermeiden.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Dazu haben Sie sich überhaupt nicht geäußert.

Die CDU befindet sich familienpolitisch auf einem Zickzackkurs. Ich möchte Ihnen gerne ein Zitat Ihres damaligen Regierungschefs, des Ex-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers, aus 2007 vorlesen:

Die gesellschaftliche Wirklichkeit zeigt leider, dass das Betreuungsgeld für viele Kinder aus nicht intakten Familien keine Lösung sein kann.

Daraufhin hat Frau Kastner ihm plenar als Sprecherin für Familienpolitik widersprochen. Auch Herr Laschet hat sich als damaliger Familienminister gegen das Betreuungsgeld positioniert.

Sehr interessant fand ich, was Walter Kern und etwas abgeschwächt Herr Laumann heute gesagt ha-

ben. Walter Kern hat gesagt: Das Kind gehört zur Mutter. – Genau das – das sage ich als Mutter von drei Kindern – ist das überkommene Familienbild, das junge Leute, das junge Frauen in unserer Gesellschaft nicht mehr mittragen.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Da haben Sie sich geoutet. Sie haben noch nicht mal die Väter erwähnt. Das ist für die Frauen ein Zurückkehren zu Kinder, Küche, Kirche. Das fällt Ihnen bei den jungen Frauen und bei den jungen Leuten, die dieses konservative Familienbild nicht mehr leben wollen, auf die Füße. Da müssen Sie sich nicht wundern, dass Sie gerade in den Großstädten so wenig Zustimmung erfahren.

(Zuruf von der CDU: 50 %!)

Und dann Christian Lindner. – Christian Lindner ist ja ganz toll:

(Beifall von der FDP)

Er hält sich mit Stilfragen auf und stellt Falschbehauptungen auf. Hier zu behaupten, Rot-Grün in Thüringen wäre für das Erziehungsgeld, ist schlichtweg falsch. Das ist die Unwahrheit. Sie können das nachlesen. Im „FOCUS“ vom 3. April steht deutlich, dass Grüne und FDP – in seltener Einmütigkeit – das Erziehungsgeld in Thüringen ablehnen. – Ihre Argumentation ist also schlichtweg unwahr.

Den Zickzackkurs der FDP möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. In der Plenarsitzung am 5. Juli 2012 hat sie einen Entschließungsantrag eingebracht. Darin steht:

„Der Entschuldung der öffentlichen Haushalte ist gegenwärtig oberste Priorität einzuräumen. Der Landtag fordert deshalb die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, die weitere fachliche Debatte über das Betreuungsgeld auszusetzen, bis der Bundeshaushalt ausgeglichen ist.“

Und was genau ist in Berlin passiert? – Dazu gibt es von Ihnen kein klares Statement, nur Herumgeschwurbele. Nur Stilfragen werden von Ihnen thematisiert.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, man kann es der FDP auch nicht durchgehen lassen, dass sie sich jetzt auf einmal um die öffentlichen Haushalte bemüht.

(Lachen und Zurufe von der FDP)

Denn Sie haben durch „Mövenpick“, sprich: die Begünstigung von Hoteliers, dafür gesorgt, dass NRW 800 Millionen € weniger in der Kasse hat.

(Christian Lindner [FDP]: Lüge!)

Und jetzt schnüren Sie im Bund ein 5-Milliarden-Paket, was jährlich ausgezahlt wird. Im Gegensatz dazu – das muss man an jeder Stelle deutlich sagen – steht eine Einmalzahlung des Bundes von 4,5 Milliarden € an die Kommunen für den U3-Bereich. Das ist die Schizophrenie Ihrer Politik. Wenn Sie diese 5 Milliarden € jährlich in den U3-Bereich geben würden, wo sie hingehören, wenn Sie sie in die Struktur geben würden, dann wären wir bundesweit mit U3 auf einem völlig anderen Niveau, auf einem völlig anderen Level. Das ist falsche Politik. Sie verteilen mit den 5 Milliarden € Bonbons an die CSU und bittere Pillen an die Kinder, denen sie die Förderung und die Betreuung in der Kita vorenthalten. Das ist falsche Politik. Das ist Klientelpolitik. Das ist Politik gegen Kinder und Familien in diesem Land.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Asch. – Für die Fraktion der Piraten spricht nun Herr Kollege Düngel.

**Daniel Düngel (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer; und auch das mit dem Stream machen wir heute wieder: Hallo! Über Taschengeld rede ich heute nicht. Das machen Sie ja, denn das Betreuungsgeld ist quasi nichts anderes.

„Und täglich grüßt das Murmeltier“ – das habe ich mir gedacht, als ich das Thema der Aktuellen Stunde gelesen habe. Ein toller Film! Ein toller Film läuft auch heute hier. Großes Kino! Vielen Dank, Herr Lindner, Herr Laumann, dass Sie als Fraktionsvorsitzende eingesprungen sind und die Fachpolitik sich ein bisschen haben hinten anstellen lassen.

(Beifall von den PIRATEN)

Bei dem Thema „Betreuungsgeld“ läuft es ähnlich wie in dem Film. Wir haben schon an verschiedenen Stellen – auch das ist heute schon gesagt worden – darüber gesprochen. Im Jahre 2008 ist es in der Großen Koalition beschlossen worden. Darauf können wir ganz viel herumreiten. Fakt ist, dass die Bundesregierung tragende Koalition aus FDP und CDU diesem Spaß zustimmt, der wirklich nur Unsinn ist. Auch hier im Hause haben wir bereits darüber diskutiert, zuletzt im Juli. Damals hat eine große Mehrheit festgestellt: Betreuungsgeld ist Quark, und wir wollen das alles gar nicht.

Wir können die Idee des Betreuungsgeldes ja ein wenig weiterspinnen. Das funktioniert ja nicht nur bei unter Dreijährigen, sondern auch danach. Das funktioniert vielleicht sogar in der Schule. Da können wir das mit Homeschooling durchziehen. Die Schüler, die nicht in die Schule gehen und lieber bei ihrer Mutter bleiben, bekommen vielleicht 300 €. Und später an der Uni: Wenn sie nicht zur Uni ge-

hen, bekommen die eventuell 500 €. Das lässt sich durchziehen.

(Beifall von den PIRATEN)

Unsere Idee, die Piraten-Idee, hinter der wir stehen, irgendwann ein bedingungsloses Grundeinkommen zu haben, hat jedoch damit nichts zu tun. Das haben Sie falsch verstanden. Ich erkläre es Ihnen bei Gelegenheit gerne etwas ausführlicher.

(Beifall von den PIRATEN)

Herr Kollege Kern hat eben gesagt, SPD und Grüne starteten den Wahlkampf. Ich gebe Ihnen durchaus recht. Auf diesen Zug sind jedoch die beiden anderen Fraktionen gerne aufgesprungen, indem sie ihre Fraktionsvorsitzenden haben dazu reden lassen.

(Christian Lindner [FDP]: Sie wollten doch fachlich sprechen!)

– Herr Lindner, ich komme gerne dazu. Zum Betreuungsgeld haben wir nichts von Ihnen gehört, keine Position. Das hat bereits Frau Asch betont.

Das Betreuungsgeld ist Unsinn, es ist teuer. 2014 wird es ungefähr 1,2 Milliarden € kosten, Geld, das wir in anderen Bereichen brauchen. Ich habe eben im Radio ein Zitat der Ministerin gehört – da gebe ich ihr recht –, in Nordrhein-Westfalen würden wir damit die vielen fehlenden U3-Plätze einrichten können.

Nichtsdestotrotz dürfen wir uns davon nicht ablenken lassen. Die Landesregierung hat auch hier noch viel zu tun. Wir haben bereits gestern über den U3-Ausbau gesprochen. Da ist noch eine ganze Menge zu erledigen.

Ich habe bereits gesagt, durch die vielen Wiederholungen wird das Ganze nicht besser, auch durch parlamentarische Zwänge, in denen Sie stecken, nicht. Ein toller Deal! Herr Hafke hat es gerade beschrieben: Wir haben zwar keine Praxisgebühr mehr, dafür machen wir es mit dem Betreuungsgeld. Tolle Geschichte!

(Zuruf von der FDP: Wenn man die Verantwortung nicht getragen hat, kann man das nicht verstehen! – Gegenruf von den PIRATEN: Wie lange haben Sie denn schon Verantwortung getragen?)

Vielleicht kommt irgendwann der Zeitpunkt, Herr Hafke, an dem auch Ihre Partei versteht, dass man mit der Meinung durchaus standhalten kann.

Eigentlich wollte ich Sie noch zitieren, Herr Kollege Hafke. Das brauche ich aber gar nicht mehr, denn Sie haben gerade wiederholt, dass das Betreuungsgeld im Prinzip Quark ist. Ich finde, das können wir so vereinfacht stehen lassen.

(Beifall von den PIRATEN)

Wenn das allerdings Ihre Position ist, muss es doch schmerzen, wenn die Kollegen in Berlin jetzt einen solchen Unsinn verabschieden.

(Beifall von den PIRATEN)

Übrigens: Wir Piraten twittern ja viel. Sie haben heute vielleicht auch in der „Bild“-Zeitung davon gelesen.

(Zurufe von Dr. Robert Orth [FDP] und Henning Höne [FDP])

– Kein Problem, Herr Höne. – Daher kann ich Ihnen mitteilen: Im Bundestag ist das Betreuungsgeld eben verabschiedet worden. Es ist durch. Ihre Kollegen haben das geschafft. Herzlichen Glückwunsch dazu! Tolle Nummer!

Das muss doch wirklich schmerzen. Eigentlich müsste ich an dieser Stelle Oliver Kahn zitieren, der – vereinfacht ausgedrückt – gesagt hat, dass man dann doch bitte auch bei seiner Meinung bleiben sollte.

Ich bin jedenfalls froh, dass ich in einer Partei bin, in der ich meine Meinung einbringen kann und in der ich dann auch tatsächlich bei meiner Meinung bleiben kann – ohne einen solchen Kuhhandel. Diese Begrifflichkeit – vielen Dank dafür – trifft es sehr genau.

Ich kann morgens in meinen Spiegel gucken. Ich finde mich darin wieder und muss nicht denken, dass ich irgendeine verantwortungsvolle Entscheidung, wie Herr Hafke es gerade so schön bezeichnet hat, mit entschuldigen muss. – Ich bedanke mich.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Düngel. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerpräsidentin Kraft.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Zuruf von den PIRATEN: Wahlkampf!)

**Hannelore Kraft,** Ministerpräsidentin: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dieser Debatte jetzt anderthalb Stunden lang gefolgt und muss ehrlich zugestehen: Ich habe mir zwischen durch die Augen gerieben und mich gefragt, warum die FDP plötzlich infrage stellt, dass im Landtag Nordrhein-Westfalen über bundespolitische Themen gesprochen wird.

(Christian Lindner [FDP]: Das habe ich nicht gemacht!)

Das ist ja eher ungewöhnlich. Ich kann mich gut an Zeiten erinnern, in denen Sie hier nur über Bundespolitik geredet haben.

Das Ganze ist auch absurd. Denken Sie nur daran, dass das Betreuungsgeld in Nordrhein-Westfalen

aller Voraussicht nach Kosten von 270 Millionen € verursachen wird. Mit diesem Geld könnten wir 27.000 neue Betreuungsplätze finanzieren. Das ist die Debatte, die an diese Stelle gehört!

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Ich habe mich auch gefragt, wie groß eigentlich der Druck auf die CDU sein muss, dass ihr Fraktionsvorsitzender, der zunächst nicht auf der Rednerliste stand, in die Bütt geht und versucht, die ganze Debatte in eine völlig neue Richtung zu lenken, und zwar eine Richtung, die da heißt: Reden wir doch mal ...

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie standen auch nicht auf der Rednerliste! Wie groß muss der Druck sein? – Heiterkeit und Beifall von der FDP)

– Sind Sie fertig? – Ich möchte das hier gerne klarstellen. Ich habe keinen Druck. Aber Herr Laumann hat versucht, eine Debatte wiederzubeleben, die dazu führen soll, die CDU wieder in eine bessere Position zu bringen. Er tritt hier als der Verteidiger eines Familienbildes auf, das in diesem Land in dieser Form gar keinen Bestand mehr hat, wie wir sehen, wenn wir uns die Realitäten anschauen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Was?)

Herr Kollege Laumann, um das noch einmal völlig unmissverständlich zu sagen ...

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Ich habe Ihnen doch auch ganz ruhig zugehört. Vielleicht hören Sie mir auch erst einmal zu.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Warten Sie! Sie können doch gleich noch einmal reingehen. Wir haben ja noch eine dritte Runde. – Sie haben sich hierhin gestellt und so getan, als wären SPD und Grüne die Vertreter eines Familienbildes, das da hieße: Jedes Kind muss in die Krippe; jedes Kind muss weg von den Eltern. – Diese Formulierung ist überhaupt nicht nachvollziehbar. Ich habe mein Kind auch in der Kita gehabt. Und ich kann Ihnen sagen: Es war nicht weg von mir.

Das ist wirklich eine Absurdität. Die Aufteilung der unterschiedlichen Ansätze, die Sie da vornehmen, ist absurd.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich beschreibe Ihnen klipp und klar unsere Position – da sind wir uns in der Koalition auch völlig einig –: Unsere Aufgabe ist es, eine wirkliche Wahlfreiheit sicherzustellen, und zwar nicht nur für Frauen – das ist mir auch wichtig –, sondern für Familien. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Eine wirkliche Wahlfreiheit ist doch erst dann gegeben, wenn es für alle diejenigen, die einen solchen Platz wollen, genügend Plätze gibt.

(Ursula Doppmeier [CDU]: Aha!)

– Liebe Kollegen, nicht zu früh freuen! – Auch da ist versucht worden, hier ein bisschen Geschichtsklitterung zu betreiben. Wir erinnern uns alle gut zurück. 2007 war der Krippengipfel. Vorangegangen war, lieber Herr Kollege Lindner, der Koalitionsvertrag der Großen Koalition in Berlin. In diesem Koalitionsvertrag war davon die Rede, dass wir überprüfen, ob ein Betreuungsgeld eingeführt werden soll. Warum haben wir das aufgenommen? Das kann man hier ganz klar darlegen. Wir haben es aufgenommen, weil Bayern sonst überhaupt nicht bereit gewesen wäre, weiter in den Ausbau von Kitaplätzen zu investieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Diesen Prüfauftrag haben wir gerne aufgenommen, damit wir hier vorankommen – für die Familien in diesem Land.

Dann war das auf dem Weg.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Sie können ja gleich auch noch einmal reingehen, lieber Kollege Lindner.

(Christian Lindner [FDP]: Leider nach der Geschäftsordnung nicht!)

Als das Ganze dann auf dem Weg war, hat Bayern natürlich gut reagiert, lieber Kollege Laschet. Bayern hat nämlich ein eigenes Landesprogramm zum Krippenausbau aufgelegt und sich nicht so hingestellt, wie das die damalige nordrhein-westfälische Landesregierung von CDU und FDP gemacht hat,

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

die nur das Geld durchgeleitet und den möglichen Ausbau zum Teil auch noch dadurch verhindert hat, dass die Umsatzsteuererlöse der Kommunen in die eigene Tasche gesteckt wurden. Es war Ihr Finanzminister, der das gemacht hat. Dafür haben Sie vor dem Verfassungsgerichtshof eine Klatsche kassiert. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie mir das nicht glauben, empfehle ich Ihnen einmal die Ausgabe der Presseschau vom 8. November 2012. Mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich aus einem dort abgedruckten Artikel der „Aachener Nachrichten“. Darin erklärt Bernd Jürgen Schneider vom Städte- und Gemeindebund Folgendes – ich zitiere –:

„Die Kommunen in NRW haben viel Zeit verloren, weil die Frage der Konnexität im Jahre 2010 erst durch den Verfassungsgerichtshof geklärt werden musste.“

Sie haben die Verantwortung dafür zu tragen, dass wir noch nicht da sind, wo wir alle gerne wären. Das ist Ihre Verantwortung.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es bleibt die klare Linie dieser Landesregierung, alles, was möglich ist, zu tun, um diese Zahl zu erreichen. Wir alle wissen, dass damit immer noch nicht jede Familie den Platz bekommt, den sie gerne hätte. Wir sind von einem Bedarf von rund einem Drittel ausgegangen, als wir die Beschlüsse miteinander gefasst haben. Dass er inzwischen höher ist, wissen wir. Deshalb müssen wir weiter nachlegen.

Ich bin sehr gespannt, ob Sie auch dazu stehen werden, wenn es darum geht, in diesem Landtag die entsprechenden Finanzbeschlüsse zu fassen. Ich bin wirklich sehr gespannt, wie Sie das dann beurteilen, Herr Lindner.

(Beifall von der SPD)

Ihre Umfallerrolle würde ich hier auch noch einmal gerne deutlich machen: Schönes Zitat von 2006 in der „Financial Times Deutschland“ von Christian Lindner:

„Die CSU zwingt die Koalition nun dazu, mit Geld, das wir nicht haben, eine soziale Wohltat zu finanzieren, die niemand will.“

Ich kann nur sagen: Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nur Sie stehen jetzt nicht mehr zu der Vernunft, die Sie damals geprägt hat.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin Kraft. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Kollege Laschet zu Wort gemeldet.

(Zurufe von der SPD: Oh! Ui! – Weitere Zurufe)

**Armin Laschet (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf von der SPD: Noch tiefer! – Vereinzelt Heiterkeit)

Nach den Wortmeldungen der Kollegen Jörg und Asch und dem bildungspolitischen Eindruck, der hier über das entstanden ist, was Rot-Grün will, war es erforderlich, dass Sie, Frau Ministerpräsidentin, hierhin gegangen sind

(Beifall von der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es!)

und so getan haben, als sei es nicht das Ziel, zu erklären, dass prinzipiell die Erziehung in der Kita bei

unter Dreijährigen besser ist als die familiäre Erziehung zu Hause. Diesen Eindruck haben Sie aber durch unzählige Wortmeldungen erweckt. Herr Lehmann, Frau Löhrmann, Herr Jörg,

(Beifall von der CDU und der FDP)

das ist Ihre Philosophie. Und dazu war unsere Botschaft am heutigen Tag – deshalb war es erforderlich, dass Sie in die Debatte gegangen sind –: Die Eltern, die sich ernsthaft kümmern, Väter und Mütter, und die zumindest bei den unter Dreijährigen sagen: „Wir machen das selbst“, haben Anerkennung verdient und nicht Hohn und Spott, der in Ihrem Begriff „Herdprämie“ zum Ausdruck kommt. Das ist das Anliegen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie tun so, als hätten Sie damit nichts zu tun. Im Wahlkampf haben Sie in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ gesagt: Wir wollen, dass alle Kinder da sind – und gemeint war die Idee: alle unter Dreijährigen in den Kitas ...

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Haben Sie das Zitat gelesen?)

– Ja, das habe ich hier und kann es Ihnen schön vorlesen: Wir wollen, dass alle da sind.

Und Sie haben sich dann, Frau Kraft, gegen eine Kita-Pflicht für unter Dreijährige verwahrt. Das haben Sie nicht gesagt.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das habe ich nicht gesagt!)

– Das sage ich ja. Aber Ihre Idee, dass Sie eigentlich wollen, dass alle Kinder in Krippen sind, ist nicht unser Modell. Die Eltern sollen das entscheiden – und nicht Frau Kraft, nicht Frau Schäfer und nicht rote Ideologen. Das ist der Unterschied.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist der fundamentale Unterschied. Es ist ja nicht schlimm, wenn es in der Politik auch noch mal Unterschiede gibt, dass nicht alles so verwaschen ist. Und der Kollege Laumann hat hier deutlich gemacht, dass Sie, wenn Sie schon zum Ziel haben, dass alle Kinder da sind, bei dem Anspruch, ein Drittel Plätze überhaupt nur zu schaffen, nicht merken, dass sie zwei Drittel der Eltern in diesem Land damit schlecht behandeln.

Deshalb, Frau Kraft: Holen Sie diese Ideologie da herunter. – Sie wissen, ich hatte auch meine Zweifel am Betreuungsgeld. Das kann man in der Politik doch mal haben. Ich habe meine Zweifel, ob eine solche Leistung jetzt in dieser Zeit knapper Kassen erforderlich ist. Das kann man haben, aber man muss doch damit nicht alle Leute diffamieren, die Kinder selbst erziehen. Das ist doch nicht die Logik.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Und jetzt ein zweiter Gedanke zu dem, was hier in Nordrhein-Westfalen unter dem Stichwort Schlusslicht passiert ist. Wenn ich sozialdemokratische Ministerpräsidentin wäre ...

(Zurufe und Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

– Das war ein doppelter Konjunktiv.

Wenn ich das wäre und bis 2005 unter dem Ministerpräsidenten Steinbrück in einem Kabinett gesessen hätte, das bei seiner Abwahl im Jahre 2005 nur zu 2,8 % Betreuungsplätze in Nordrhein-Westfalen hinterlassen hat, würde ich zumindest zu dem Thema mal schweigen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Da würde ich über vieles, vieles andere reden, was Sie ja auch anerkannterweise gut können. Ich würde meine Hochzeitsbilder posten, ich würde tausend Sachen machen, aber nicht über unter Dreijährige Kinder sprechen.

(Beifall von der CDU)

Denn da haben Sie die schlechteste Bilanz in ganz Deutschland. Und die Tonlage gegenüber der CSU ist völlig unangemessen; denn jedem Elternpaar, das arbeiten will, jeder Mutter und jedem Vater, die beide erwerbstätig sein wollen, geht es in Bayern besser als in Nordrhein-Westfalen. Und das ist eine Schande für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Ihre Schande!)

Sie reden, die anderen handeln!

Wir haben in diesen wenigen fünf Jahren 90.000 neue Plätze geschaffen.

(Widerspruch von Britta Altenkamp [SPD] – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Frau Kraft, natürlich haben wir keine eigenen Landesmittel aufgelegt, weil ich ...

(Zurufe von der SPD: Ah! – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– „Anders als die Bayern“, ruft die Ministerpräsidentin. Lassen Sie es sich erklären. Wir haben gesagt: Wir rufen erst einmal alle Bundesmittel ab, und wenn die weg sind, wird Landesgeld bereitgestellt.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Das ist doch eine Logik, die im Interesse des Landes liegt. Und die Bayern haben es genauso gemacht. 15 Bundesländer haben erst die Bundesmittel abgerufen, und als es nicht mehr gereicht hat, ist das Land zusätzlich eingestiegen. Das haben Rheinland-Pfalz und Bayern gemacht, und wir hätten es natürlich auch gemacht. Aber bei Ihrer Politik sind Sie verwaltungsmäßig nicht fähig, die Bun-

desmittel abzurufen und zu verbauen. Das ist doch das Problem.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb hat doch Ministerin Schröder recht, indem sie sagt: Ich will erst einmal wissen: Was baut ihr denn? Seid ihr denn dazu in der Lage? Liefert uns alle paar Monate die Zahlen, dann kriegt ihr auch Bundesgeld. – Deshalb liegt jetzt neues Bundesgeld bereit.

Wir werden im nächsten Wahlkampf, wenn Herr Steinbrück als Kanzlerkandidat antritt – es ist ja unser Glücksfall, dass er in Nordrhein-Westfalen kandidiert, weil die Leute noch im Kopf haben, wie er damals hier regiert hat und warum er abgewählt worden ist –,

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Warum sind Sie denn abgewählt worden?)

ihn einmal fragen. Dieser Herr Steinbrück hat heute Morgen allen Ernstes im Bundestag gewagt, zum Betreuungsgeld zu sprechen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Er hat das sogar kostenlos gemacht, und das war eine große Ehre für den Deutschen Bundestag.

(Beifall von der CDU)

Dieser Kanzlerkandidat ist der Betreuungsplatzschlusslicht-Kanzlerkandidat in Deutschland. Auch das werden wir im nächsten Jahr zum Thema in Nordrhein-Westfalen machen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Laschet. – Für die SPD-Fraktion hat sich noch einmal Frau Altenkamp zu Wort gemeldet.

**Britta Altenkamp (SPD):** Herr Laschet, es gehört schon eine gewisse Chuzpe dazu, die Sie gerade an den Tag gelegt haben. Ich glaube, das ist auch damit zu erklären, dass es um einen innerparteilichen Wettstreit geht, nämlich darum, wer denn hier der wahre Oppositionsführer ist.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU: Ah!)

Die Chuzpe ist deshalb sehr interessant, weil Sie heute zum wiederholten Male offengelegt haben, mit welcher Denke das Land Nordrhein-Westfalen unter Ihrer Führung mit den Kommunen und der Frage, wie wir zu einem U3-Ausbau kommen, umgegangen ist. Sie haben gesagt, ich nehme das Geld des Bundes und stecke das ins KiBiz; das muss reichen. – Das haben sich die Kommunen ein Jahr und ein zweites Jahr angesehen, und dann sind Sie verklagt worden, und zwar zu Recht, weil das Verfassungsgericht gesagt hat: So wie das

Land Nordrhein-Westfalen mit den Mitteln umgegangen ist, ist das nicht in Ordnung. Das ist Geld, das den Kommunen zugestanden hätte.

(Beifall von der SPD)

Sie kommen nicht darum herum, dass wir aus diesem Grunde – das ist in den Kommunen überall klar – beim U3-Ausbau in Nordrhein-Westfalen um mindestens zwei Jahre zurückgeworfen worden sind.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Obwohl Sie dafür verantwortlich sind, stellen Sie sich hierhin und sagen, es wäre unerhört, wie wir über das Betreuungsgeld reden würden. Ich sage Ihnen ganz offen: Sie stellen künstlich eine Figur in den Raum. Es hat nämlich niemand in der Debatte gesagt, dass es schlecht sei, wenn die Kinder in der Familie blieben. Aber Sie können doch nicht umhin, einzuräumen, dass niemand von uns gesagt hat, die Kinder hätten nicht in der Familie den zentralen Sozialisationsort und den wichtigsten Erziehungsort. Das hat zwar niemand von uns gesagt, aber sie stellen das hier so dar. Genauso haben Sie im Wahlkampf versucht, den Popanz aufzubauen, Ministerpräsidentin Kraft wäre für eine Kita-Pflicht. Das ist genauso schiefgegangen, wie diese Nummer jetzt schiefgeht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Eines ist ganz klar, Herr Laschet: Sie ringen mit sich selber, und Sie ringen mit einem Lebensmodell, von dem Sie leider feststellen müssen, dass ein Großteil der Bevölkerung bei diesem Weg und bei dieser Diskussion nicht mehr mitgeht, sondern von Ihnen erwartet, dass sie Unterstützung dafür bekommen, so leben zu können, wie sie es wollen, ihre Kinder so aufwachsen lassen zu können, wie sie es wollen. Mit dem Betreuungsgeld behindern Sie dabei die Eltern,

(Beifall von der SPD)

weil Sie eine ganze Reihe von Menschen dazu bringen, zu sagen: Ich nehme das Betreuungsgeld, denn ich kriege dafür ja quasi eine Belohnung. – Sie, Herr Laschet, müssen sich doch ehemals Integrationsminister an den Kopf fassen, wenn Sie sehen, was da passiert,

(Beifall von der SPD)

weil Sie wissen, dass es wirklich ein schwerer Akt war, es bei bestimmten Communitys in der Migrantenszene zu erreichen, dass Kinder möglichst lange und alle in die Kita gehen. Sie waren als Integrationsminister auch dafür. Jetzt, Herr Laschet, reden Sie dem Betreuungsgeld das Wort, wo Sie wissen, dass wir zu einer Situation kommen, in der Familien sehen werden, Geld dafür zu bekommen, wenn sie das Kind nicht in die Kita schicke. Eine solche Überlegung ist doch im Jahre 2012 einfach nicht in Ordnung, wo wir doch alle wissen, dass die Kita die wichtigste Bildungseinrichtung überhaupt ist, dass

die Kita die Weichenstellung für chancengerechte Zugänge in Bildungssystem darstellt. Das ist die Kita.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das wissen Sie, und das müssten Sie als ehemaliger Familienminister auch wissen.

Deshalb bedarf es schon einer gewissen Chuzpe, Herr Laschet, die Sie heute an den Tag gelegt haben, das Betreuungsgeld auch noch zu verteidigen, dabei Ihre eigenen Versäumnisse darzustellen und einzuräumen. Herr Laschet, das ist nur damit zu erklären, dass Sie versuchen, sich ganz langsam, aber sicher für den kommenden Wahlkampf als Oppositionsführer zu gerieren.

Es wird aber noch ein langer Weg sein, bis die Menschen ausgerechnet Ihnen abnehmen, dass Sie die richtigen Antworten in der Familienpolitik haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor und sind aus zeitlichen Gründen auch nicht mehr möglich. – Ich **schließe die Aktuelle Stunde.**

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

**2 10.000 Arbeitsplätze im mittelständischen Omnibusgewerbe dürfen nicht gefährdet werden – Landesregierung muss auch den NWO-Tarifvertrag für repräsentativ erklären**

Eilantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1310

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1381

Mit Schreiben vom 5. November hat die FDP-Fraktion fristgerecht schriftlich diesen Eilantrag eingebracht.

Den Eilantrag der FDP begründet nun für die FDP-Fraktion der Kollege Rasche. Bitte schön, Herr Rasche.

**Christof Rasche (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt kommen wir von der Bundespolitik zur Landespolitik pur. Ich glaube, das ist auch für dieses Hohe Haus als Tagesordnungspunkt 2 angemessen.

Seit Monaten steht die Entscheidung der Landesregierung an, sowohl den Spartentarifvertrag von ver.di als auch den NWO-Tarifvertrag als repräsentativ anzuerkennen. 10.000 Mitarbeiter, 400 mittel-

ständische Busunternehmen, die kommunalen Spitzenverbände, die Städte und Kreise sowie ihre Verkehrsbetriebe und nicht zuletzt der NWO sind davon ausgegangen, dass Minister Schneider im Landesinteresse handelt und deshalb beide Verträge anerkennt. Denn auch die Europäische Verordnung und das Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen sehen ganz bewusst grundsätzlich das duale System vor.

Zudem hat sich das duale System auch in den anderen Bundesländern bewährt. Besonders bemerkenswert ist, meine Damen und Herren: Die Landesregierung hat sich schon festgelegt. Der damalige Wirtschafts- und Verkehrsminister Voigtsberger hat am 22. Juli 2011 an diesem Rednerpult zugesagt, dass mehrere Tarifverträge für repräsentativ erklärt werden – Punkt. Denn auch Minister Voigtsberger war bekannt, dass es sich beim NWO-Tarif in keinsten Weise um Dumpinglöhne handelt. Der Stundenlohn für angelernte Omnibusfahrer liegt fast 40 % über dem vergabespezifischen Mindestlohn. Bevor hier gleich das Gerücht „Dumpinglohn“ aufkommt, möchte ich das gerne für uns alle gemeinsam beerdigen.

Meine Damen und Herren, alle Beteiligten haben der Landesregierung damals und bis Dienstag vertraut. Am Montag wurde der Eilantrag der FDP, der sich für die 10.000 Mitarbeiter, für die Omnibusbetriebe, die kommunalen Spitzenverbände, die Städte und Kreise und für den ÖPNV insgesamt einsetzt, von der Präsidentin genehmigt. Am Dienstag, einen Tag darauf, gab Arbeitsminister Guntram Schneider überraschend bekannt, dass bei der Auftragsvergabe von ÖPNV-Leistungen private Omnibusunternehmen nur dann zum Zuge kommen dürfen, wenn sie den von ver.di abgeschlossenen Spartentarifvertrag anwenden. Offensichtlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollte Minister Schneider vor der heutigen Debatte Fakten schaffen.

(Christian Lindner [FDP]: So ist das!)

Einen schlechten Stil gegenüber diesem Haus hat er dafür gerne in Kauf genommen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Beleuchten wir einmal die rechtliche Seite, liebe Kolleginnen und Kollegen. Rechtlich ist die Entscheidung einfach nicht haltbar. Im Tariftreue- und Vergabegesetz sind die notwendigen Kriterien für die Anerkennung klipp und klar festgelegt: entweder ein großer Organisationsgrad unter den Beschäftigten oder eine große Zahl von tarifgebundenen Arbeitgebern, § 21 Abs. 2. Der NWO-Tarif für über 400 Unternehmen ist im Vergleich zum ver.di-Tarif deutlich repräsentativer. Klagen sind angekündigt. Das hätte sich die Landesregierung sparen können.

Jetzt komme ich auf das Landesinteresse zurück. Zahlreiche Verkehrsbetriebe, Kreise und Städte haben ihr Angebot an ÖPNV in der Vergangenheit

deutlich reduzieren müssen, weil es nicht mehr finanzierbar ist. Beispiele: Oberhausen um 15 %, Wuppertal um 11 %. Ihre Entscheidung, Herr Minister Schneider – und das ist sehr solide gerechnet –, verteuert den ÖPNV in Nordrhein-Westfalen um mehr als 40 Millionen €. Folge: Das Angebot wird nochmals erheblich reduziert werden müssen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mittelständischer Omnibusbetriebe, die kommunalen Spitzenverbände, die Städte und Kreise und deren Verkehrsbetriebe laufen Sturm gegen Ihre Entscheidung, lieber Minister.

(Rainer Bischoff [SPD]: Das ist Landesinteresse!)

Meine Damen und Herren, es ist allgemein bekannt, dass es zwischen den Gewerkschaften ver.di und GÖD einen Machtkampf gibt. Dieser läuft schon seit Monaten und Jahren. Mit Ihrer einseitigen Entscheidung, Herr Minister Schneider, greifen Sie in diesen Machtkampf ein. Sie müssen wissen, ob Sie das für richtig halten. Ich halte es für sehr bedenklich.

(Beifall von der FDP)

Ich fasse noch einmal zusammen: Das duale System ist gesetzlich vorgesehen und hat sich bewährt. Der NWO-Tarif erfüllt die gesetzlichen Kriterien zur Anerkennung. Der Stundenlohn des NWO-Tarifs ist keinesfalls mit Dumpinglöhnen vergleichbar. Die Landesregierung hat ihr Wort gegeben. Nur mit zwei anerkannten Tarifverträgen kann man das ÖPNV-Angebot in Nordrhein-Westfalen aufrechterhalten. Herr Minister Schneider, erkennen Sie doch bitte auch – in der nächsten Woche vielleicht – den NWO-Tarif als repräsentativ an, bevor das Gericht Sie dazu zwingt. Handeln Sie im Landesinteresse. Das ist gut für den ÖPNV, und das ist gut für unser Land. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und Lutz Lienenkämper [CDU])

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Rasche. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Kollege Bischoff.

**Rainer Bischoff (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Rasche, Sie verwechseln in Ihrem Beitrag dauerhaft das Landesinteresse mit dem Interesse von 400 privaten Omnibusunternehmen, deren Lobbyarbeit Sie hier fördern.

(Christof Rasche [FDP]: 10.000 Mitarbeiter!)

Sie betreiben die Lobbyarbeit für 400 private Omnibusunternehmen und erzählen dauernd, das sei im Landesinteresse.

(Christof Rasche [FDP]: Fragen Sie Herrn Schmeltzer für den Kreis Unna!)

Wir handeln im Landesinteresse, und Herr Minister Schneider handelt im Landesinteresse, indem er für die arbeitenden Menschen in diesem Land eingetreten ist. Das ist die Wahrheit, Herr Rasche.

(Beifall von der SPD – Christof Rasche [FDP]: Für ver.di!)

Man muss es noch einmal von diesem Pult aus erläutern, auch für die Zuschauerinnen und Zuschauer: Es gibt öffentliche Ausschreibungen für den öffentlichen Personennahverkehr. Dabei bewerben sich private und öffentliche Omnibusunternehmen, die unterschiedliche Tarifverträge haben. Das heißt, sie bezahlen ihre Leute unterschiedlich hoch. Dadurch gewinnen die den Auftrag, die ihren Leuten möglichst wenig zahlen. Weil das so ist, haben wir in diesem Land ein Tariftreuegesetz verabschiedet – übrigens mit der Mehrheit der Stimmen des Landtags –, um Lohndumping auszuschließen. Den Begriff wollen Sie in der Diskussion beerdigen. Das wird Ihnen aber nicht gelingen. Lohndumping beschreibt eine Spirale. Wir reden nicht über Niedriglöhne. Das haben Sie verwechselt, Herr Rasche.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Ich behaupte nicht, dass sie Niedriglöhne bekommen. Ich behaupte nur, dass die Spirale zum Lohndumping führt, indem die Unternehmen mit den niedrigen Löhnen, wie ich es gerade erläutert habe, einen unlauteren, einen unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber denjenigen haben, die die besseren Löhne zahlen.

(Christof Rasche [FDP]: Wie in Rheinland-Pfalz!)

Wir sind dafür, dass das geändert wird. Deswegen haben wir das Tariftreuegesetz beschlossen. Das ist unser Wunsch.

(Beifall von der SPD)

Ihr Wunsch ist es nicht, das habe ich gehört. Es ist auch nicht der Wunsch der CDU.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Richtig!)

Ich wundere mich. Der Gewerkschafter Karl-Josef Laumann steht als Erster darunter. Darin steht, die Tarifverträge würden überhaupt nicht konkurrieren. Das ist doch völliger Unsinn. Natürlich konkurrieren sie, wenn sich die verschiedenen Betriebe in derselben Branche, die unterschiedliche Tarifverträge haben, um dieselben Aufträge bewerben. Gucken Sie sich die Praxis an.

(Beifall von der SPD)

Es ist doch lächerlich, das dort hineinzuschreiben; das will ich Ihnen ganz deutlich sagen. Weil wir das verhindern wollen, haben wir das Tariftreuegesetz beschlossen. Natürlich muss der Minister jetzt entscheiden, wie er es handhabt. Er hat es genau richtig gehandhabt, nämlich in dem Sinne und Geiste,

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Im Sinne und Geiste des DGB!)

wie es mit der Mehrheit des Landtags von Nordrhein-Westfalen verabschiedet worden ist,

(Christof Rasche [FDP]: Aber nicht nach dem Text!)

wie es übrigens auch durch die Landtagswahl am 13. Mai – in meinem Wahlkampf hat das eine große Rolle gespielt; das kann ich Ihnen sagen, Herr Rasche – bestätigt worden ist. Das hat eine große Rolle gespielt. Die Menschen des Landes Nordrhein-Westfalen wollen das Tariftreuegesetz. Deswegen haben Sie Rot-Grün am 13. Mai mit großer Mehrheit ausgestattet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Da werden wir doch wohl nicht den Teufel tun und bei der ersten Gelegenheit dieses Prinzip wieder infrage stellen. Wir sind für faire Löhne, wir sind für gerechte Löhne, wir sind für gute Arbeit, und wir sind vor allem für gleichen Lohn für gleiche Arbeit – eine sehr alte Forderung der Gesellschaft.

Das betrifft nicht nur Männer und Frauen, das betrifft nicht nur Migrantinnen und Migranten, das betrifft auch Busfahrerinnen und Busfahrer in verschiedenen Betrieben. Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Deswegen ist Ihr Antrag völlig fehl am Platz, übrigens der von der CDU auch. Wir werden beide in großer innerer Überzeugung ablehnen. Das zum Grundsätzlichen.

Darüber hinaus ist Ihr Antrag, Herr Rasche, auch in der Sache völlig fragwürdig. Sie schreiben da beispielsweise rein, dass 40 Millionen € Mehrkosten entstünden. Das haben Sie übernommen, Lobbyarbeit der Omnibusunternehmen. Wir kennen ja das Papier der Unternehmer. Das haben wir beide bekommen. Die schreiben das.

Wenn Sie ein paar Zeilen tiefer gucken, auf demselben Blatt – ich habe jetzt meine Brille nicht dabei, sonst könnte ich es Ihnen vorlesen, ... KAV vom 04.09.2012, noch ganz frisch –, schreiben sie: Ihr Tarifvertrag wäre eigentlich Klasse, er würde nur 60 € unterhalb der Bezahlung des Tarifvertrages für die öffentlichen Unternehmen liegen. Wenn er nur 60 € – ich weiß, das stimmt nicht, aber sie behaupteten es – drunter liegen würde und wir von 10.000 Beschäftigten ausgehen – Sie haben das gerade noch einmal eingeworfen –, dann kommen wir auf 60.000 € im Monat, auf 720.000 € im Jahr. Wo sind da Ihre 40 Millionen €? Da ist eine Differenz von 39.280.000 €. Die Argumentation dieses Verbandes stimmt hinten und vorne nicht. Sie übernehmen die Zahlen völlig ungefiltert und behaupten, dass das die Wahrheit wäre. Ist es nicht!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Letzter Punkt. Meine Redezeit ist fast ausgeschöpft. Dieser Punkt trifft aber auf meinen Zorn – ich bitte um Vergebung –, weil Herr Rasche eigentlich einer der Menschen ist, dessen Persönlichkeit ich innerhalb der FDP-Fraktion sehr schätze. Wenn Sie heute Morgen mit dem öffentlichen Personennahverkehr vom Hauptbahnhof gekommen sind, dann haben Sie die Rheinbahn benutzt. Die Kollegen haben mir geschrieben.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Sie halten Ihren Antrag für einen Skandal; das hat mich nicht überrascht, das tue ich auch. Sie schätzen, dass 60 % der Privatunternehmen in Wirklichkeit Töchterunternehmen der anderen Anbieter sind, rein zu dem Zweck gegründet, um Tarifdumping zu betreiben. In der Tat kann es sein, dass diese sich auflösen werden, wenn das Tariftreuegesetz greift.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Wenn sie nur zum Zwecke des Tarifdumpings gegründet worden sind, dann mag es sein, dass sie, wenn das Tarifdumping nach unserer Gesetzgebung nicht mehr geht, nicht mehr bestehen. Das glaube ich auch. Das sind aber genau diejenigen, die wir nicht haben wollen, die nur zu dem Zweck, den ich gerade genannt habe, gegründet wurden.

Wir werden unseren Weg weiter gehen. Der Minister hat die vollste Unterstützung unserer Fraktion aus tiefer Überzeugung. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Kollege Bischoff. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Kollege Vossemer.

**Klaus Vossemer (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Würde von Erwerbstätigkeit drückt sich auch durch Bezahlung aus. Das ist wahr. Die Rahmenbedingungen werden in Deutschland durch die Tarifpartner ohne Einmischung des Staates geregelt. Es steht also dem Staat und dieser Landesregierung nicht zu, die verfassungsrechtlich garantierte Tariffreiheit zu zensieren. Genau das geschieht jedoch mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz.

Es ist ein Grundwebfehler dieses Gesetzes, dass der Minister darüber entscheiden darf, welche Gewerkschaft repräsentativ ist. Das ist keine politische Entscheidung. Wenn überhaupt, müsste das ein Gericht entscheiden. Ich glaube, dass das Tariftreue- und Vergabegesetz nur gemacht wurde, um diese Ministerentscheidung jetzt möglich zu machen.

(Beifall von Lutz Lienenkämper [CDU])

Es markiert den Kniefall des ehemaligen DGB-Vorsitzenden Schneider vor der Gewerkschaft ver.di, die jetzt mit ihrem Organisationsgrad weiter nach vorne kommen kann, und Herr Bischoff fällt gleich mit.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Das, meine Damen und Herren, kann unserer Auffassung nach jedoch nicht Aufgabe eines Arbeits- und Sozialministers sein. Aufgabe des Ministers müsste es sein, Tarifbrüche zu kontrollieren und zu verhindern. Der Minister muss für die Einhaltung der Tariffreiheit in diesem Land kämpfen. Doch da gibt es in Nordrhein-Westfalen überhaupt kein Defizit. Der Grundsatz „ein Betrieb – ein Tarifvertrag“ ist gewährleistet.

Die Tarifverträge, die Minister Schneider glaubt kontrollieren zu müssen, konkurrieren nicht miteinander. Sie stellen jetzt private Betriebe vor die Wahl, entweder tarifbrüchig zu werden oder aber keine Chance mehr auf öffentliche Aufträge zu haben. Damit gefährden Sie vor allem mittelständische Unternehmen und deren Existenz. Es geht dabei um rund 600 Betriebe mit insgesamt 10.000 Arbeitsplätzen. Es geht Ihnen überhaupt nicht um die Beschäftigten. Das Ganze ist ein Kuhhandel zugunsten von ver.di, bei dem erfolgreiche Strukturen zerstört werden sollen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Minister Guntram Schneider: Don Juan!)

Das nahezu ideale Modell des ÖPNV in Nordrhein-Westfalen wird mutwillig von Rot-Grün aufs Spiel gesetzt. Dabei agieren auf dem Markt kommunale Verkehrsunternehmen, gesteuert durch die öffentliche Hand, neben privaten Busunternehmen, die als Auftragsunternehmer unterwegs sind. Damit wird eine flächendeckende Versorgung im Land erreicht und sichergestellt. Was Sie, Herr Minister Schneider, jetzt betreiben, ist Tarifizensur. Das lehnen wir ausdrücklich ab.

(Beifall von der CDU)

Mit unserem Entschließungsantrag stellen wir klar, dass diese Landesregierung die verfassungsrechtlich garantierte Tariffreiheit zu verteidigen hat. Daher muss das am 1. Mai 2012 in Kraft getretene Tarifreue- und Vergabegesetz wieder außer Kraft gesetzt werden.

Dem Eilantrag der FDP können wir jedoch nicht zustimmen. Wir werden uns hierzu enthalten. Mit Ihrem Beschlussvorschlag akzeptieren Sie de facto das Tarifreue- und Vergabegesetz, da Sie lediglich die Ermessensentscheidung, die Minister Schneider auf der Grundlage dieses Gesetzes ausübt, geändert sehen wollen.

Wir hingegen halten das Tarifreue- und Vergabegesetz insgesamt für einen großen Fehler. Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Kollege Vossemer. – Für die Grünen-Fraktion spricht nun Kollege Beu.

**Rolf Beu (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP! Der irische Schriftsteller Frank Delaney hat einmal gesagt: Jedes zu seiner Zeit, jedes nur am richtigen Ort. – Wenn man es mit diesem Antrag wirklich ernst meinen würde, dann hätte man ihn durchaus auch – es gibt ja eine gewisse Vorlaufphase – im Fachausschuss stellen und ihn dort fachlich angemessen beraten, begleiten und entscheiden können, statt ihn – so wie hier – im Prinzip nur als Top-Thema direkt in das Plenum einzubringen.

(Christof Rasche [FDP]: Das können wir ja noch tun!)

– Ja, das können wir tun. Das habe ich gestern auch schon angesprochen.

(Christian Lindner [FDP]: Das zeigt die Eilbedürftigkeit!)

– Herr Lindner, ich glaube – das hatte ich gestern in Gesprächen auch mit Kollegen Ihrer Fraktion gesagt –, man kann diese Diskussion durchaus führen. Das muss differenziert betrachtet werden. Aber diesen Eilantrag sehen wir nur als populistisch und ablehnungsfähig an.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

In Ihrem Antrag fordern Sie freie Fahrt zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir sind der Überzeugung, dass sich gute Arbeit lohnen muss und eine gute Bezahlung verdient. Warum sollen Busfahrerinnen und Busfahrer, die dieselbe Arbeit leisten, mehr verdienen, wenn sie in einem öffentlichen Unternehmen angestellt sind, als andere, die teilweise auf denselben oder vergleichbaren Strecken fahren, die teilweise dieselben Uniformen tragen, die sich teilweise in denselben Fahrzeugen befinden und praktisch dieselben Leistungen erbringen?

(Christof Rasche [FDP]: Fragen Sie doch mal die Stadtwerke Bonn!)

– Das habe ich ja getan, Herr Kollege. Die haben keine, die zahlen nur nach TV-N.

(Zuruf von den GRÜNEN: Aha!)

Ich kann es Ihnen zeigen. Die Mail habe ich da. Sie können sie gerne nachlesen.

**(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)**

Die Verordnung des Ministers Schneider ist eindeutig und sorgt auch im Bereich des ÖPNV für Tarifreue, wie wir sie mit dem Tarifreue- und Vergabegesetz haben.

gesetz einfordern. Und sie bringt eine Gleichbehandlung des Fahrpersonals.

Der NWO-Tarifvertrag hält zwar den geltenden Mindestlohn von 8,62 € ein, liegt aber deutlich – und das ist auch die Grundlage – unter dem TV-N.

Wir wissen, dass Sie Mindestlöhne grundsätzlich ablehnen. Aber auch Ihnen muss eigentlich klar sein, dass für dieselbe Leistung, für dieselbe Arbeitserbringung eigentlich dasselbe Gehalt gezahlt werden muss.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dieselbe Arbeit zum selben Lohn! Die Höhe des Lohns ist immer noch Sache der Tarifpartner.

Diese neue Regelung wird außerdem dafür sorgen, dass zukünftig der Wettbewerb bei den Ausschreibungen im ÖPNV fairer gestaltet wird. Denn jeder kann im Prinzip sowohl als Öffentlicher als auch als Privater aufgrund derselben Lohnstruktur anbieten.

Wir müssen aber auch eingestehen, dass die Sorge teilweise berechtigt ist, dass die Verordnung von den Gebietskörperschaften als nicht kommunalfreundlich betrachtet werden kann. Wir sehen genauso mit Sorge, dass die Verordnung von einzelnen Unternehmen als Argument für Personalreduzierung gebraucht werden kann. Das sind Sorgen, die man wirklich ernst nehmen muss.

Es ist festzustellen, dass diese Verordnung nicht von heute auf morgen die Unternehmen treffen wird, denn – wie Sie sicherlich wissen – die Verordnung greift erst zum 1. Februar nächsten Jahres und nur für dann neue Tarife, also für neue Verträge. Die Verträge im ÖPNV werden aber meistens über mehrere Jahre geschlossen, sodass es durchaus Übergangszeiten gibt, in denen man eine Angleichung der jetzt gültigen Tarife auf einem anderen Niveau ohne große Steigerung realisieren könnte.

Wir wollen in NRW den Vorrang für Bus und Bahn. Daher sehen wir auch die potenziellen Gefahren. Wir werden die künftigen Entwicklungen in den Regionen und Kommunen hinsichtlich möglicher Änderungen im ÖPNV-Angebotsumfang, in der Tarifflucht, in der Monopolbildung und in der Fahrpreisentwicklung kritisch beobachten, zur gegebenen Zeit evaluieren und, wenn nötig, durch weitere Maßnahmen positiv beeinflussen. Diese Verbesserung für das Fahrpersonal darf nicht auf den Schultern der Fahrgäste ausgetragen werden. Und auch die Haushaltslage der Kommunen in NRW lässt kaum weitere Kostensteigerungen zu. Auf keinen Fall darf dies zur Einschränkung im Angebotsumfang führen, denn der ÖPNV ist ein wichtiges Mittel zum Klimaschutz, welches wir weiter fördern und unterstützen wollen.

All dies werden wir beobachten, und das Ministerium hat dies zur gegebenen Zeit zu evaluieren.

Aber heute, zehn Tage nach dem Erlass der Verordnung, kann man Ihren Antrag mangels ausführlicher Diskussion nur ablehnen. Wenn Sie die Interessen des ÖPNV, der Unternehmen, der Fahrgäste und der Kommunen wirklich ernst nehmen würden, dann würden Sie eine sach- und fachgerechte Beratung unter Einbeziehung aller Beteiligten im und durch den Fachausschuss betreiben.

Zum Schluss noch kurz zwei Sätze zu Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU. Wenn es für ein und dieselbe Arbeit zwei unterschiedliche Tarife gibt, können Sie doch nicht allen Ernstes in Ihrem Entschließungsantrag von nichtkonkurrierenden Tarifen sprechen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja!)

Das erklären Sie bitte mal den Busfahrerinnen und Busfahrern, die für dieselbe Arbeit spürbar unterschiedliche Löhne erhalten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Und ist nicht die Information zutreffend, wonach Herr Laumann in der vorherigen Wahlperiode erklärt hat – ich selbst war nicht dabei, man hat es mir aber gesagt –, dass er mehr Tarife für allgemeinverbindlich erklärt hat als sein Vorgänger?

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Kollege.

**Rolf Beu (GRÜNE):** Das war es auch schon, Herr Präsident. – Und vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Piratenfraktion spricht jetzt Herr Kollege Sommer.

**Torsten Sommer (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und im Stream!

(Zuruf – Heiterkeit)

– Meine Oma ist leider verstorben. Aber ich werde diesen unangebrachten Einwurf gerne ignorieren. Danke.

Die Erklärung, den Tarif TV-N als repräsentativ für die Vergabe öffentlicher Aufträge im straßengebundenen ÖPNV zu erklären, ist eine Selbstverständlichkeit. Selbstverständlich muss für gleiche Arbeit gleicher Lohn gezahlt werden. Selbstverständlich ist das eben keine Benachteiligung von Unternehmen im Markt, denn selbstverständlich müssen für alle Unternehmen am Markt – egal ob privat oder in öffentlicher Hand – die gleichen Eckpunkte und Zugangsvoraussetzungen gelten.

(Beifall von den PIRATEN)

Unternehmertum in diesem Land zeichnet sich durch viel mehr aus als durch allgemein niedrige Löhne. Vielleicht sollten wir eher wieder dahin kommen, viel mehr Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, und einen gesetzlichen Mindestlohn einführen. Haben Sie doch Vertrauen in unsere Unternehmen! „Privat vor Staat“ hat hier die Chance, sich bei gleichen Voraussetzungen dem Wettbewerb zu stellen.

Die Arbeitnehmer in diesem Bereich übernehmen tagtäglich die Verantwortung für Berufs- und Schulwege von Zehntausenden Menschen. Sie verdienen dafür nicht nur unsere Anerkennung, sondern auch eine gerechte Entlohnung. Daher empfehle ich meiner Fraktion, den Eilantrag der FDP wie auch den Entschließungsantrag der CDU abzulehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Sommer. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Schneider.

**Guntram Schneider,** Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Lindner hat heute Morgen von einer Pepita-Koalition gesprochen. Wenn ich mir die Diskussion über meine Entscheidung für einen repräsentativen Tarifvertrag im Öffentlichen Personennahverkehr anschau, dann kann ich nur sagen: Sie sind sozialpolitisch eine Nadelstreifen-Opposition. Sie wollen das sozialgeschichtliche Rad zurückdrehen. Ihnen geht es nicht um einige Tausend Busfahrer. Sie wollen das Tariftrueugesetz weghaben!

(Klaus Vossemer [CDU]: Genau!)

Aber das wird Ihnen nicht gelingen,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

weil immer mehr Menschen danach fragen: Was ist denn gesetzlich zu tun? Ich werde unfair bezahlt!

Eben ist völlig richtig festgestellt worden: Der Wahlerfolg dieser Regierungskoalition beruht auch darauf, dass wir ein Tariftrueugesetz gemacht haben. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Abgeordneten der beiden Koalitionsfraktionen für ihr schnelles und zügiges Handeln. Das war genau richtig!

Sie selber haben ja ein Tariftrueugesetz auslaufen lassen. Als ich in anderer Rolle Ihre damalige Wirtschaftsministerin Frau Thoben seinerzeit fragte: „Warum macht ihr das?“, wurde mir gesagt: Weil wir es so beschlossen haben! Und im Übrigen wird das Gesetz zu oft gebrochen. – Nach dieser Logik müssen wir sofort die Straßenverkehrsordnung abschaffen, weil viele Leute bei Rot über die Straße gehen. Absurd!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zu den Fakten! Wir haben im öffentlichen Personennahverkehr zwei konkurrierende Tarifverträge: einen Tarifvertrag, der über eine Mitgliedschaft in den Gewerkschaften für 57,6 % der Beschäftigten gilt, und einen anderen Tarifvertrag, der über die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft für 4,9 % gilt. Welcher ist denn dann repräsentativ? Natürlich derjenige, der von der Mehrheit der Beschäftigten getragen wird! Wie soll das denn anders sein?

(Christof Rasche [FDP]: Schauen Sie doch mal ins Gesetz!)

Diese Mär, ich sei der Agent der Gewerkschaften, nimmt Ihnen doch niemand mehr ab. Im Übrigen bin ich seit fast 50 Jahren Metalller. Und ich sage Ihnen: Dieser Tarifvertrag, den ich für repräsentativ erklärt habe, ist auch vom Deutschen Beamtenbund unterschrieben worden. Die kulturelle Hegemonie der Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen geht noch nicht so weit, als dass wir den Beamtenbund mit sozialdemokratischen Ideen infiziert hätten. Das ist ja geradezu abenteuerlich.

(Jochen Ott [SPD]: Kann ja noch kommen! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir arbeiten dran!)

– Wir sind auf einem guten Weg. Ratio und Logik werden sich immer durchsetzen.

Wir können das Prinzip „gleiches Geld für gleichwertige Arbeit“ nicht von der jeweiligen Marktsituation abhängig machen. In unserem Grundgesetz steht der einfache Satz: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Das beginnt bei der Entlohnung. Aber unsere Kolleginnen verdienen immer noch 23 % weniger als Männer. Da sind wir auf dem Niveau von Moldawien. Niemand käme auf die Idee, das Grundgesetz durch den Hinweis zu ergänzen: Männer und Frauen sind gleichberechtigt, wenn es die Konkurrenzsituation ermöglicht.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Das ist doch absurd!

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Selbstverständlich!

Auch ich bin der Auffassung, dass manche Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden müssen. An diesem Punkt führe ich die Politik von Karl-Josef Laumann weiter. Erst in der letzten Woche haben wir einen Tarifvertrag für das Bäckerhandwerk für allgemeinverbindlich erklärt – weil es nicht anders geht. Allerdings ist mir die Tarifautonomie um ein Vielfaches wichtiger als die Politik der Allgemeinverbindlichkeit. Ich bin für die Tarifautonomie! Nur: Sie muss funktionieren!

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich bin dagegen, dass man Geschäftsmodelle entwickelt, indem man Lohndriften einführt, die erst in der Mischkalkulation erträglich sind.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Minister, Ihre vereinbarte Redezeit ist überschritten.

**Guntram Schneider,** Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Ich bin gleich am Ende – nicht am Ende, am Schluss.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Die Richtigstellung muss stattfinden.

Wie wollen Sie einem Busfahrer oder einer Busfahrerin erklären, dass bei gleicher Leistung weniger verdient wird, dass manche aufstocken müssen, dass manche am Freitagnachmittag mit dem Reisebus nach Spanien fahren müssen – das ist keine Seltenheit –, um dann am Montag wieder in das Schichtsystem zu kommen? – Deshalb habe ich so entschieden! Nun wollen wir mal sehen, was aus den Horrormeldungen der unterschiedlichsten Kräfte wird.

Ich kann Ihnen versichern: Wir werden die künftigen Entwicklungen in den Regionen und Kommunen hinsichtlich möglicher Änderungen im ÖPNV-Angebotsumfang, hinsichtlich Tarifflicht, Monopolbildungen und natürlich auch Kostenentwicklung genau beobachten und evaluieren, wie Sie es gefordert haben, um, wenn nötig, mit geeigneten Maßnahmen dagegenzuhalten – mit allen, die daran ein Interesse haben.

Unser Gesetz ist gut.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Die Entscheidung ist richtig.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Sie halten sich nicht an das Prinzip der Gleichheit.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Inklusive des CDA-Bundesvorsitzenden!)

Das ist seit der Französischen Revolution festgeschrieben. Sie wollen Bürgerlichkeit demonstrieren. Sie demonstrieren aber nicht Bürgerlichkeit, sondern Ungleichheit. Und das ist mit dieser Regierung nicht zu machen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Am Schluss Ihrer Rede hatten Sie Ihre Redezeit um 2:18 Minuten überzogen. Diese Redezeit – das ist selbstverständlich – kommt den Fraktionen des Landtags, wenn sie möchten, zugute. Das bedeutet also eine zusätzliche Redezeit von jeweils 2:18 Minuten. Bereits gemeldet hat sich für die CDU-Fraktion Herr Kollege Rehbaum.

**Henning Rehbaum<sup>\*)</sup>** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte vorwegschicken:

Ich habe zwölf Jahre lang Unternehmen geleitet, die ihre Busfahrer sowohl nach TV-N als auch nach NWO bezahlt haben.

(Minister Guntram Schneider: Es gibt doch keine Konkurrenz!)

Ich kann Ihnen versichern: Das Ziel „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist wünschenswert,

(Zuruf von der SPD: Aha!)

für das es sich dauerhaft zu kämpfen lohnt,

(Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: Hört, hört! – Stefan Zimkeit [SPD]: Und jetzt mit der Rede aufhören! – Weitere Zurufe von der SPD)

aber

(Zurufe von der SPD: Aber! Jetzt kommt das Aber!)

was Sie hier mit der Repräsentativitätserklärung eines einzigen Tarifvertrages machen, das ist das Ausschütten des Kindes mit dem Bade.

Sie sprechen die ganze Zeit davon, dass es eine Zweiklassengesellschaft unter den Busfahrern gebe, die abzuschaffen sei. Mit dieser Repräsentativitätserklärung schaffen Sie allerdings eine neue Zweiklassengesellschaft, nämlich innerhalb der privaten Betriebe. Wenn ein Unternehmen einen neuen Auftrag unter Ihren neuen Vorzeichen gewinnt, hat es auf diesen Linien nach TV-N die höheren Löhne zu zahlen. Das heißt also: Für einen Teil der Belegschaft gibt es mehr Geld, und die Belegschaft, die auf den alten Linien fährt, bekommt weniger Geld. Diese Zweiklassengesellschaft wird die Belegschaften in den Betrieben zerreißen.

(Beifall von der CDU)

Diese Situation zerreißt aber nicht nur die Belegschaften, sondern stellt auch die mittelständischen Betriebe vor allergrößte Schwierigkeiten. Auf die Dauer ist die wirklich fruchtbare Zusammenarbeit zwischen kommunalen Betrieben und mittelständischen Subunternehmern gefährdet.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Diese Zweiklassengesellschaft ist ungerecht für Busfahrer in den mittelständischen Betrieben und geht an dem, was wir eigentlich brauchen, vorbei. Sie wissen, dass wir gegen Tarifizensur sind und das Tariftreue- und Vergabegesetz in dieser Form ablehnen. Wir brauchen auf die Dauer einen Branchentarifvertrag für das gesamte Gewerbe, der von allen Tarifvertragsparteien getragen wird und den Bedürfnissen der privaten wie der kommunalen Unternehmen nachkommt. Wir brauchen keine Tarifizensur und auch kein ver.di-Monopol in unseren Betrieben. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Herr Kollege Schmeltzer hat sich für die SPD-Fraktion gemeldet. Bitte.

**Rainer Schmeltzer (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nachdem sich der Kollege Rehbaum gemeldet und davon gesprochen hat, dass er viele Jahre lang Unternehmen des Verkehrsbetriebes geleitet habe, sage ich Ihnen: In den letzten Jahren hat er sie nicht geleitet, da war er in Angestelltenfunktionen bei einem Unternehmen mit drei Töchtern beschäftigt. In einer dieser Töchter gehöre ich auf Arbeitnehmerseite dem Aufsichtsrat an. Insofern bin ich schon sehr verwundert, was er hier alles aus seiner Erfahrung und aus seinem Berufsleben von sich gibt.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Unverschämtheit!)

Gerade in den Unternehmen, Herr Rehbaum, in denen Sie zuletzt tätig waren, ging die Restrukturierung der letzten Jahre, gingen die Einsparungen maßgeblich zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Personennahverkehrs.

(Beifall von der SPD und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

In Nordrhein-Westfalen wurden in den letzten zehn Jahren infolge der Zweiklassengesellschaft 500 Millionen € auf den Schultern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gespart. Das wissen Sie aus den WVG-Betrieben auch ganz genau.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Allein in dem Unternehmen, bei dem ich im Aufsichtsrat sitze, waren das 9 Millionen € ausschließlich zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – die das mitgetragen haben, damit ihre Unternehmen am Markt bleiben konnten.

(Jochen Ott [SPD]: Pfui! – Weiterer Zuruf von der SPD: Schämen Sie sich!)

Zum Thema „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Sie sagen, in den Unternehmen gebe es keine Zweiklassengesellschaft. Sie wissen es viel besser. Bei diesen Unternehmen, in denen wir beide in unterschiedlichen Positionen Mitverantwortung hatten und haben – ich habe sie noch, Sie hatten sie –, wurden Töchter gegründet. In diesen Töchtern wird die Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schon heute schlechter vergütet, und das bei einer Anmietquote von Privaten, die bei annähernd 50 % liegt. Sie können mir nicht erzählen, dass dies keine Zweiklassengesellschaft ist. Hier wird bei Busfahrern gespalten, die die gleiche Arbeit leisten. Und diese Spaltung darf es nicht geben.

(Beifall von der SPD)

Diese Spaltung haben wir mit dem Tariftreuegesetz ausgehebelt. Das Tariftreuegesetz hat exakt an diesem Punkt der repräsentativen Tarifverträge gere-

gelt, dass das nicht sein kann und auch nicht sein darf.

Insofern hat der Minister richtig gehandelt. Dafür sind wir dankbar. Die Unternehmen, die zulasten ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die billigsten Tarife angewandt haben, die müssen jetzt in der Tat mehr bezahlen. Aber das ist nur gerecht gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Diesen Menschen gegenüber haben wir Verantwortung. Der Verantwortung kommen wir nach. Deswegen ist das richtig, was gemacht wurde.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Kollege Rasche noch einmal zu Wort gemeldet.

**Christof Rasche (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute wurde in der Debatte mehrfach erwähnt, gerade auch vom Kollegen Beu von Bündnis 90/Die Grünen, dass man dieses Thema in der Tat differenziert sehen kann, sogar differenziert sehen muss, dass es sich lohnt, darüber zu diskutieren – vielleicht nicht nur heute, sondern in drei Wochen erneut im Plenum und anschließend in den Ausschüssen, vielleicht auch in einer Anhörung, um von Sachverständigen zu erfahren, wie die Sachlage wirklich ist.

Tatsache ist auch, dass die SPD dieses Thema in der Vergangenheit und aktuell sehr unterschiedlich bewertet. Minister Voigtsberger hat hier im Landtag im Jahre 2011 versprochen – das habe ich eben erwähnt –, dass es zu mehreren repräsentativen Anerkennungen kommt. Er hat das versprochen. Man hat der Landesregierung geglaubt. Jetzt handelt sie anders.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Es gibt auch eine rot-grüne Regierung in Rheinland-Pfalz. Die hat aktuell gehandelt und genau dieses duale System bestätigt, weil sie sagt: Das greift am besten alle Interessen des Landes auf. – Wir reden doch nicht nur über Sozialpolitik und Sozialinteressen. Darüber hinaus gibt es doch noch viel mehr Interessen. Und wir benötigen einen vernünftigen Ausgleich zwischen diesen Interessen. Und da kamen die Kollegen von Rot-Grün in Rheinland-Pfalz aktuell zu einem völlig anderen Ergebnis als Sie, Herr Schneider. Ich habe hier manchmal das Gefühl, Sie haben in Ihrer Koalition und auch im Kabinett mit den anderen zuständigen Ministern, gerade aus den Bereichen Wirtschaft und Verkehr, überhaupt nicht gesprochen.

Bemerkenswert ist – und auch da haben Ihre Kollegen in Rheinland-Pfalz ganz anders gehandelt –: In

Rheinland-Pfalz wurden zu allen Vorgesprächen alle Beteiligten eingeladen. Sie dagegen haben noch nicht einmal die Größe gehabt, beide konkurrierenden Gewerkschaften, nämlich ver.di und GÖD, an einen Tisch zu holen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie haben ganz bewusst nur ver.di eingeladen, weil Sie ein einseitiges Ziel verfolgt haben. Das beweist doch, dass Sie hier extrem einseitig vorgegangen sind.

Und wenn die Grünen und Sie hier schon ankündigen, dass Sie Ihre eigene Entscheidung vom vergangenen Dienstag möglichst schnell evaluieren wollen, dann zeigt das doch, dass da noch erheblicher Beratungsbedarf und neuer Entscheidungsbedarf besteht. Und zu Beratungen und Entscheidungen sind wir bereit. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Ja. Für die Landesregierung spricht noch einmal Herr Minister Schneider. Bitte.

**Guntram Schneider,** Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Rasche, ich wollte mich angesichts der Schärfe der von Ihnen vorgetragenen Argumente eigentlich nicht mehr melden. Aber eines muss man richtigstellen: Wir haben nicht nur mit allen Beteiligten gesprochen,

(Christof Rasche [FDP]: Stimmt doch gar nicht!)

wir haben zudem – wenn Sie das Gesetz kennen und gelesen haben, wissen Sie das auch – einen beratenden Ausschuss institutionalisiert, der tätig wird, wenn solche Entscheidungen anstehen.

(Christof Rasche [FDP]: Da haben Sie sich Ihre Mehrheit durch Auswahl gesichert!)

– Ach! Das ist doch nicht wahr! Die Diskussionen gingen quer durch die Bänke.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Sie haben Beteiligte zu Betroffenen gemacht!)

– Das ist doch nicht richtig!

Wir haben auch versucht, Kompromisslinien zu finden, indem wir Regionalisierungen angesprochen haben. Das wurde von den Arbeitgebern explizit abgelehnt. Die Schiene wurde übereinstimmend verhandelt; da gab es keinen Dissens. Beim Rad, also im öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere im Busverkehr, gab es aber Dissens.

Ich will Ihnen sagen: Wenn ich anders entschieden hätte, dann hätte es auch Kräfte gegeben, die mir unterstützt hätten, ich wollte Ungleichheit zementieren.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Guntram Schneider,** Minister für Arbeit, Integration und Soziales: In einer solchen Situation können Sie nur Fehler machen.

Aber eines sage ich Ihnen: Wenn es zum Schwur kommt, dann bin ich für klare Regelungen und dann halte mich an die Interessen der Mehrheit der Menschen. Und das habe ich getan. Damit können eigentlich auch Sie zufrieden sein.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Minister, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordnetenkollegen Ellerbrock zulassen?

**Guntram Schneider,** Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Bitte schön.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Minister, Sie setzen sich vehement für „gleiche Arbeit, gleiches Geld“ ein. Setzen Sie sich genauso vehement für eine gleiche Mehrwertsteuerbelastung ein, wenn es darum geht, öffentliche Betriebe und private Betriebe miteinander konkurrenzfähig zu machen?

(Zurufe von der SPD: Hotels!)

**Guntram Schneider,** Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Wissen Sie was: Wenn die Diskussion so weitergeht, dann diskutieren wir gleich über das ökologische Jagdgesetz und darüber, was ich davon halte!

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Beifall von den PIRATEN)

Bleiben wir doch beim Thema! Ich will nur noch eine Bemerkung machen. Herr Rasche, wenn Sie Rheinland-Pfalz so loben, dann bitte ich, dieses Lob auf das Tariftreuegesetz im Bundesland Rheinland-Pfalz auszuweiten. Was Sie hier weghaben wollen, ist dort richtig? Sie müssen Sie sich mal entscheiden, was Sie überhaupt wollen. Wir haben immer mehr Länder mit Tariftreuegesetzen. Auch diese Entwicklung wird nicht ganz an Ihnen vorbeigehen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Durch die erneute Wortmeldung der Landesregierung sind potenziell für jede Fraktion weitere 2:20 Minuten Redezeit entstanden. Gibt es Bestrebungen, diese Redezeit zu nutzen? – Derlei Bestrebungen erkenne ich nicht. Dann schließe ich die Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben hier einen **Eilantrag** debattiert, der nach unserer Geschäftsordnung direkt abzustimmen ist. Ich stelle deshalb den Inhalt des Antrags **Drucksache 16/1310** der FDP zur Abstimmung und darf fragen, wer diesem Eilantrag zustimmen möchte. – Wer ist gegen diesen Eilantrag? – Wer enthält sich? – Damit ist der Eilantrag der FDP mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piratenfraktion gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Es gibt noch keinen Anlass, den Saal zu verlassen, meine Kolleginnen und Kollegen. Wir sind noch in den Abstimmungen.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Lassen Sie sie ruhig gehen, dann haben wir die Mehrheit!)

Ich komme zweitens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/1381**. Ich darf fragen, wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte. – Die CDU-Fraktion. – Wer stimmt gegen den Entschließungsantrag? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piratenfraktion. – Wer enthält sich der Stimme? – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist der Entschließungsantrag der CDU mit dem festgestellten Ergebnis **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

### 3 Energiemonitoring und Fortschrittsbericht „Energiewende in NRW“ schafft Transparenz und Faktenbasis

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1047

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion zunächst Herrn Kollegen Kufen das Wort. Bitte, Herr Kollege Kufen.

**Thomas Kufen (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gestern schon eine Runde zur Energiepolitik gemacht, Herr Minister. Heute gehen wir ins Rückspiel. Eines ist doch völlig klar: Das Gelingen der Energiewende ist in unserem eigenen, in nordrhein-westfälischem Interesse. Darum sollte es auch gar keinen Streit in diesem Land geben.

Dass das aber alles kein Spaziergang wird, dass es ein Bereich ist – wahrscheinlich abgesehen von der Währungs- und Finanzkrise –, bei dem wie nirgendwo sonst so viele Interessen aufeinanderstoßen, bei dem es beim Einkommen und Vermögen um Milliarden geht, das steht doch außer Zweifel. Das macht die ganze Diskussion, vor der wir stehen, ja insgesamt auch nicht leichter.

Was mich stört, weil es am Ende nicht hilft, ist das Gerede, dass die Energiewende ins Stocken gerät, verstopft ist. Wir stehen erst am Anfang einer großen Aufgabe. Ich finde, beim Thema „Energiewende“ wird viel zu schwarz und weiß gemalt.

Deshalb haben wir unseren Antrag eingebracht. Wir versprechen uns davon eine differenzierte Betrachtung, mehr Transparenz, mehr Faktenbasis und dass wir nicht die Diskussion über die Energiewende als Debatte um Atomkraft mit anderen Mitteln fortsetzen.

(Beifall von der CDU)

Wir brauchen eine einheitliche Basis auch für Nordrhein-Westfalen. Denn eines ist doch völlig klar: Technisch – das haben Sie auch gestern gesagt – ist die Energiewende machbar. Aber allein die Machbarkeit im technischen Sinne garantiert noch nicht den Erfolg, den wir eben auch brauchen.

Aus meiner Sicht, aus unserer Sicht, aus Sicht der CDU-Fraktion brauchen wir vier Dinge. Mit dem großen Quast will ich Ihnen die gerne erläutern.

Wir brauchen mehr Koordination bei den Erneuerbaren und beim Netzausbau. Wir brauchen Bezahlbarkeit für Verbraucher und für die Unternehmen, was den Strom angeht. Wir brauchen mehr Energieeffizienz. Darauf haben wir in der Vergangenheit viel zu wenig geachtet. Da brauchen wir einen Schub nach vorne. Wir bedauern sehr, dass es im Bundesrat zu keiner Einigung gekommen ist, was die energetische Gebäudesanierung angeht. Und – das lassen Sie mich als Viertes noch anfügen – wir brauchen einen Konsens auch hier in Nordrhein-Westfalen. Denn sonst werden auch wir in Nordrhein-Westfalen diese gewaltige Aufgabe nicht lösen können.

(Beifall von der CDU)

Ich finde, das ist kein unsittlicher Antrag. Es ist ein Antrag, über den wir gemeinsam reden sollten, wie wir das hinbekommen. Wir brauchen ein Landesenergiemonitoring. Wir brauchen aus unserer Sicht einen wissenschaftlich begleiteten Fortschrittsbericht, damit wir jedes Mal sehen können, wo wir stehen, wo wir nacharbeiten müssen und wo wir auch Erfolge haben. Das kann doch nur in Ihrem Interesse als Regierung sein.

(Beifall von der CDU)

Insofern hoffe ich, dass wir uns gemeinsam darauf verständigen können. Denn wenn wir die Energiewende klug angehen, dann wird sie am Ende auch wirtschaftspolitisch sinnvoll sein und uns auf den globalen Wettbewerb, auf den Wettbewerb der Zukunft vorbereiten, mit Umweltpolitik und Umweltwirtschaft als Treibern für Zukunftsmärkte. Wir können uns profilieren, indem wir deutlich machen, dass wir sowohl die graue als auch die grüne Industrie in Nordrhein-Westfalen brauchen und dass wir am Ende auch weniger Energieimporte haben werden.

In diesem Zusammenhang gibt es Aufgaben, von denen manche kurz-, manche mittel- und manche langfristig zu lösen sind. Zu kurzfristig und mittelfristig gehört sicherlich: Wie gehen wir mit den Netzen um? Beim Thema „Stromspeicher“ haben wir wahrscheinlich etwas mehr Zeit, weil wir auch den technischen Fortschritt noch brauchen.

Aber es gibt Themen, die sind sehr wichtig, und die müssen wir sofort lösen. Da geht es darum: Wie schaffen wir neue Anreize für Kraftwerkskapazitäten in diesem Land? Wie setzen wir die richtigen Impulse, gerade für Kraftwerke, wenn eben Sonne und Wind nicht ausreichend sind? Wie organisieren wir die Strommärkte, damit es sich zukünftig auch lohnt, hohe Lastspitzen wegzunehmen? Denn die Frage wird ja nicht sein: Wie regeln wir die Grundlast? Die Frage wird vielmehr sein: Wie regeln wir die Regellast in diesem Land? Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich ein Wort zum EEG sagen. Niemand, auch die FDP nicht, wird bestreiten, dass das EEG ein erfolgreiches Gesetz zur Markteinführung der erneuerbaren Energien ist. Aber wenn die Markteinführungsphase vorbei ist und wir das feststellen, dann brauchen wir etwas Neues, was an die Stelle des EEG tritt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb lassen Sie uns hier auch gemeinsam darüber reden, wie wir die Erneuerbaren ein Stück weit aus dem Biotop der Subventionswelt herausführen und in den Markt entlassen. Auch das ist wichtig. Denn die Energiewende muss nicht nur technisch realisierbar sein, sondern sie muss auch ökonomisch und ökologisch vernünftig sein.

(Beifall von der CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, bringen wir diesen Antrag ein. An diesem Antrag können wir am Ende auch einlösen, ob wir es ernst meinen mit der Energiewende oder ob wir hier vorgezogenen Bundestagswahlkampf machen.

Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land, stark an Industrie, stark an Mittelstand. Wir sind deshalb stark, weil die soziale Marktwirtschaft das Erfolgsmodell der letzten Jahrzehnte war. Das soll es auch in Zukunft sein. Deshalb brauchen wir auch diesen Kompass für die Zukunft. Wir wollen den Erfolg der Energiewende made in Germany. Das ist unser Ziel als CDU Nordrhein-Westfalen im Interesse unseres Landes.

Wir freuen uns auf die weitere Beratung. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Schmeltzer das Wort.

**Rainer Schmeltzer (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Kufen, Sie haben darauf aufmerksam gemacht. Wir haben gestern schon über Energiepolitik gesprochen, heute wieder. Sie haben das heute als Rückspiel bezeichnet. Das Hinspiel haben Sie verloren. Das Rückspiel werden Sie auch verlieren. Nur schade, dass es bei uns im Parlament kein K.-o.-System gibt. Dann wäre das Thema endgültig erledigt.

Dem Landtag liegen heute in der Tat zwei Anträge von einer Oppositionspartei zur Energiepolitik vor.

Der FDP-Antrag, der annähernd eins zu eins einem FDP-Präsidiumspapier entspricht, soll ohne Debatte an den Ausschuss überwiesen werden. Das hat mich etwas verwundert, Herr Kollege Brockes, da Sie doch gestern noch freudig angekündigt haben, dass dieser FDP-Antrag heute auf der Tagesordnung steht. Sie haben nur gestern verschwiegen, dass er gar nicht debattiert werden soll. Schade eigentlich. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich: Fünf Minuten hätten für diesen Antrag eh nicht gereicht.

Im Plenum wird also heute ausschließlich der CDU-Antrag debattiert. Es ist schon etwas verwunderlich, Herr Kollege Kufen, anderthalb Jahre nach Fukushima, anderthalb Jahre, nachdem die Bundesregierung lange geschlafen hat, nachdem hier aus Ihren Reihen eigentlich überhaupt nichts kam, das jetzt auf einmal als das wesentliche Thema anzusehen.

Wenn Sie die letzten zwei Jahre verfolgt hätten, dann hätten Sie festgestellt, dass wir das Thema nach Fukushima aufgegriffen haben. Wenn Sie die kleine Regierungserklärung von Minister Duin aufmerksam verfolgt hätten, dann wüssten Sie, dass das hier in guten Händen ist und dass all das, was Sie versuchen, auf den Weg zu bringen, schon längst umgesetzt wird. Aber ich gehe davon aus, ohne die Worte des Ministers zu kennen, dass er darauf detailliert eingehen wird.

Als ich sah, dass Sie mit diesem Antrag ein Monitoring fordern, dachte ich im ersten Moment: Oh je, was ist passiert? Die CDU freundet sich jetzt endlich mit dem Klimaschutzgesetz an. – Dieses Gesetz sieht nämlich einen wissenschaftlich begleiteten Monitoring-Prozess vor, der sich auf die Erreichung der Klimaschutzziele des Landes und auf die Umsetzung der Maßnahmen aus dem vorgesehenen Klimaschutzplan beziehen wird. Dabei wird es sicherlich auch um energiepolitische Indikatoren gehen.

Beim Lesen Ihres Antrages wurde aber schnell klar: Dieser Antrag übernimmt einfach das Konzept eines Monitoring-Berichtes des Bundeswirtschafts- und des Bundesumweltministeriums. Auf eine Kleinen

Anfrage des SPD-Kollegen aus dem Deutschen Bundestag, Rolf Hempelmann, antwortete die Bundesregierung am 16. Juli 2012:

„Der Bundesminister für Wirtschaft ... und der Bundesminister für Umwelt ... erstellen ... jährlich ... einen faktenorientierten Monitoring-Bericht, der erstmals im Dezember 2012 für das Berichtsjahr 2011 vorgelegt wird...

Alle drei Jahre, erstmals im Jahr 2014, werden der Bundeswirtschaftsminister und der Bundesumweltminister einen zusammenfassenden Fortschrittsbericht vorlegen.“

Mit Ihrem Antrag hier im Landtag fordern Sie nun die Landesregierung auf, das Gleiche hier in Nordrhein-Westfalen noch einmal zu machen. Dieser Antrag wirft doch letztlich die Frage auf, wie das alles zueinander passen soll.

Da erklärt der Bundesumweltminister die Ziele der Bundesländer in der Energiepolitik zu einem der Hauptthemen der Energiewende. Nach seinem Besuch in der CDU-Fraktion erklärte er am 30.10. laut Pressemitteilung der CDU wörtlich, auch bestehende Länderpläne müssten gegebenenfalls angepasst werden. Am 08.11. bringt die CDU dann einen Antrag mit Datum vom 04.10. in den Landtag ein, der die gleichen landespolitischen Ziele, die der CDU-Umweltminister anpassen möchte, hier zur Grundlage eines umfassenden Monitoring-Verfahrens machen will.

Ja, was denn nun? Will die CDU in NRW die Energiewende zur Ländersache machen oder regionalisieren? Möchte die CDU eigenständige energiepolitische Indikatoren in den Bundesländern entwickeln? Möchte die CDU, dass es zukünftig nicht nur eine Energiewende in Deutschland, sondern auch andere als die in Nordrhein-Westfalen gibt? Möchten Sie am Ende sogar 17 Energiewenden – eine im Bund und 16 in den Ländern?

Ich bin bisher immer davon ausgegangen, dass die auf Bundesebene beschlossene Energiewende eine nationale Aufgabe ist.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Kufen zulassen?

**Rainer Schmeltzer**<sup>\*)</sup> (SPD): Aber immer gerne. – Dann halten Sie auch die Zeit an.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Da müssen Sie nicht in Sorge sein, Herr Kollege.

**Thomas Kufen** (CDU): Herr Abgeordneter Schmeltzer, würden Sie auch zur Kenntnis nehmen, dass es zwischenzeitlich ein Treffen der 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten

mit der Bundeskanzlerin gegeben hat? Genau dort hat man das Konzept 16 plus 1 für die Energiewende verabredet. Insofern gibt es gar keinen Dissens mehr zwischen den Bundesländern und der Bundesregierung. Das hat übrigens auch Herr Ministerpräsident Albig, der Ihrer Partei angehört, in der Pressekonferenz sehr, sehr deutlich gemacht. Frau Ministerpräsidentin Kraft war dabei. Insofern möchte ich sagen: Ihre Textbausteine sind etwas alt. Würden Sie das einräumen?

**Rainer Schmeltzer**<sup>\*)</sup> (SPD): Ich nehme das natürlich zur Kenntnis. Ich kenne das Protokoll der Ministerpräsidentenkonferenz. Ich kenne auch die Inhalte dessen, wo genau das gesagt und ausgeführt wird, was ich eben gesagt habe. Es wird – natürlich länderübergreifend – einen Zusammenschluss geben. Minister Duin hat das übrigens immer ausgeführt. Er hat auch immer gesagt, dass wir den Vorreiter machen, wenn die Bundesregierung weiter pennt. So hat er es nicht gesagt, aber so sage ich es.

Wir werden sehr maßvoll da herangehen; aber wir werden hier nicht etwas aus Berlin als Blaupause für einen Monitoring-Prozess nehmen, der hier schon teilweise angegangen wurde. Wir werden darauf sehen, dass wir nicht 17 verschiedene Energiewenden bekommen. Das war übrigens auch Bestandteil dieser Ministerpräsidentenkonferenz, die stattgefunden hat, konterkariert aber das, was Sie in Ihrem Antrag schreiben. Auch das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, Herr Kollege Kufen.

Die Bundesländer werden es so machen, wie ich es dargestellt habe. Ich bin immer davon ausgegangen, dass dies eine nationale Aufgabe ist. Das wird auch so sein. Entsprechend hat vor allem Nordrhein-Westfalen beim Bund auf eine genaue Zieldefinition gedrängt. Wir nennen das in den Diskussionen teilweise „Masterplan“. Diese Forderung nach einem Masterplan wurde seitens der Bundesregierung bisher nicht erfüllt, Herr Kollege Kufen.

Der Antrag der CDU drückt sich sowohl um die Bezugnahme auf den vorgesehenen Monitoring-Prozess in der Klimaschutzpolitik wie auch um die Forderung nach einem Masterplan. Da fragt man sich schon, was das denn soll. Auf welche Ziele und Indikatoren sollte sich der zusätzliche Monitoring-Bericht des Landes NRW denn nach Auffassung der CDU beziehen? Auf einen zwischen Bund und Ländern koordinierten Masterplan, den es gar nicht gibt? Auf die Ziele aus dem Energiekonzept der Bundesregierung? Vielleicht werden wir aber im zuständigen Ausschuss in der Lage sein, diese Fragen gemeinsam zu beantworten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die Fraktion Bünd-

nis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Brems das Wort.

**Wibke Brems**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Ursprünglich war diese Debatte über den CDU-Antrag mit der Debatte über den FDP-Antrag verbunden. Ich habe so eine Ahnung, warum die FDP diese Debatte heute nicht wollte. Dazu komme ich aber gleich noch einmal.

Die CDU fordert ein Energiemonitoring. Ganz klar ist, dass dieses geforderte Energiemonitoring ein Teil des Klimaschutzplans ist, den wir jetzt schon angehen und bei dem wir mitten in der Arbeit sind. Ich habe mich, als ich diesen Antrag gelesen habe, gefreut und mir gedacht: Die CDU scheint irgendwie ihren Widerstand aufzugeben und unterstützt jetzt den Klimaschutzplan bzw. das Klimaschutzgesetz. Ich hoffe, ich habe mich da nicht zu früh gefreut. Auf die Debatte bin ich gespannt. Herr Kufen, Sie haben ja eben in Ihren Ausführungen auch von Konsens gesprochen. Das würde mich sehr freuen; denn genau die Sachen, die Sie gerade fordern – die wissenschaftliche Begleitung und dieser Konsens –, sind zentrale Aspekte des Klimaschutzplans.

Ein Monitoring der Ziele und der Zwischenziele bzw. Zwischenschritte ist natürlich sehr, sehr wichtig. Ihr Antrag und auch Ihre Rede, Herr Kufen, suggerieren allerdings, dass mit dem Energiemonitoring in NRW allen Herausforderungen der Energiewende begegnet werden kann. Das finde ich doch etwas schwach.

Herr Kufen, wer fordert, erneuerbare Energien in den Markt zu integrieren, zeigt, dass er von Energiepolitik keine Ahnung hat; denn erneuerbare Energien haben keine Grenzkosten. Genau diese Grenzkosten werden an der Leipziger Strombörse – im Gegensatz zu fossilen und nuklearen Energieträgern, die Grenzkosten haben – nun einmal zur Preisbildung herangezogen. Das heißt, erneuerbare Energien würden dazu führen, dass wir, wenn sich der Markt nicht verändert, irgendwann einen Preis von null Euro an der Strombörse hätten.

Sie haben jetzt gesagt, dass Erneuerbare-Energien-Gesetz sei nur ein Markteinführungsinstrument. Sie sagen aber nicht: Was ist die Alternative? Wo soll es denn hingehen? Da wird die FDP ein bisschen konkreter und fordert das planwirtschaftliche Instrument par excellence, die Quote. Aber auch sie löst das Problem nicht.

Ich kann mir vorstellen, warum die FDP ihren Antrag heute nicht diskutieren will. Wir finden, dieser Aspekt und auch andere Aspekte im FDP-Antrag sind ideologisch begründet und teilweise vollkommen überholt. Die Vorstellungen beispielsweise zum Kraftwerkspark in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen haben nichts mit Marktwirtschaft oder technischer Begründbarkeit, sondern allein mit Ideologie zu tun.

(Ralf Witzel [FDP]: Sind Sie ideologiefrei in Ihrer grünen Umweltpolitik?)

In der Hoffnung auf ein Wolkenkuckucksheim CCS machen Sie einfach weiter wie bisher und verschieben die Problemlösung in die Zukunft und in andere Länder, weil Sie ganz klar selber sagen: NRW hat gar keine eigenen Lagerstätten, also sollen andere das mal schön für uns lösen. – Wir finden, das kann man so nicht machen, und ich bin gespannt, was die weitere Debatte mit Ihnen ergeben wird. Schade, dass Sie sich heute davor gedrückt haben.

Auch Ihre Forderung zum Kraftwerkserneuerungsprogramm, das Sie wieder aufleben lassen und endlich durchführen wollen, stammt aus einer komplett anderen Zeit. Teilweise beschreiben Sie ja an anderen Stellen im Antrag die Veränderungen selbst ganz treffend. Unser Energiemix besteht mittlerweile schon zu 25 % aus erneuerbaren Energien, und auch nach den Vorstellungen der aktuellen Bundesregierung sollen diese weiter steigen. Das erfordert flexible Kraftwerke, kleine Einheiten, vor allem in Süddeutschland.

Auch mit Ihrer Forderung nach der uneingeschränkten Umsetzung des Kraftwerkserneuerungsprogramms gehen Sie an technischen und marktwirtschaftlichen Notwendigkeiten vorbei und setzen rein auf Ideologie.

Über andere Forderungen des FDP-Antrags, die teilweise überholt sind oder sich längst in der Umsetzung befinden, können wir in den Ausschüssen gemeinsam diskutieren. Ich freue mich auch über den weiteren Austausch mit der CDU über den Klimaschutzplan und inwieweit die wissenschaftlichen Erkenntnisse genau das abbilden, was im CDU-Antrag gefordert wird.

Insgesamt wünsche ich mir jedoch für diese Debatte, vor allem der Debatte über den FDP Antrag, dass Sie nicht weiter von den Fehlentscheidungen auf Bundesebene zur Energiewende ablenken, indem Sie die Anstrengungen in NRW in den Dreck ziehen. Ich würde mir wünschen, dass Sie ideologisch abrüsten, wie es der CDU-Antrag teilweise tut, und endlich die technischen und marktwirtschaftlichen Gegebenheiten anerkennen und diskutieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Brems. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Brockes das Wort.

**Dietmar Brockes (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Brems, lieber Kollege Schmeltzer, es freut mich, dass unser Antrag bei Ihnen schon ein so großes Interesse auslöst hat

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben wir nicht gesagt!)

und dass Sie, Frau Kollegin Brems, sich auch schon intensiv mit dem Antrag beschäftigt haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ich auch!)

– Leider nicht, Herr Kollege Schmeltzer, sonst hätten Sie gemerkt, dass der Antrag nicht die Übernahme des Präsidiumsbeschlusses ist, sondern viele konkrete Punkte zu Nordrhein-Westfalen enthält. Deshalb ist der Antrag sehr gut und interessant. Das ist auch der Grund – Sie haben die Begründung schon selbst geliefert –: Da wir das Thema „Energiepolitik“ schon zum zweiten Mal in Gänze diskutieren, war uns dieser gute Antrag zu schade, um in großer Runde über ihn zu debattieren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der Antrag war zu schade fürs Plenum?)

– Nein, er war uns zu schade, um hier von Ihnen in einem allgemeinen Brei verfrühstückt zu werden. Deshalb werden wir die Debatte zu einem späteren Zeitpunkt führen – nach der Ausschussberatung, wenn der Antrag wieder ins Plenum kommt.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Frau Kollegin Brems, wenn Sie aus dem Antrag die CCS-Technologie erwähnen und sagen, wir würden auf alte Pferde setzen, schauen Sie doch einfach mal in Ihren Koalitionsvertrag! Darin steht sie auch.

Zum Antrag der CDU-Fraktion zum Energiemonitoring: Deutschland ist beim Klimaschutz der Vorreiter der Industrieländer. Mit der Energiewende auf der Grundlage des Energiekonzepts der Bundesregierung und des Bundestags aus dem Jahre 2011 werden wir die Vorreiterrolle auch zukünftig wahrnehmen und ausbauen. Es ist Aufgabe der Politik, dazu beizutragen, den breiten gesellschaftlichen Konsens für die Energiewende zu erhalten.

Daher fordern wir auch in unserem Antrag zur Energiewende, den wir später diskutieren werden, dass wir uns hier im Landtag häufiger und intensiver mit der Zukunft und der Umsetzung der Energiewende in Nordrhein-Westfalen beschäftigen. Dass wir das tun, finde ich gut, und deshalb begrüßen wir heute den Antrag der CDU-Fraktion.

Die Energiewende ist nicht innerhalb weniger Jahre zu schaffen. Sie ist ein Generationenprojekt und wird häufig mit einem Marathonlauf verglichen – zu Recht. Unkenrufe bei jedem kleinen Straucheln, dass die Energiewende jetzt schon gescheitert sei, sind daher absolut unangebracht. Insoweit sind wir alle in der Pflicht, die Diskussion wieder ein Stück weit geradzurücken und in sachliche Bahnen zu lenken, Herr Kollege Schmeltzer.

Es bedarf auch eines Monitorings, um den Fortgang der Energiewende in Bezug auf Nordrhein-Westfalen für jeden nachvollziehbar zu machen. Schließlich setzen wir dabei vor allem auf technologische

Entwicklungen in den nächsten Jahrzehnten, bei denen noch niemand absehen kann, wie, wann und ob sie überhaupt kommen werden.

Hier zeigt sich übrigens auch eine der Sollbruchstellen zu Ihrem Klimaschutzplan, Herr Minister Remmel. Er hat leider den Raum gerade verlassen. Denn nach der Maßgabe des Klimaschutzgesetzes müssen bereits die Wirkungsbeiträge der noch unbekannten Technologien in den Plan aufgenommen werden. Wie Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, und die von Ihnen handverlesenen Teilnehmer des Dialogprozesses das ohne die Hilfe von Nostradamus schaffen wollen, ist mir rätselhaft.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zurück zu dem vorliegenden Antrag: Das von der CDU vorgeschlagene Monitoring-Verfahren ist grundsätzlich sinnvoll. Von seiner Zielrichtung hat es aber eher die gesamte Bundesrepublik im Auge. Der Schwerpunkt sollte aber unseres Erachtens auf der Umsetzung der Energiewende in Nordrhein-Westfalen liegen und darauf, inwieweit die Abstimmung mit Bund und Ländern vorankommt, zum Beispiel bei der Frage des Netzausbaus und dem damit synchronisierten Ausbau der erneuerbaren Energien.

Diese und weitere Fragen sollten wir daher im Ausschuss weiter erörtern. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Piratenfraktion erteile ich nun Herrn Kollegen Schmalenbach das Wort.

**Kai Schmalenbach (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Bürger hier im Saal und zu Hause! Die CDU-Fraktion möchte angelehnt an das Monitoring auf Bundesebene auch hier in NRW die Energiewende messen, protokollieren und auswerten. Herr Kufen will die erneuerbaren Energien aus dem Biotope der Subventionen führen. Wir hätten uns gewünscht, dass dies an anderer Stelle längst geschehen wäre. Herr Schmeltzer beklagt die falsche Ausrichtung. Also lassen Sie uns einfach über die Ausrichtung reden, den Antrag anpassen und umsetzen.

(Beifall von den PIRATEN und Thomas Kufen [CDU])

Mir ist ziemlich egal, ob Sie aus diesem Antrag mal wieder parteipolitisches Geplänkel machen. Sie sehen die Sache dabei nicht. Das stört mich einfach. Wir würden gerne einfach nur das Gute aus diesem Antrag ziehen, denn das gibt es, diesen Antrag weiterbearbeiten, bereden, verbessern und dann abschließen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN und Thomas Kufen [CDU])

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Duin das Wort.

**Garrelt Duin,** Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kufen, ich will Ihnen in Ihren vier Punkten, die Sie genannt haben, ausdrücklich recht geben. Das war ja auch Kern dessen, was ich in der gestrigen Debatte hier und auch an vielen anderen Stellen in den letzten Monaten zum Ausdruck gebracht habe.

(Thomas Kufen [CDU]: Aber nicht nur Sie, andere auch!)

Das Thema „Koordination“ ist wichtig. Ich komme darauf gleich zurück. Die Ministerpräsidentenkonferenz und der Energiegipfel bei der Bundeskanzlerin sind ja schon erwähnt worden. Weitere Punkte in Ihrem Antrag sind die Bezahlbarkeit für Bürgerinnen und Bürger einerseits und für Industrie und Unternehmen andererseits, die Effizienz und der Konsens. Alles richtig. Auch die Fragen, die Sie gestellt haben, gehören mit dazu. Sie wollen von uns allen beantwortet werden.

Es bleibt bei dem, was in der Ministerpräsidentenkonferenz und auf dem Energiegipfel verabredet worden ist. Es muss eine Energiewende für die gesamte Bundesrepublik Deutschland geben. Es geht darum – das haben Sie aufgrund Ihrer Nachfrage an den Kollegen Schmeltzer im Ergebnis gerade übereinstimmend festgestellt –, dass es 16 plus 1 geben muss. Das ist völlig richtig.

Nach wie vor unterscheiden wir uns aber bei einem entscheidenden Punkt: Wir sind der festen Überzeugung, dass es für 16 plus 1 so etwas wie einen Masterplan braucht. Dann kann man auf der Bundesebene darüber sprechen – das haben wir von Anfang an gefordert –, dort ein Monitoring anzusiedeln. Wir müssen doch die Zielgrößen, die Zwischenziele, auch die regionalen Auswirkungen betrachten. Da macht es eben keinen Sinn, wie Sie es in Ihrem Antrag fordern, Institutionen und Beiräte zu schaffen. Gerade die Wechselwirkungen zum Beispiel für den Netzausbau in Nordrhein-Westfalen hängen doch davon ab, wie der Offshore-Ausbau gelingt. Auf den Offshore-Ausbau haben wir als Nordrhein-Westfalen aber direkt keinen Einfluss; wir können das nur beobachten. Wir brauchen das auf der Ebene des Bundes, 16 plus 1. Dort muss es einen Masterplan geben. Dort muss ein entsprechendes Monitoring angesiedelt sein. Das, was wir an NRW-spezifischen Fragestellungen – Stichwort: Klimaschutz – zu machen haben, ist ja bereits im Klimaschutzgesetz, im Klimaschutzplan angelegt,

auch mit den Monitoring-Elementen, die hier gerade beschrieben worden sind.

Ich glaube, dass wir bezüglich der Zielrichtung, die Sie auch in Ihrem Antrag beschrieben haben, nicht sehr weit auseinander liegen. Die Schlussfolgerung, hier in NRW noch einen draufzusetzen und ein Extra-Monitoring für die Gesamtenergiewende zu machen, die wir doch mit anderen gemeinsam machen wollen, ist jedoch falsch. Deswegen habe ich Verständnis dafür, dass die Fraktionen von SPD und Grünen Ihrem Antrag nicht zustimmen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor. Wir sind deshalb am Schluss der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/1047 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Letzteres ist nicht der Fall. Dann ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

#### **4 Mit mehr Marktwirtschaft die Energiewende aktiv gestalten – Verantwortung für den Energie- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen übernehmen**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1267

Eine Beratung, meine Damen und Herren, ist heute nicht vorgesehen. Die Beratung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, den **Antrag Drucksache 16/1267 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** zu **überweisen**. Ich frage auch hier, wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist

nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

## **5 Studentischen Wohnraum fördern – flexible Lösungen gemeinsam erarbeiten**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1261

Ich eröffne die Beratung und erteile für die erste der beiden antragstellenden Fraktionen Herrn Kollegen Ott das Wort. Bitte, Herr Kollege Ott.

**Jochen Ott (SPD):** Danke schön. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mehr günstigen studentischen Wohnraum zu schaffen, aber flexibel auf die Entwicklungen der Zukunft reagieren zu können – das ist die Aufgabe, der sich die Landesregierung stellen muss.

Kurzfristig ist der doppelte Abiturjahrgang zu berücksichtigen. In manchen Teilen des Landes wird das auch langfristig dazu führen, dass mehr junge Menschen, mehr Studenten, Wohnungen brauchen. In anderen Teilen des Landes wird der zusätzliche Wohnraum, den wir kurzfristig brauchen, aufgrund des demografischen Wandels mittelfristig nicht mehr für Studenten benötigt, kann aber vielleicht für andere Gruppen genutzt werden.

Mit dem vorliegenden Antrag möchten wir beide Problemstellungen lösen.

**(Vorsitz: Vizepräsident Daniel Düngel)**

In NRW gibt es derzeit 49.400 staatlich geförderte Wohnplätze für Studierende. Rund 75 % davon werden von den Studentenwerken bewirtschaftet. Die übrigen werden von privater Seite zur Verfügung gestellt. Aufgrund der gestiegenen Studierendenzahlen ergab sich im Wintersemester 2011/2012 eine durchschnittliche Wohnraumversorgung von 10,6 % der Studierenden. Im Vergleich aller Bundesländer belegt NRW damit einen guten Mittelplatz.

Neun von zehn Studierenden wohnen heute außerhalb der Studentenwohnheime. Steigende Mieten in den Ballungsräumen, insbesondere in unseren Universitätsstandorten, sorgen bereits heute dafür, dass es nur noch wenig bezahlbaren Wohnraum gibt. Die seit einigen Jahren stattfindende Reurbanisierung, also der Trend zum innerstädtischen Wohnen, führt dazu, dass unsere Städte wachsen, was den Wohnungsmarkt zusätzlich unter Druck setzt – nicht nur für die Studierenden, sondern für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen insgesamt.

Deshalb brauchen wir eine moderne, eine neue Wohnraumförderpolitik. Die soziale Wohnraumförderpolitik muss auf ihre Kernaufgaben, nämlich die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für die Bevölkerungsgruppen, die sich nicht ohne Weiteres mit Wohnraum versorgen können, konzentriert werden.

CDU und FDP haben in den Jahren 2009/2010 wertvolle Zeit verloren. Man hat sinnlos Mittel für wenige verschleudert, indem man die Eigenheimförderung aufgepumpt hat, während die Not, eine preiswerte Wohnung zu finden, für viele Menschen in unserem Land immer weiter gestiegen ist.

Die Aufgabe, unter sozialen und stadtentwicklungspolitischen Kriterien Wohnungen zu schaffen, ist in Kooperation zwischen Unternehmen, Studentenwerken und Kommunen wahrzunehmen. Dabei sind gleichzeitig alle geeigneten Modelle zu prüfen.

Zum einen durch die Nutzung des vorhandenen Immobilienbestandes auch des Landes. Hier ist zu prüfen, ob nachhaltiger und flexibler Wohnraum durch Sanierung und Umnutzung für Studierende verfügbar zu machen ist. Gerade in stagnierenden Wohnraumregionen des Landes muss es darum gehen, nicht ausschließlich durch Neubau von Wohnheimplätzen Kapazitäten zu schaffen, die dann nur zeitlich begrenzt abgerufen werden können. Stattdessen ist es geboten, durch die erhöhte Nachfrage von Studierenden auf dem Wohnungsmarkt Impulse für brachliegende Stadtquartiere auszulösen, indem vorhandener Wohnraum saniert und aufgewertet wird und indem gegebenenfalls Studentenwerke ergänzend als Nachfrager auf dem Mietwohnungsmarkt auftreten.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Ott, würden Sie eine Zwischenfrage aus der FDP-Fraktion zulassen?

**Jochen Ott (SPD):** Wenn die Zeit angehalten wird, ja.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Aber selbstverständlich. Bitte schön.

**Ulrich Alda (FDP):** Danke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen, Herr Kollege Ott. – Ich bin selbst Aufsichtsrat in einem mittleren Wohnungsbauunternehmen mit 4.000 bis 5.000 Wohnungen. Meines Wissens sind Sie Aufsichtsratsvorsitzender in einem solchen Unternehmen. Meinen Sie nicht, dass Sie ein bisschen in einen bestimmten Geruch kommen könnten, wenn Sie ausgerechnet dazu einen Antrag stellen und ihn auch kommentieren?

**Jochen Ott (SPD):** Entschuldigen Sie bitte; ich habe das akustisch nicht verstanden. Würden Sie bitte den letzten Satz wiederholen?

**Ulrich Alda** (FDP): Ja, ich weiß; die Akustik ist da vorne schlecht. – Sie sind ja Aufsichtsratsvorsitzender eines Wohnungsbauunternehmens.

**Jochen Ott** (SPD): Eines kommunalen, genau.

**Ulrich Alda** (FDP): Genau. Ich bin das auch – nicht Vorsitzender, aber Mitglied. Und ich würde mich als Aufsichtsratsmitglied eines kommunalen Unternehmens zu dieser Fragestellung nicht so äußern. – Danke.

**Jochen Ott** (SPD): Das war jetzt keine Frage, sondern ...

**Ulrich Alda** (FDP): Ja. Ich musste sie ja wiederholen.

**Jochen Ott** (SPD): Das tut mir leid.

**Ulrich Alda** (FDP): Aber Sie haben mich verstanden, wie ich sehe.

**Jochen Ott** (SPD): Ja, jetzt habe ich Sie verstanden. Es ist ein bisschen schwierig mit der Akustik. – Ich muss ehrlich sagen, dass ich überhaupt nicht nachvollziehen kann, wie Sie da einen Zusammenhang herstellen können; denn ich bin Vertreter des Volkes. Ich bin von den Menschen der Stadt Köln, vertreten durch den Rat der Stadt Köln, gewählt und nehme in dem kommunalen Unternehmen eine wichtige Aufgabe wahr, die mit den grundsätzlichen wohnungspolitischen Rahmengesichtspunkten überhaupt nichts zu tun hat. Im Gegenteil! Vielleicht ist es für Politiker ja ganz gut, wenn sie ein bisschen Ahnung haben, wovon sie reden.

(Minister Guntram Schneider: Sehr gut!)

Zurück zum Thema: Die Landesregierung hat entscheidende Schritte getan. Hochschulministerin Schulze und Bauminister Groschek werden das studentische Wohnen jährlich mit 50 Millionen € aus dem Landeswohnungsbauvermögen fördern.

Wir müssen es allerdings noch hinbekommen, dass die Studentenwerke, die Kommunen und die Investoren, also die Wohnungswirtschaft, gemeinsam noch mehr Verantwortung übernehmen. Deshalb begrüße ich ausdrücklich die Initiativen des Wohnungsbauministers, einen Pakt der Wohnungswirtschaft für Nordrhein-Westfalen zu schließen.

Die Landesregierung hat mit dem Entwurf des Haushalts 2012 bereits stark vorgelegt und eine weitere Erhöhung des allgemeinen Zuschusses um rund 1,4 Millionen € auf insgesamt 39,5 Millionen € eingestellt. Es ist beabsichtigt, die Mittelерhöhung in den Jahren 2011 und 2012 von insgesamt rund 5 Millionen € den Studentenwerken speziell zum

Zweck der Bewältigung der steigenden Studierendenzahlen in den kommenden Jahren zuzuwenden, um insbesondere die kurzfristige Bereitstellung von Wohnraum zu ermöglichen.

Wir lassen die Studentinnen und Studenten in diesem Land nicht zurück. Wir lassen auch die Alleinerziehenden, die Rentner und die Einkommensschwächeren in diesem Land nicht zurück.

Die SPD-Fraktion erwartet von der Landesregierung – das wird hier noch einmal ganz deutlich –, bei dieser zentralen Aufgabe nicht nachzulassen: Flächen vom BLB, Darlehen von der NRW.BANK, Zuschüsse in den Haushalten.

Schließlich geht es um ein schönes Zuhause, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das Wohnen ist der zentrale Punkt der Daseinsvorsorge. Da setzen wir als regierungstragende Fraktion einen deutlichen Schwerpunkt. – Danke.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Daniel Dünkel**: Vielen Dank, Herr Kollege Ott. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schneckenburger.

**Daniela Schneckenburger** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Meldungen über steigende Studierendenzahlen begleiten uns. Es ist keine neue Erkenntnis, sondern eine Erkenntnis, die man schon länger hat, nämlich dass es eine Entwicklung bei den Studierendenzahlen gibt, die sich natürlich auch auf den Wohnungsmarkt auswirkt.

Allerdings wächst der Druck auf den Wohnungsmarkt nicht nur deswegen. Wenn man sich die Standorte entlang der Rheinschiene ansieht, kann man erkennen, dass in den vergangenen Jahren beträchtliche Mietpreiserhöhungen zu verzeichnen waren. In den vergangenen Jahren ist insbesondere der Druck auf das niedrigpreisige Mietsegment gestiegen.

Warum ist das so? – Ein Grund dafür ist, dass die Wohnungspolitik des Landes in den Jahren 2005 bis 2010 eine eklatante Fehlsteuerung aufweist. Das haben wir gestern auch schon diskutiert. Fast 600 Millionen € sind pro Jahr für den Eigenheimbau aufgewendet worden – unter Nichtbeachtung der Tatsache, dass dringend sozial gebundener Mietwohnraum benötigt wird, um eine dämpfende Wirkung auf den Mietwohnungsmarkt auszulösen.

Sie, CDU und FDP, haben als ehemalige Landesregierung in diesen Jahren für den Wohnungsmarkt nicht so vorgesorgt, wie Sie es konnten. Nun tritt zu diesem schon bestehenden Druck auf das untere Mietpreissegment weiterer Druck durch Studierende hinzu, die nur zu ca. einem Drittel zu Hause wohnen, ansonsten in Studentenwohnheimen oder auf

dem freien Markt unterkommen; und es ist auch gut so, dass sie auf dem freien Markt unterkommen.

Wir tun nun, was nötig ist, um die erforderlichen Entlastungen zu schaffen. Seit 2011 wurde nämlich der allgemeine Zuschuss an die Studentenwerke mit zusätzlichen Mittel von 3,5 Millionen € pro Jahr erhöht. Der Entwurf des Haushaltes 2012 sah eine weitere Erhöhung des allgemeinen Zuschusses um rund 1,4 Millionen € auf insgesamt 39,5, also fast 40 Millionen € vor. Diese insgesamt rund 5 Millionen € dienen speziell der Bewältigung der steigenden Studierendenzahlen in den kommenden Jahren.

Das ist aber nicht das Einzige. Es wird auch eine Umorientierung – das hat der Minister angekündigt – in den Wohnungsbaufördermitteln geben. Die Wohnungsbaufördermittel werden künftig mit einer Fördersumme von insgesamt 50 Millionen € für die Wohnplatzförderung für Studierende zur Verfügung stehen, zusammengefasst in der sozialen Wohnraumförderung des Landes.

Also, die Landesregierung handelt, während Sie in der Vergangenheit vorausschauendes Handeln haben vermissen lassen. Die Umorientierung in der Wohnraumförderung ist bereits mit Beginn der Regierungsübernahme 2010 erfolgt.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Busen aus der FDP-Fraktion zulassen?

**Daniela Schneckenburger (GRÜNE):** Immer gerne.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Bitte schön.

**Karlheinz Busen<sup>\*)</sup> (FDP):** Frau Kollegin, können Sie mir sagen, warum es keinen Investor gibt, der Interesse hat, sozialen Wohnungsbau zu errichten?

**Daniela Schneckenburger (GRÜNE):** Entschuldigung, könnten Sie es bitte wiederholen; wir haben hier wirklich Akustikprobleme.

**Karlheinz Busen<sup>\*)</sup> (FDP):** Können Sie mir sagen, warum es kein Interesse von Investoren gibt, im sozialen Wohnungsbau zu investieren.

**Daniela Schneckenburger (GRÜNE):** Ich weiß nicht, woraus Sie ableiten, dass es kein Interesse von Investoren gibt, in sozialen Wohnungsbau zu investieren. Ich habe auch in Gesprächen mit potenziellen Investoren in meiner Heimatstadt eine andere Rückmeldung erhalten. Tatsache ist aber auch – das ist zu Ihrer Regierungszeit noch anders gewesen –, dass es zurzeit ein Marktzinsniveau

gibt, das die Förderkonditionen des sozialen Wohnungsbaus als weniger attraktiv erscheinen lässt, als sie es in der Vergangenheit zu Hochzinszeiten waren. Das ist die Wahrheit.

Natürlich hat man Schwierigkeiten, günstiges Geld an den Markt zu bringen, wenn es privat auch günstig zu haben ist. Insofern wird man darum werben müssen, dass Investoren in dieses Marktsegment hineingehen. Wie gesagt, das Interesse dafür ist durchaus vor Ort – jedenfalls in der Stadt, aus der ich komme – angekündigt worden.

Das heißt: Wir werden uns darum bemühen, dass in diesem Segment mehr investiert wird.

Entscheidend ist aber: Man darf nicht den Fehler machen, Spezialwohnungsbau zu fördern. Das, glaube ich, hätte schwere Auswirkungen für die Zukunft. Wir wissen alle, dass sich die gegenwärtig hohen Studierendenzahlen in zehn Jahren anders entwickeln und wir eine andere Situation haben werden. Darum ist es dringend nötig, die Förderpolitik des Landes beim Wohnraum so auszurichten, dass heute günstiger Wohnraum auch für Studierende zur Verfügung steht, der aber später in anderer Weise genutzt werden kann; denn vor uns liegen wesentliche Herausforderungen, und zwar nicht nur durch das Fehlen günstigen Wohnraums, sondern auch bei der Bewältigung des demografischen Wandels in Nordrhein-Westfalen.

Das heißt: Wohnraum, der heute geschaffen werden muss, muss auch den Anforderungen von morgen gerecht werden. Er muss so gestaltet sein, dass er barrierefrei ist und insofern dem demografischen Wandel Rechnung trägt. Er muss ferner ausgerichtet sein auf eine Stadtentwicklung, die im Quartier stattfindet, auf eine Reparatur von schwierigen Stadtvierteln.

Und da gibt es – um das noch einmal in Richtung des FDP-Kollegen zu sagen – durchaus auch ein Interesse von Privatinvestoren vor Ort, die sagen: Okay, wenn ihr uns jetzt sozusagen helft, dann sind wir auch bereit, in die Modernisierung von Wohnraum zu investieren. Uns sind Studierende als Mieterinnen und Mieter herzlich willkommen. Wir sind auch bereit, in eine lokale Kooperation zu gehen, beispielsweise mit Studentenwerken, was Mietverträge anbelangt.

Ich glaube, das ist insgesamt eine gute Entwicklung, die wir auf den Weg bringen, und sie wird der Situation auf dem Mietwohnungsmarkt und Studierendenwohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen gerecht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion der CDU spricht der Kollege Hausmann.

**Wilhelm Hausmann<sup>\*)</sup>** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag vermengt im Grunde zwei Aspekte. Zum einen wird mit dem Blick auf den doppelten Abiturjahrgang 2013 richtigerweise festgestellt, dass ab dem kommenden Jahr ein größerer Bedarf nach studentischem Wohnraum bestehen wird. Zum anderen wird die grundsätzliche Frage der perspektivischen Entwicklung der Nachfrage nach studentischem Wohnraum aufgeworfen.

Der doppelte Abiturjahrgang 2013 ist aber doch keine Überraschung, sondern seit Jahren bekannt. Selbst im Antrag steht, dass bereits seit 2009 der studentische Wohnungsbestand wieder ausgebaut wird. Also hat bereits die CDU-geführte Landesregierung gehandelt. Der Antrag kommt somit reichlich spät. Das sieht nicht nur die „Rheinische Post“ so.

Außerdem diskutieren wir heute die Thematik, nachdem zwei Landesminister am Montag schon Teile der Debatte in einer Pressekonferenz vorweggenommen haben. Der Landtag ist also hier wie beim Haushalt sozusagen der Nachgang zum Regierungshandeln.

Dort hat Minister Groschek erklärt, dass die zusätzlichen Ausgaben durch Umschichtung finanziert werden sollen. Die Landesregierung spricht von den 50 Millionen € für den studentischen Wohnraum immer so, als würde es sich um zusätzliches Geld handeln. Und das ist nicht richtig. Die Förderung für studentisches Wohnen gibt es bereits seit 2009. Für die Verdoppelung der Förderung in 2013 stehen also bereits 25 Millionen € zur Verfügung.

Die Finanzierung durch Umschichtung wirft natürlich die Frage auf: Wo wird zugunsten der studentischen Wohnraumförderung gekürzt?

Es steht zu befürchten, dass die Eigenheimförderung wieder einmal die Melkkuh sein soll, mit der Folge, dass vor allem kinderreiche Familien mit geringem Einkommen darunter leiden werden. Das stößt auf die strikte Ablehnung der CDU.

(Beifall von der CDU)

Ministerin Schulze hat erklärt, dass der Wohnraum schon im nächsten Herbst bereitstehen wird. Es gäbe ja genügend Planungen in der Schublade. – Wenn die Mittel des Wohnraumförderungsprogramms aber erst im Februar 2013 abgerufen werden können, dann möchte ich bezweifeln, dass die angekündigten Wohnungen im Herbst fertiggestellt sein können.

Daran schließt sich auch der Aspekt der zukünftigen Entwicklung der Nachfrage nach studentischem Wohnraum an. – Auch hier kommt die Regierungsfraktion zu spät. Sie wollen laut Antrag eine perspektivische Bedarfsanalyse für das studentische Wohnen erarbeiten. Das braucht Zeit. Genau diese

Zeit haben wir jetzt nicht. Die Wohnungen müssen schnell her.

Weiter sollen Quartiere mit dem bedarfsgerechten Wohnraum für Studierende aufgewertet werden – das hat meine Vorrednerin gerade gesagt –: nach sogenanntem multifunktionalem Ansatz bei Erfüllung aller möglichen Standards. Also auch hier ist die Zeit nicht nur sehr kurz, sondern Sie wollen auch gleichzeitig noch die Quadratur des Kreises bewerkstelligen.

Ich nehme nur einmal ein Thema heraus. Jüngst ist die DIN 18040 wirksam geworden, also die Veränderung zum barrierefreien und behindertengerechten Wohnen, worauf sich gerade der Wohnungsmarkt und die Bauindustrie einstellen. Alles das wollen Sie hier noch mit hineinbringen, das heißt den Standard für günstiges studentengerechtes Wohnen gleichzeitig mit den Anforderungen nach dieser DIN realisieren, sodass die Wohnungen in Zukunft noch für andere Personengruppen genutzt werden können. Das soll in zwölf Monaten planungsreif und schlüsselfertig auf den Markt gebracht werden. Das allerdings ist unserer Meinung nach so nicht zu schaffen. Dafür sind Sie eindeutig zu spät gestartet.

(Beifall von der CDU)

Dazu kommt, dass das Hoch der Studienanfängerzahlen nicht anhält. Das heißt, die Wohnungswirtschaft erwartet, dass die Zahl im Jahr 2025 um fast 20 % unter dem Höchstwert liegen wird. Die Zahlen sind aus der „Wohnungswirtschaft aktuell“. Investoren müssten also auf die Drittverwendungsfähigkeit, die Sie auch in Ihrem Antrag angesprochen haben, achten und dürften Wohnungen nicht ausschließlich auf die Studierenden hin einrichten, denn die langfristige Abzahlung dieser Wohnungen soll ja sichergestellt sein.

Die Wohnungen sollen günstig liegen und dürfen nicht zu teuer werden. Auch hier die Frage an die Landesregierung: Wie soll das in weniger als zwölf Monaten gelingen? Sie haben zurzeit weder die Grundstücke noch die Kenntnisse, wie lange man braucht, um von der Investitionsentscheidung über den Bauantrag, die Bauvorbereitung zur Fertigstellung einer vermietbaren Wohnung zu kommen.

(Beifall von der CDU)

Die Aufforderung an den BLB, vom Höchstpreisgebot für die Veräußerung von geeigneten Gebäuden und Flächen im Landesbesitz zugunsten der kurz- und mittelfristigen Schaffung von sozial gefördertem Wohnraum abzusehen, ist darüber hinaus haushalterisch schwierig. Wie soll das finanziert werden? Auch hierzu gibt es keine Vorschläge.

(Jochen Ott [SPD]: Was wollen Sie jetzt? Jetzt widersprechen Sie sich!)

Gleiches gilt für die kryptische Forderung 5. An welche Besonderheiten bei der Förderung von studentischem Wohnraum wird gedacht? Welche Landes-

bestimmungen sollen denn hier weiterentwickelt werden?

Meine Damen und Herren, Sie laufen überall herum und versprechen allen Gruppen Wohnraum und Sozialwohnungen. Dabei ist es immer das gleiche Geld, aber es gibt keine Lösungen dafür.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]:  
Weil Sie das für etwas anderes ausgegeben haben!)

Ich ziehe folgendes Fazit: Der Antrag kommt zu spät und kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Lösung eines lange bekannten Problems zulasten der künftig Studierenden ausgesessen wurde. Der Antrag ist ein verschlafener Weckruf an den eigenen Minister.

Aus diesem Antrag gewinnen wir zwei Erkenntnisse: Der Antragssteller weiß nicht, was er will, und der Antragsteller weiß nur, dass es seinem eigenen Minister genauso geht. Hier wird die Schlafmütze als Wanderpokal weitergereicht von der Fraktion zum Minister. Dazu herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Hausmann. – Für die FDP-Fraktion hören wir nun den Kollegen Ellerbrock.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestern haben wir in der Diskussion positive Ansätze gehört. Sie, Herr Groschek, haben gesagt, es sei ein Sparhaushalt und wir müssten umschichten.

Was aber diese Umschichtung im Einzelnen betrifft – das wurde in der Diskussion deutlich –, nehmen wir die Realität deutlich unterschiedlich wahr.

Ihrer Wahrnehmung der Realität des ländlichen Raumes können wir uns so nicht anschließen. Wir sehen im ländlichen Raum erheblichen Druck, auch Eigenheime, Wohneigentum, egal ob über Genossenschaftsanteile, Eigentumswohnungen oder vielleicht ein Häuschen, zu bauen. Dieser Druck ist berechtigt und ist vorhanden. – Darüber können wir beim nächsten Haushalt sicherlich ausführlicher reden. Wir jedenfalls haben dazu eine andere Wahrnehmung der Realität als Sie.

Meine Damen und Herren, auch bei diesem Antrag „Studentenwohnungen“ geht es letztendlich darum, dass wir Gelder in der Wohnraumförderung umschichten müssten. Woher könnte dieser Ansatz kommen? Dieses Umschichten ist bei Ihnen logischerweise durch Ihre Denkweise in puncto Eigentumsförderung – dazu haben wir eine ganz andere Meinung –, aber sicherlich auch in puncto energetische Sanierung verankert.

Dazu habe ich dann eine Frage. Wenn Rot-Grün in Berlin die Vorlage der Bundesregierung, die energie-

tische Gebäudesanierung mithilfe von Steuern und Abschreibungen zu erleichtern, über den Bundesrat blockiert, hier gleichzeitig Mittel für die energetische Sanierung für die studentische Wohnraumförderung nimmt, ist zu fragen, wie Ihre plakative Darstellung zum Klimaschutz wirklich zu bewerten ist. Ich habe so eine Ahnung: Wenn CDU und FDP hier das gleiche Programm vorgestellt hätten, würde es lauten, dies sei eine Zweckentfremdung von Mitteln zugunsten von Studenten und zulasten einkommensschwacher, kinderreicher Familien.

(Beifall von der FDP)

So würde es gesagt werden.

Richtig ist in Ihrem Antrag, dass wir einen Engpass haben, insbesondere in der Rheinschiene, aber auch in Bielefeld, Aachen und Münster. Die CDU/FDP-Koalition hat damals darauf mit den Mitteln aus dem Konjunkturprogramm, mit 120 Millionen € für Sanierung und Modernisierung, reagiert.

Frau Schneckenburger hat berechtigterweise darauf hingewiesen, dass zwangsläufig experimenteller Wohnungsbau notwendig ist, dass man diese Studentenwohnungen also für eine flexible Verwendung einrichtet – barrierefrei, altengerecht usw. –, um auch die demografische Entwicklung zur berücksichtigen. Das ist schon richtig.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage von Frau Schneckenburger zulassen?

**Holger Ellerbrock (FDP):** Aber gern.

**Daniela Schneckenburger (GRÜNE):** Herr Abgeordneter Ellerbrock, herzlichen Dank für die Möglichkeit, eine Zwischenfrage stellen zu können. – Ich war seinerzeit nicht im Landtag, aber ich glaube, dass Sie und das Klima nicht immer gute Freunde gewesen sind. Ich meine, mich entsprechend zu erinnern, was klimapolitische Debatten angeht. Deshalb will ich mich auf diesen Punkt, den Sie angesprochen haben, noch einmal beziehen.

Sie sagten, die rot/grün-geführten Länder verweigerten eine Initiative zur steuerlichen Absetzbarkeit der energetischen Modernisierung, die die Bundesregierung in Angriff genommen hat. Tatsächlich ist es so – das wissen wir beide –, dass die Bundesregierung einen Vorschlag gemacht hat, der komplett von den Ländern finanziert werden soll, während die Bundesregierung umgekehrt die Steuereinnahmen aus den Investitionsmaßnahmen vereinnahmen würde.

Sind Sie ebenfalls der Auffassung, dass die energetische Sanierung komplett aus den Länderhaushalten finanziert werden soll? Was schlagen Sie unter diesen Bedingungen vor, um Haushaltskonsolidie-

rung in Nordrhein-Westfalen auf den Weg zu bringen?

**Holger Ellerbrock (FDP):** Ich habe am Anfang nicht verstanden, wen Sie zu Ihrem Freundeskreis zählen oder nicht.

Ich halte es für richtig, wenn man Investoren Möglichkeiten gibt, energetische Sanierungsmaßnahmen über zehn Jahre abzuschreiben. Das wird von Rot-Grün im Bundesrat blockiert, und das ist schlecht.

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Das ist so falsch und platt, und das wissen Sie auch! Das nutzt dem Wohnungsbau gar nichts!)

– Herr Kollege Ott, ich hatte schon gestern gesagt: Wenn Ihnen niemand zuhört, gehen Sie doch am besten zum Spiegel. Das ist besser. Da stimmen Ihnen die Leute auch zu, hier nicht.

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Ihre Sprüche werden auch nicht besser! Ich bringe Ihnen mal was vorbei! Dann zeige ich Ihnen das!)

Meine Damen und Herren, meine Ausführungen von eben zeigen, dass es ein Versäumnis war, nicht an den ersten richtigen Schritten der CDU/FDP-Koalition anzuknüpfen. Das ist unterblieben.

Der Weg, den Sie mit den Neubauten vorgeben, ist schön und richtig. Das ist vom Grundsatz her ein guter und richtiger Ansatz; darüber müssen wir uns unterhalten. Wäre es aber nicht auch ein wichtiger Ansatz, erst einmal zu versuchen, vorhandene Kapazitäten bei kommunal beeinflussten Wohnungsbauunternehmen zu heben und Wohnraum auch – ich betone – zeitlich befristet zur Verfügung zu stellen? Da würde doch innerhalb kurzer Zeit ein erhebliches Mobilisierungspotenzial zur Verfügung stehen.

Ich bin dem Kollegen Ott ausgesprochen dankbar: Wenn der AStA aus Köln kundtut, es sei nicht zumutbar, rechtsrheinisch zu wohnen oder eine Viertelstunde bis 20 Minuten zu fahren, dann frage ich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Wo leben wir denn? Ein normaler Arbeitnehmer hat täglich eine Anfahrt von 25 bis 30 km.

(Jochen Ott [SPD]: Sehen Sie! Das habe ich gesagt!)

– Herr Kollege, erst zuhören. Ruhig mit dem Puls!

(Jochen Ott [SPD]: Ich bin begeistert, dass Sie mich loben! Fleißkärtchen!)

– Dann schreiben Sie das mal auf, damit ich mir das über den Spiegel hängen kann. Dann freue ich mich morgens schon: Ott lobt Ellerbrock. – So beginnt ein humoristischer Tag.

(Jochen Ott [SPD]: Wenigstens etwas haben Sie verstanden!)

Es ist richtig, zeitlich befristet Wohnraum in kommunal beeinflussten Wohnungsbaugesellschaften zu mobilisieren. Das ist eine vernünftige Sache.

Um einen ganz anderen Punkt ging es dem Kollegen gerade bei der Frage zu privaten Investoren. Ja, wir hören von privaten Investoren, dass der Ausstattungsstandard für den sozialen Wohnungsbau sehr erheblich ist. Das führt manchmal zu Fragen: Wieso ist das im sozialen Wohnungsbau so – Aufzug zweiter Stock usw. –, wenn ich selbst für mich nicht so baue? Für die großen Gesellschaften ist der bürokratische Aufwand handelbar, aber der kleine private Investor ist damit relativ schnell überfordert. Auch darüber sollten wir uns Gedanken machen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren: Erstens. Das Problem besteht. Zweitens. Der Antrag schildert es relativ sachlich. Drittens. Wir stellen fest, die ersten richtigen Schritte von Schwarz-Gelb sind nicht fortgeführt worden. Dies ist ein Schritt, es gibt auch noch andere Schritte. Ich habe das Beispiel „Kapazitäten nutzen und heben“ genannt. Jetzt muss gehandelt werden.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Die Kapazitätshebung ist das Entscheidende. – Schönen Dank. Das war's.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Piratenfraktion spricht nun der Kollege Dr. Paul.

**Dr. Joachim Paul (PIRATEN):** Verehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und an den stationären und mobilen Endgeräten! Ein Studium in unserem schönen Land Nordrhein-Westfalen zu starten, bedeutet für viele Studierende einen Schritt in einen neuen Lebensabschnitt. Immer mehr junge Menschen entscheiden sich für ein Studium in Nordrhein-Westfalen, und das ist gut so.

Im Monitoringbericht der Landesregierung zum doppelten Abiturjahrgang wurde die Lage bei der Bereitstellung des studentischen Wohnraums gerade als angespannt dargestellt. Daher ist es konsequent, dass weitere Mittel für die Wohnraumförderung zur Verfügung gestellt werden.

Im hier vorliegenden Antrag heißt es:

„Die soziale Wohnraumförderung des Landes Nordrhein-Westfalen muss weiter auf ihre Kernaufgabe, nämlich die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für die Bevölkerungsgruppen, die sich nicht ohne Weiteres mit angemessenem Wohnraum versorgen können, konzentriert werden. Diese Aufgabe ist unter sozialen und stadtentwicklungspolitischen Kriterien in Kooperation mit den Kommunen, den Studentenwerken und den Unternehmen wahrzunehmen. Dabei sind gleichzeitig alle geeigneten Modelle zur Ausweitung des Wohnraumangebotes durch Nutzung des vorhandenen Immobilienbestandes – auch des Landes – zu prüfen, um nachhaltig und flexibel Wohnraum durch Sanierung und Umnutzung für Studierende verfügbar zu machen.“

Das ist ausdrücklich zu unterschreiben und findet die Unterstützung der Piratenfraktion.

(Beifall von den PIRATEN)

Weiter lesen wir dann allerdings im Antrag, dass Stadtteile durch die gezielte Ansiedlung von Studenten in einigen Gebieten aufgewertet werden können und sollen. Das, meine Damen und Herren, ist Gentrification. Die Verwendung von Mitteln der Wohnraumförderung dafür ist zynisch.

(Beifall von den PIRATEN – Jochen Ott [SPD]: Bitte?)

Im Antrag steht weiterhin, man hoffe auf die Mitwirkung der Universitäten und der Immobilienwirtschaft sowie auf kreative Lösungen. Mit anderen Worten: Man hat noch keine klare Vorstellung, wie das Problem eigentlich gelöst werden kann. Da nutzt es auch wenig, auf Best-Practice-Beispiele zu verweisen.

Das Deutsche Studentenwerk hat in seiner 19. Sozialerhebung festgestellt, dass Studierende zu etwa 12 % in Studentenwohnheimen wohnen und dass 67 % in sogenannten normalen Wohnverhältnissen leben. Diese Rahmenbedingungen bedeuten aber auch, dass gerade an den großen Hochschulstandorten wie etwa Köln, Aachen und Münster die sowieso schon angespannte Lage eskalieren wird.

Es fehlt ein Masterplan für den sozialen Wohnungsbau, der den studentischen natürlich beinhaltet. Der Aktionismus ist sicher löblich, und die zusätzlichen Mittel, die nun bereitgestellt werden, helfen auch. Aber es bleibt die Befürchtung, dass das nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein wird.

Eine Aussage finden wir besonders bemerkenswert. Im Antrag und auch in den Presseausführungen der Minister Groschek und Schulze ist zu lesen, es sei zu erwarten, dass die Anzahl der Studierenden nach einem Höhepunkt im Jahr 2013 perspektivisch sinken wird. Ich frage mich: Wer gibt Ihnen die Gewissheit? Rechnen Sie 2014 mit

einer vermehrten Anzahl von Studienabbrechern? Solche Prognosen sind immer sehr fragwürdig. Ich weiß nicht, ob es angebracht ist, sich darauf zu verlassen.

(Ministerin Svenja Schulze: Sie sind irgendwann mit dem Studium fertig!)

– Es werden auch welche fertig, das ist richtig.

Wer sich für die soziale Öffnung von Hochschulen einsetzt, muss auch an die Begleiterscheinungen denken. Das wollen wir konstruktiv tun. Ein Ansatz wäre es, bei den Fördermaßnahmen die 12 % des Studierendenanteils in Wohnheimen zum Richtwert für die Bereitstellung von Wohnheimplätzen der Studentenwerke zu nehmen. Das heißt in Zahlen, bei etwa 630.000 Studierenden in unserem schönen Land insgesamt 75.600 Wohnheimplätze vorzuhalten. Das bedeutet, dass die aktuellen Förderhöfe erhöht werden müssen.

Zusätzlich könnte man – Stichwort NRW.BANK – auch über neue Modelle zur Bereitstellung von Fördergeldern nachdenken.

Wir fordern Sie ausdrücklich auf, schnellstmöglich die Strategie der Entlastung der Wohnraumsituation der Studierenden auch durch Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum umzusetzen. Schuldzuweisungen für die jetzt entstandene Lage – das ist uns Piraten zu müßig. Das wird fast in jedem der Redebeiträge gemacht.

Wir unterstützen Sie bei Ihren Bemühungen in jedem Fall und empfehlen natürlich die Überweisung in den Ausschuss. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Groschek.

**Michael Groschek,** Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren und Damen Abgeordnete! Ja, es ist richtig, seit 2009 wurden die Landesregierungen aktiv und haben insgesamt 60 Millionen € für schätzungsweise 1.200 Studentenwohnungen über das Wohnraumfördervermögen investieren lassen. Das ist richtig, das brauchen wir auch gar nicht streitig zu stellen.

Der politische Streit beginnt allerdings in der Tat bei der Frage: Welchen Stellenwert hat die Eigentumsförderung, und welchen Stellenwert hat die soziale Wohnraumförderung? Da sind wir auch als Landesregierung glasklar aufgestellt: Es macht keinen Sinn, bei einem historischen Zinstal Eigentumsmaßnahmen über Gebühr zu fördern. 80 Millionen €, die jetzt, 2013, drin stehen, sind eine ver-

dammt üppige Ausstattung und eine stolze Summe angesichts der realen Zinsbelastungen.

Wen fördern wir eigentlich, der bei den jetzt gültigen Zinskonditionen nicht in der Lage ist, zu bauen? Da gibt es auch eine soziale Verantwortung, um die Menschen vor wackeligen Finanzierungen zu schützen.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Über die Langausstattung können wir noch gesondert reden.

Zweiter Punkt – Multifunktionalität und Umnutzung: Ja, das wollen wir gerade. Das, was wir nicht fördern werden, ist der Neubau von Studentenkasernen. Wir wollen jetzt nicht – husch, husch – mal eben schnell Fertigbauten mit zentralisierten Heimen, langen Fluren, Kemenaten, die dann leer stehen, wenn der Gipfel des Studentenbergs überwunden ist, sondern wir wollen multifunktionale, qualitätsvolle Bauten, die anschließend durch andere Bevölkerungsgruppen genutzt werden können.

(Beifall von den PIRATEN)

Dritter Punkt: Natürlich wird nicht viel in einem Jahr zu errichten sein. Aber wir beginnen jetzt im frühen Frühjahr mit einer stolzen Verdoppelung mindestens der Summe, die für studentisches Wohnen zur Verfügung gestellt wird. Von daher sollten wir uns nicht darüber streiten, was alles in zwölf Monaten zu schaffen ist, sondern wir sollten gemeinsam dafür Sorge tragen, dass wir alle Chancen nutzen, um die Studentinnen und Studenten gescheit unterzubringen. Das finde ich allerdings.

Und wenn Herr Hausmann für die CDU erklärt, hier sei zu wenig geschehen, dann will ich nur an einem Punkt daran erinnern, wie die Verantwortungsübernahme durch Schwarz-Gelb aussah. Sie sah nämlich so aus, dass bei den Studentenwerken 20 % der Mittel gekürzt wurden

(Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

und damit auch 20 % der Möglichkeiten, selbst aktiv und initiativ zu werden.

Herr Ellerbrock, auf die Frage Steuerregelung brauchen wir jetzt hier nicht einzugehen. Das sind Bund-Länder-Fragen, die in Berlin diskutiert werden. Die Länder haben sich zu Recht auch parteiübergreifend so aufgestellt, dass sie sagen: Es ist ein unfaires, vergiftetes Angebot. Alle Potenziale nutzen – da bin ich sofort bei Ihnen.

Was die Energiesanierung angeht, sollten wir uns genau angucken, was wie wirksam ist. Warum sind ganz bestimmte KfW-Programme wirksam? Was ist mit dem aktuellen Entwurf des Energieeinspeisegesetzes der Bundesregierung? Welche Formen werden da privilegiert? Welche werden sanktioniert? Ist das nicht ein Schlag gegen Fernwärme und KWK, was da gerade in Berlin ausgebrütet wird?

Diese Diskussion sollten wir voll umfänglich führen, wenn wir darüber sprechen, wie das Wohnungsbauförderprogramm in Gänze aussieht.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Minister, würden Sie eine Zwischenfrage aus der CDU-Fraktion zulassen?

**Michael Groschek,** Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ja, bitte.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Hausmann.

**Wilhelm Hausmann<sup>\*)</sup>** (CDU): Herr Minister, woher nehmen Sie die Sicherheit zu sagen, dass nicht auch Eigentumsförderung zum Beispiel für kleine Wohnungen ein sinnvoller Beitrag wäre, den Wohnungsmarkt in solchen Räumen zu entlasten? Gerade kleine Wohnungen, die mit einem erschwinglichen Betrag gekauft und aufgrund des günstigen Zinssatzes schnell abbezahlt werden können, könnten genauso gut einen Beitrag dazu leisten. Warum verpönen Sie so die Eigentumsfrage?

**Michael Groschek,** Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Wir sind nicht ideologisch gegen Eigentumsförderung, da, wo sie Sinn macht. Deshalb haben wir auch einen auskömmlichen Betrag von – sage und schreibe – 80 Millionen € für Eigentumsmaßnahmen vorgesehen. Daneben gibt es noch für Eigentumsmaßnahmen im Bestand gesonderte Förderprogramme. Da, wo es sinnvoll und notwendig ist,

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

werden wir fördern können – und das in großer Gemeinsamkeit, so hoffe ich. Von daher bin ich jedenfalls nicht ideologisch vorgeprägt als Grenzgänger, der Eigentumsbildung im Wohnungsbau grundsätzlich ausschließt. Im Gegenteil: Ich glaube, geläutert durch die Erfahrungen mit Plattenbauweisen in diversen Ländern in Europa, sollten wir alles dafür tun, möglichst vielen Menschen ein möglichst qualitativvolles Wohnen in der Stadt zu ermöglichen und keine Verdrängungsmechanismen in grauen Vorstädten zuzulassen. Das gilt landauf, landab, lieber Herr Hausmann.

(Vereinzelte Beifall von der SPD)

Noch einmal zu Herrn Paul. Herr Paul, Sie haben natürlich recht. Wir können stolz darauf sein, dass so viele Studentinnen und Studenten auch von außen zu uns kommen. Wir haben oft über die so genannte Willkommenskultur geredet. Willkommenskultur heißt natürlich, dass man in Menschenwürde möglichst vernünftig zu bezahlbaren Preisen in rela-

tiver Nähe zur Universität untergebracht wird. Da sind wir sehr nahe beieinander.

Deshalb sagen wir: Wir müssen alle Potenziale nutzen und dürfen uns nicht nur darauf beschränken, jetzt neue, quasi quartierartige Wohnverhältnisse zu schaffen. Umnutzungen müssen mobilisiert werden – in großem Maße von mir aus gerne. Und wir müssen natürlich auch Nachbargemeinden, so sie an den ÖPNV angeschlossen sind, in diese Mobilisierungsstrategie einbeziehen.

Ich kann natürlich nachvollziehen, dass ich die Semesterferien möglichst fußläufig erreichen will, weil auch die Alkoholgrenzen beim Fahrrad bald abgesenkt werden. Bei allem Verständnis dafür müssen wir so planen, dass langfristig eine vernünftige Vermarktung des geförderten Wohnungsbaus richtig ist. Deshalb müssen wir die Förderung darauf konzentrieren, wo es wichtig ist.

Sie haben an einem Punkt recht – da bin ich völlig auf Ihrer Seite –: Ich werde nie die Hand reichen zu einer öffentlichen Förderung von Gentrifizierung.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das ist schleichendes Gift. Das ist aber auch in dem Antrag so nicht gemeint. Gemeint kann nur sein, dass man in Regionen, in Stadtteilen, in denen ein Wohnungsüberhang ist, in denen sich auch durch Wegzüge eine bestimmte soziale Schichtung ergibt, auch über studentisches Wohnen wieder eine gesunde, eine sozial ausbalancierte Mischung hinbekommt. Gentrifizierung auf gar keinen Fall! In Berlin haben wir genug Musterbeispiele, wie es nicht gehen darf. Ich finde, an dieser Stelle sollte sich Nordrhein-Westfalen dauerhaft von Berlin unterscheiden.

(Beifall von der SPD - Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Gut, dass wir darüber gesprochen haben! – Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Damit sind wir am Schluss der Beratungen. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/1261** an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Ich darf Sie fragen, wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen kann. – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

## **6 PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/1257

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der Piraten dem Kollegen Lamla das Wort.

**Lukas Lamla (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Besucher auf den Tribünen und zu Hause! PCB – das sind chemische Verbindungen, die dermaßen gesundheitsschädlich sind, ja sogar hochgradig krebserregend, dass sie im Jahre 2011 durch die Stockholmer Konvention weltweit verboten worden sind.

In einer Veröffentlichung mit dem Titel „PCB in öffentlichen Gebäuden“ des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitssicherheit des Landes Schleswig-Holstein heißt es:

„PCBs wurden in den sechziger und frühen siebziger Jahren in vielfältiger Weise beim Gebäudeumbau, beim Umbau und bei Sanierungen in Fugendichtungsmassen, Brandschutzanstrichen, Deckenplatten sowie in Elektrogeräten (Kondensatoren und Transformatoren) verwendet.“

Schon eine kurze Recherche offenbart: Seit Jahren werden immer wieder Schulen und Kindertagesstätten in NRW saniert und geschlossen, weil nach Untersuchungen zutage kommt, dass diese Gebäude hochgradig PCB-verseucht sind. Ein paar Beispiele: Dülmen, Grevenbroich, Euskirchen, Haan, Dortmund, Wermelskirchen, Bochum, Köln und zu guter Letzt Neuss und heute ganz tagesaktuell Kaarst.

Besonders gravierend: Die PCB-Belastungen wurden in diesen Einrichtungen meist erst dadurch aufgedeckt, weil besorgte Eltern oder Lehrer selbst Geld in die Hand genommen haben, um eine Messung zu veranlassen. Von öffentlicher Hand veranlasste Messungen werden hingegen jahrelang unter Verschluss gehalten. Erst durch massiven Druck von Eltern, Gewerkschaften, Lehrkräften und Medien und im Neusser Fall zu guter Letzt von der SPD-Stadtratsfraktion unter Leitung des Kollegen Breuer – schade, dass er gerade nicht da ist – wurden diese Messergebnisse veröffentlicht. Erst dann werden diese Einrichtungen im gleichen Atemzug geschlossen. Wie war das noch einmal mit dem Grundrecht auf Informationsfreiheit?

Im Neusser Fall erleben wir ein weiteres Phänomen. Obwohl diese Schule vorher ordnungsgemäß saniert worden ist – das heißt, man hat dort die Fugen abdichtet –, musste diese Schule in diesen

Sommerferien geschlossen werden, weil die Sanierungsmaßnahmen scheinbar wirkungslos waren.

Natürlich werden vermutlich die nachfolgenden Redner sagen: Ja, die Gebäude gehören den Kommunen und sind keine Landessache. – Aber, sehr geehrte Frau Ministerin Löhrmann, die heute mit Abwesenheit glänzt:

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Sie hat sich heute abgemeldet!)

Sie haben fernab von irgendwelcher Parteipolitik die Verantwortung und die Sorgfaltspflicht für Tausende Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen in NRW, die sich täglich in große Gesundheitsgefahr begeben und sich dieser aussetzen. Bitte setzen Sie die Gesundheit Ihrer Lehrkräfte nicht in der Prioritätenliste hinter die Finanzen.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Bitte warten Sie alle nicht bis zum nächsten Wahlkampf. Bitte handeln Sie jetzt!

(Beifall von den PIRATEN)

Wenn wir uns vor Augen führen, dass vermutlich die meisten Gebäude in NRW, die zwischen 1960 und 1975 gebaut oder saniert worden sind, so stark mit PCB belastet sind, meine Damen und meine Herren, wird uns spätestens hier deutlich: Wir haben ein großes Problem.

Natürlich ist den Piraten bewusst, dass es einen enormen logistischen Aufwand bedeutet, Schüler und Schülerinnen umzuquartieren. Wir wissen auch, dass die entstehenden Kosten enorm sind, wenn in hunderten Schulen in NRW derartige Messungen stattfinden sollen. Von den Kosten einer möglichen Sanierung von Hunderten von Schulen will ich erst gar nicht sprechen. Aber nur, weil man über ein Problem nicht spricht, heißt es nicht, dass es nicht existiert. Dieses Problem kann und darf man einfach nicht weiter wegnignorieren und aussitzen!

(Beifall von den PIRATEN)

Wir Piraten fordern hier feste Sanierungskonzepte. Wir brauchen zudem festgelegte Messverfahren unter Realbedingungen. Realbedingungen heißt für mich nicht, dass Tage vor der Messung Putzkolonnen durch die Räumlichkeiten wirbeln und Heizkörper und Wände abwischen, die vorher jahrelang von den Putzkolonnen keine Beachtung fanden. Es muss klare und nachvollziehbare Fristen geben, in denen die Messergebnisse veröffentlicht werden. Sonst könnte es passieren, dass Träger von öffentlichen Gebäuden und Liegenschaften, wie im Neusser Fall, monate- oder sogar jahrelang wie eine glückende Henne auf den Messergebnissen sitzen und jeden wegpicken, der sich dieser Brutstätte nähert.

Das Thema „PCB“ steht nicht nur bei uns Piraten auf der Tagesordnung, sondern es beschäftigen sich auch andere Fraktionen damit, wie die Kleinen Anfragen von der Kollegin Schulze Föcking von der

CDU oder vom Kollegen Dr. Orth von der FDP gezeigt haben. Bitte, meine Damen und Herren, lassen Sie uns endlich gemeinsam an einer vernünftigen Lösung arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Lamla. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Scheffler.

**Michael Scheffler (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will eine Bemerkung des Kollegen eben aufgreifen und sagen: Das Thema „PCB“ ist in der Tat auf der Tagesordnung. Das Thema „PCB“ ist in vielen Städten und Gemeinden unseres Landes auf der Tagesordnung, wenn es in den vorhandenen Gebäuden Sanierungsbedarf gibt. Es ist ja nicht so, dass sich die Kommunen vor Ort in den vergangenen 20 Jahren nicht um dieses Thema gekümmert hätten.

(Beifall von der SPD)

Ich selbst bin seit langen Jahren Kommunalpolitiker und ich kann Ihnen nur sagen: Da haben die Kommunen auch sehr viel Geld in die Hand genommen, um dafür zu sorgen, dass ihre Gebäude zunächst einmal gemessen werden und dass die Gebäude dann im Anschluss auch saniert werden. Denn uns als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker liegen der Schutz der Kinder und der Schutz der Beschäftigten in den Schulen und in den Einrichtungen sehr am Herzen.

(Beifall von der SPD und der CDU)

Ich habe mich bei der Rede schon ein wenig darüber gewundert, wie wenig die Piraten unseren Städten und Gemeinden zutrauen. Ich kann nur sagen: Die kommunale Familie – Ausnahmen mag es an der einen oder anderen Stelle natürlich geben – hat ihre Verantwortung wahrgenommen. Natürlich hat die kommunale Familie wenig Geld zur Verfügung. Das wissen wir. Deswegen haben wir als Land Nordrhein-Westfalen an den verschiedensten Stellen zu helfen versucht.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Deshalb bucht sie immer denselben Gutachter!)

Es erschreckt mich schon etwas, dass Sie die Arbeitsteilung, die es bei uns im Land gibt, anscheinend nicht zur Kenntnis nehmen oder nehmen wollen: Wir haben ein föderales System und Zuständigkeiten, die wir verabredet haben. So haben wir beispielsweise die Verabredung, dass sich das Land um Personalfragen kümmert und die Personalausstattung zur Verfügung stellt, während die Städte und Gemeinden oder auch Kreise als Schulträger dafür zuständig sind, die Gebäude zur Verfügung zu stellen. Diese Arbeitsteilung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich bewährt und ich sehe keine Notwendigkeit, in die kommunale

Selbstverwaltung einzugreifen und den Kommunen vom Land aus etwas vorzuschreiben.

(Lukas Lamla [PIRATEN]: Lassen Sie die Lehrer weiter krank werden!)

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen seiner Verantwortung durchaus bewusst ist und bei seiner Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger durchaus im Bilde ist. Ich weiß, dass die Gebäude, die dem Land gehören, nach und nach saniert werden, dass dort gemessen wird und die Gebäude von Schadstoffen befreit werden.

Bei einem Gebäude, das sich im Besitz der Kommune befindet – bei den meisten Schulen, Kitas oder Sporthallen ist das der Fall –, ist für diese Einhaltung gesetzlicher Vorschriften natürlich die Kommune zuständig.

Ich will auch ganz deutlich sagen, dass das Land nicht in die kommunalen Kompetenzen eingreifen kann. Das Land kann auch nicht als Ausfallbürge für die Städte und Gemeinden auftreten. Das ist – ich wiederhole es – auch gar nicht notwendig, weil die kommunale Selbstverwaltung in unserem Land glücklicherweise funktioniert.

Wenn ich Ihnen aus meiner politischen Arbeit berichten würde, wie viele Gebäude, die in den 70er-Jahren gebaut worden sind, vor Ort saniert worden sind und dadurch die Haushalte zu Recht belastet worden sind, wäre es für meine Stadt eine große und gute Erfolgsbilanz. Ich weiß: Im Umfeld meines Kreises ist das in anderen Städten und Gemeinden, denen es finanziell nicht gut geht, genauso gewesen.

Meine Damen und Herren, wenn die Städte und Gemeinden Probleme und Schwierigkeiten haben, ihre Gebäude angemessen zu überprüfen und Maßnahmen zu entwickeln, dann gibt es landesweit etliche Beratungsangebote. Zum Beispiel stehen die Bezirksregierungen zur Verfügung. Es gibt die Gesundheitsämter. Und das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz berät die Kommunen ebenfalls.

Meine Damen und Herren, wir als SPD sind uns natürlich darüber im Klaren, dass wir die Verantwortung dafür haben, dass der Arbeitsschutz in unserem Land wieder funktions- und arbeitsfähig ist und die Umweltüberwachung so vornehmen kann, wie wir das von ihm erwarten und es notwendig ist. Deswegen hat die Landesregierung bereits im Frühjahr strikte Maßnahmen ergriffen, um diese Behörden nach dem schwarz-gelben Kahlschlag wieder in den Stand zu versetzen, ernst zu nehmende Kontrollen durchzuführen. Es wird in der Arbeitsschutzverwaltung einen entsprechenden Stellenaufwuchs geben. Weitere Vorhaben und Maßnahmen können Sie dem Koalitionsvertrag entnehmen.

Meine Damen und Herren, wir haben in Nordrhein-Westfalen ein gut funktionierendes System, das wir nicht auf den Kopf stellen sollten. Wir können gerne im Ausschuss noch darüber reden, aber ich sehe keinen Grund, den Bestandteilen, die Ihr Antrag hat, zu folgen. Bei den Kommunen, die tätig geworden sind, will ich mich ganz herzlich dafür bedanken, dass sie etwas zum Schutz unserer Kinder, den Schutz des Personals vor Ort getan haben und damit ihrer Verantwortung gerecht worden sind. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion der CDU spricht die Kollegin Schulze Föcking.

**Christina Schulze Föcking (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Schutz der Menschen und der Umwelt vor Gefahren sowie der Anspruch auf körperliche Unversehrtheit sind schon im Grundgesetz festgeschrieben, und damit ist es Auftrag für jede Landesregierung, dies zu gewährleisten.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, interessant ist, wer applaudiert: CDU, FDP und die Piraten. Eigentlich hätte tosender Jubel von Rot-Grün kommen müssen, handelt es sich doch um ein Zitat von Minister Remmel.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Im Zusammenhang mit dem PCB-Skandal um Envio in Dortmund hat er diese bedeutsamen Worte gesprochen. Nachzulesen ist das in der „Westfälischen Rundschau“ vom 28. Juli 2010.

Auch wenn sich Herr Minister Groschek gleich dieses Themas annehmen wird, möchte ich Herrn Minister Remmel dennoch nicht aus der Verantwortung entlassen. Es geht schließlich um Verbraucherschutz. Wo ist eigentlich Herr Remmel? – Sein Stuhl ist leer. Während Minister Remmel bei den Vorfällen um PCB und verseuchte Eier in der Vergangenheit stets die höchste Alarmstufe ausrief, so ist er bei dem, was wir als CDU-Landtagsfraktion anfragten, höchst einsilbig geblieben.

(Beifall von der CDU)

Wir von der CDU wollten nämlich – ausgehend von Präzedenzfällen wie beispielsweise an der Dreikönigen-Grundschule oder an der Uni in Düsseldorf – wissen, wie viele Fälle von PCB-belasteten in öffentlichen Einrichtungen, also Schulen, Kindergärten und Behörden, es in NRW gibt. Wir haben zunächst versucht, diese Auskunft über eine kleine Anfrage zu bekommen. Dieses Instrument steht uns als Parlamentariern zur Verfügung, und zwar immer

in der Hoffnung, eine vernünftige Antwort zu erhalten.

In der zentralen Frage unserer Kleinen Anfrage antworteten Sie uns lapidar mit dem Satz: „Fälle von PCB-belasteten öffentlichen Einrichtungen werden von der Landesregierung statistisch nicht erfasst.“

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage von Frau Howe aus der SPD-Fraktion zulassen?

**Christina Schulze Föcking (CDU):** Nein, danke. – Herr Scheffler, es sollte Ihnen vielleicht auch zu denken geben: Gleichzeitig steht nämlich in der Antwort auf die Kleine Anfrage im nächsten Satz, dass seit dem Jahr 2004 die Überprüfung läuft.

Meine Damen und Herren, der Kollege Lamla hat es eben schon ausgeführt: PCB ist hochgiftig. Die Liste der gesundheitsgefährdenden Auswirkungen ist lang: Atemwegserkrankungen, Störungen des Immunsystems, Kinder im Mutterleib sind besonders gefährdet. Vor allem: Es gibt eine krebserzeugende Wirkung. Das alles sind gute Gründe nachzufragen, denn uns liegt an einer Aufklärung im Sinne der Menschen.

Die Aufzählung – Schädigung der Leber, Atemwegserkrankungen, Krebs – zeigt aber noch mehr und macht deutlich, wie unverantwortlich Ihre ausweichenden und nichtssagenden Antworten auf unsere Kleine Anfrage waren.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Krebsgefahren spielt man nicht herunter. Wer so etwas macht, hat jeden moralischen Anspruch verloren. Genau deshalb haben wir im Ausschuss noch einmal nachgefragt. Was aber macht Minister Remmel? – Bei nahezu allen Tagesordnungspunkten war er am 24. Oktober dabei. Lobenswert! – Aber beim letzten Punkt zum Thema „PCB“ verlässt er – wegen eines Termins! – den Raum und übergibt an seinen Staatssekretär. Aber – jetzt kommt es – kurze Zeit später sieht man ihn in der Eingangshalle des Landtags stehen. Ein wirklich so wichtiger Termin?

(Walter Kern [CDU]: Nicht zu fassen!)

Im Koalitionsvertrag haben Sie den bemerkenswerten Satz geschrieben: „Wir werden die Veröffentlichungspflichten der öffentlichen Stellen deutlich ausweiten ...“

Herr Minister – wo auch immer er derzeit sein mag –,

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zurufe von den PIRATEN)

dann müssen Sie mit gutem Beispiel vorangehen und bei sich anfangen. Setzen Sie das, was Sie von anderen fordern, selbst um.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Aber bitte überprüfen Sie nicht nur Ihr Umweltministerium, wie es laut Herrn Paschedag derzeit geschieht.

Meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, sind Sie der Auffassung, dass dieses Mauern und Hinhalten durch die Landesregierung guter Verbraucherschutz ist? Das haben zumindest die Kollegen im Ausschuss – ein Segen! – auch anders gesehen.

Man muss Ihnen zugutehalten: Selbst Ihnen kamen wohl Zweifel in dieser Ausschusssitzung, denn wie anders soll man es erklären, dass Sie trotz des hinhaltenden Widerstands der Landesregierung schließlich unserem Antrag nach Vorlage eines umfangreichen Gebäudekatasters einstimmig zugestimmt haben?

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Die Landesregierung hat nämlich bis zuletzt versucht, Sie von diesem Schritt abzuhalten. Alle Register wurden sozusagen gezogen. Ein Einwand nach dem anderen wurde von Staatssekretär Paschedag vorgetragen: Er sei nicht zuständig. Die anderen hätten keine Antwort gegeben usw. Wir haben aber dennoch die Zusage im Ausschuss erhalten, eine solche Liste zu bekommen. Wir hoffen, dass dies wirklich zeitnah geschieht.

Ich komme zum Ende. Ich kann nur an Sie, Minister Groschek, appellieren. So nachlässig und fahrlässig Sie als Landesregierung in diesem Punkt arbeiten, so zuverlässig und korrekt arbeitet unsere Landesverwaltung. Sie müssen aber auch zulassen, dass sie eine solche Liste erstellen darf.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Anschließend können wir dann über die Konsequenzen reden. Das sind wir alle den Bürgerinnen und Bürgern im Land Nordrhein-Westfalen wirklich schuldig.

(Beifall von der CDU, den PIRATEN und Marc Lürbke [FDP])

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hören wir Herrn Kollegen Markert.

**Hans Christian Markert (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir am Anfang der Rede, Folgendes anzumerken: Herr Lamla, Sie hatten unsere stellvertretende Ministerpräsidentin angesprochen und ihr Fehlen bemängelt. Sie ist heute ordnungsgemäß entschuldigt, weil sie eine Aufgabe im Rahmen ihrer Funktion in der Kultusministerkonferenz wahrnimmt; das können Sie sich von Ihrer Parlamentarischen Geschäftsführerin bestätigen lassen.

(Monika Pieper [PIRATEN] nickt.)

Wir haben heute verschiedentlich über Bildung geredet, und das gehört zum Regierungshandeln dazu.

(Lukas Lamla [PIRATEN]: Zu Protokoll: Es tut mir leid!)

Da unsere Ministerin kein Landtagsmandat hat, kann sie solche Aufgaben gut wahrnehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Als Neusser Abgeordneter sage ich im Übrigen: Die Dreikönigenschule in Neuss wird in Ihrem Antrag namentlich angesprochen. Aber, Frau Schulze Föcking, mir als besonders am Gesundheitsschutz im Umweltbereich interessierter Fachpolitiker sind der von den Piraten aufgeworfene Sachverhalt und die damit verbundenen Problemlagen gut bekannt.

Ich glaube auch, dass es, Frau Schulze Föcking, manchmal ganz gut ist, wenn man bei schwierigen Fragen, die schon längere Zeit zurückliegen, auch versucht, Gemeinsamkeiten zu finden, um den Menschen eine Lösung vorzulegen, die wirklich das Problem behebt. Das ist manchmal der bessere Ansatz, als sich gegenseitig im kleinen Pepita, wie Herr Lindner manchmal zu sagen pflegt, Schuldzuweisungen zu machen. Das hilft den betroffenen Menschen vor Ort nicht wirklich weiter.

Wir arbeiten schon seit längerer Zeit an einem umfassenden Konzept zur sogenannten Raumlufthygiene und haben bereits unter der ersten rot-grünen Bundesregierung die Problematik mangelnder Innenraumlufthygiene erkannt und sie aktiv in die Politik des Bundesumweltministeriums eingebunden.

Allerdings hat die CDU-geführte Bundesregierung durch den Regierungswechsel viele dieser Ansätze einer Schadstoffminimierung in Baustoffen wie in Dämmmaterialien, Putzen, Lacken, Farben, Böden, Klebern etc. und in Einrichtungsgegenständen wie Teppichen, Möbeln sowie Reinigungsmitteln zunichte gemacht. Aber das können wir möglicherweise ab 2013 – im Herbst 2013 sind bekanntlich Bundestagswahlen – gemeinsam korrigieren.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Was die PCB-Problematik im Besonderen betrifft – hierbei haben wir es mit einem unseligen Erbe aus der Vergangenheit zu tun –, haben wir uns in den letzten Tagen mehrfach mit den Betroffenen an der Universität in Düsseldorf ausgetauscht. Wir nehmen ihr Anliegen sehr ernst.

Das ist auch mein erster Hinweis an die Piraten, deren Antrag im Prinzip in die richtige Richtung geht. Wir in der Politik sind allerdings angehalten, an dieser Stelle weder unnötige Ängste zu wecken, noch die oft schwierige persönliche Situation der Betroffenen einfach so an die Öffentlichkeit zu ziehen.

(Lukas Lamla [PIRATEN]: Was? – Weitere Zurufe von den PIRATEN)

Darum gilt es hier, mit Sensibilität und Gründlichkeit vorzugehen sowie zuerst eine sorgfältige Bestandsaufnahme vorliegender Belastungen zu erstellen.

Ob die von den Piraten vorgeschlagenen Methoden hierfür sinnvoll sind, werden wir in den Ausschüssen mit der notwendigen fachlichen Untermauerung zu klären haben.

(Beifall von Robert Stein [PIRATEN])

Frau Schulze Föcking, Sie haben sich offensichtlich auf den von Ihnen besonders geschätzten Umweltminister eingeschossen und beklagt, dass er nicht hier sei. Die Zuständigkeiten in dieser Frage sind vielfältig. Ich kann Ihnen versichern: Die anwesenden zuständigen Fachminister werden sich gern auch mit Ihnen zusammen in Sachen einer Lösung nach vorn bewegen. Aber beißen Sie sich nicht immer nur an einer Person fest, denn auch das bringt uns nicht unbedingt in der Sache weiter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben bereits zeitnah begonnen zu klären, wie viele öffentliche Gebäude in Nordrhein-Westfalen und wie viele Schulen sowie Kindergärten darunter unter anderem durch die Zuhilfenahme von PCB errichtet wurden und welche Maßnahmen zur vollständigen Erfassung dieser Gebäude angegangen werden können und

(Marc Olejak [PIRATEN]: Wo sind die Zahlen?)

welche Empfehlung wir den Kommunen in Nordrhein-Westfalen hinsichtlich der Einhaltung und Verpflichtung zur Umsetzung der PCB-Richtlinie geben sollten.

Wir werden auch der Frage, Mike Groschek, nachgehen müssen, ob wir einen Fonds oder Ähnliches zur Sanierung von Altlasten einrichten, in den auch die Branchen eingebunden wird, die eine besondere Verantwortung für die Werkstoffe haben. Wir werden sicherlich auch der Frage nachgehen können, welche Erfahrungswerte es mit PCB-Sanierung vor Ort bereits gibt.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Markert, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Olejak von der Piratenfraktion zulassen?

**Hans Christian Markert (GRÜNE):** Aber selbstverständlich.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Bitte.

**Marc Olejak** (PIRATEN): Eine kurze Zwischenfrage: Sie sagten gerade, Sie hätten Zahlen. Können Sie diese Zahlen bitte offenlegen?

**Hans Christian Markert** (GRÜNE): Ich habe eben nicht von Zahlen gesprochen. Da haben Sie mir nicht richtig zugehört, lieber Herr Kollege, sondern ich habe gesagt: Wir sind dabei zu ermitteln, wie die Situation im Land ist, welche Fallhäufigkeiten wir an welcher Stelle haben und welche Erfahrungswerte es mit der Sanierung vor Ort gibt.

Da Sie sich mit der Gesamtmaterie ja offensichtlich beschäftigt haben, wissen Sie, dass es vor Ort massiv Probleme gibt und dass wir es mit einem Sachverhalt zu tun haben, der baulich – Karl-Josef Laumann hat eben im privaten Gespräch schon darauf hingewiesen – teilweise 30, 40 Jahre zurückliegt. Man kann sich dort nicht gerade mal – schnipp! – innerhalb weniger Monate einen Überblick verschaffen, denn es kommen fast täglich Zahlen und auch Fälle hinzu. Das Problem ist, dass wir meistens erst dann aufmerksam werden – weil es sich eben um Altbauten handelt –, wenn wir Betroffene mit hohen Blutwerten haben. Das ist sehr bedauerlich, das ist sehr sensibel zu handhaben. Man kann also nicht einfach davon ausgehen, dass es nackte Zahlen gibt, sondern die müssen erst einmal sauber ermittelt werden. Und davon habe ich eben gesprochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Koalition und diese Landesregierung nehmen das Thema sehr ernst. Wir werden den Kommunen im Bedarfsfall fachlich beiseitestehen, die ja für die Einhaltung der bestehenden Regelungen zuständig sind, sofern sich die entsprechenden Gebäude in ihrem Eigentum befinden.

Sicher gilt es auch zu überlegen, ob eine zentrale – und das meinen Sie möglicherweise, Herr Kollege – statistische Erfassung und ein entsprechendes PCB-Kataster sinnvoll sind.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Markert, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Hans Christian Markert** (GRÜNE): Ja, ich bin auch gleich durch, Herr Präsident. – Klar ist: PCB wurde wegen seiner hohen Gesundheits- und Umweltrelevanz in Deutschland 1983 verboten. Die Kanzerogenität, der Einfluss auf Stoffwechsel und Leberfunktionen sind längst nachgewiesen. Deswegen sehen wir hier dringenden Handlungsbedarf – wie im Übrigen alle Fraktionen der hier im Landtag vertretenen Parteien.

Auch hier bleibt – mit Aldous Huxley – dabei sagen: Tatsachen schafft man nicht dadurch aus der Welt, dass man sie ignoriert. – Insofern sehe ich den Beratungen in den Fachausschüssen mit einiger Hoffnung entgegen. Vielleicht schaffen wir es ja, ge-

meinsam Lösungen zu erarbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Markert. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Schneider.

**Susanne Schneider** (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sprechen bei dem vorliegenden Antrag über ein wichtiges Thema, das den nordrhein-westfälischen Landtag schon öfter beschäftigt hat: über die Gruppe der Polychlorierten Biphenyle, den Menschen meistens besser bekannt als PCB. Das ist ein Begriff, unter dem 209 verschiedene Varianten zusammengefasst werden. Sie gelten als hochgiftig und machen den Menschen in unserem Land Angst. Und das zu Recht: Eine längere Belastung kann sich auf den Hormonhaushalt und auf das Immunsystem auswirken oder Hautausschlag verursachen. Außerdem steht diese Substanz im Verdacht, krebserregend zu sein.

Die FDP-Landtagsfraktion hat dieses Problem bereits im August 2011 aufgegriffen und eine kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt. Anlass hierzu war unter anderem ein Artikel in der „WAZ“, in dem über den Verdacht einer Gesundheitsgefährdung an einem Bochumer Gymnasium berichtet wurde. Dort hatten Schüler, die man zuvor in einem Gebäude aus den 70er-Jahren untergebracht hatte, vermehrt über Kopfschmerzen, Haarausfall und Atembeschwerden geklagt.

**(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)**

Die Landesregierung erklärte in ihrer Antwort, dass ihr die Problematik in den Kinder- und Jugendeinrichtungen – also auch in den Schulen – bekannt sei. Gleichzeitig kündigte sie an, die Thematik ressortübergreifend anzupacken.

Ob die bisherigen Initiativen der Landesregierung vor allem in Bezug auf eine bessere Information der betroffenen Bürger ausreichend sind, muss diskutiert werden. Allerdings sind für den Zustand von Schulgebäuden bzw. -räumlichkeiten die öffentlichen und privaten Schulträger zuständig.

Anders verhält es sich, wenn Universitäten betroffen sind. Denn hier trägt der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes, der BLB, die Verantwortung.

Auch hierzu hat die FDP-Fraktion in der Vergangenheit bereits eine kleine Anfrage gestellt. Anlass waren Presseberichte über eine zu hohe PCB-Belastung in der Heinrich-Heine-Universität zu Düsseldorf. Auch die Hochschule selbst berichtete auf ihrer Website, dass bereits viele Räumlichkeiten gesperrt werden mussten. Die Landesregierung wies darauf hin, dass 2004 bei einer Überprüfung von Landesgebäuden verschiedene Schadstoffbelas-

tungen festgestellt worden seien und in einem systematischen Prozess abgearbeitet werden sollten. Dieser Prozess sei jedoch noch nicht beendet.

Im konkreten Fall ist zwar ein Arbeitsmediziner zu dem Ergebnis gekommen, dass aufgrund der Blutwerte von Angestellten und Studierenden keine Rückschlüsse auf eine akute Gesundheitsgefährdung gezogen werden könnten; allerdings entferne der BLB zurzeit die Primärquellen wie Deckenplatten und Fugenmassen, außerdem gehe er auftretenden neuen Verdachtsfällen nach.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, das Problem des vorliegenden Antrags der Piraten besteht darin, dass die Landesregierung im Fall der Schulen und Kitas nicht zuständig ist. Öffentliche Gebäude des Landes werden im Antrag nicht explizit erwähnt.

(Lukas Lamla [PIRATEN]: Haben Sie mir zugehört?)

Der Antrag ist daher zu einseitig ausgerichtet.

Da aber das Wertvollste, was wir haben, die Gesundheit, vor allem die Gesundheit unserer Kinder ist, sollten wir die Landesregierung zu größerer Aktivität auffordern. Dies wird die FDP-Fraktion im Ausschuss mit Ihnen gemeinsam gerne tun. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Landesregierung erteile ich nun Herrn Minister Groschek das Wort.

**Michael Groschek,** Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Frau Schneider, ich fand es gut, dass Sie noch mal darauf abgehoben haben, dass es hier darauf ankommt, möglichst gemeinsam – die einzelnen Verantwortlichkeiten nicht in den Mittelpunkt stellend – für Lösungsansätze zu sorgen.

Die Menschen sind besorgt bei diesem Thema. Und zumindest in diesem Landtag und in dieser Landesregierung würde niemand die Krebsgefahren herunterspielen. Ich glaube, wir sollten aufpassen, dass wir nicht Elefantenherden durch die Porzellanläden laufen lassen. Die Menschen haben eine sehr ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem Thema verdient – und keine polemische, wahlkampfgleiche Auseinandersetzung, Frau Schulze Föcking.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es wurde hier über die Abwesenheit einzelner Kabinettsmitgliedern gesprochen. Ich will jetzt darüber sprechen, warum möglicherweise der Kollege Laumann nicht mehr anwesend ist. Ich bin nämlich darauf hingewiesen worden, dass zu Zeiten seiner

Tätigkeit als Minister für Arbeit und Gesundheit eine Vielzahl von Petitionen zur PCB-Belastung dieses Haus und den Petitionsausschuss erreicht hat. Frau Howe und Frau Beer konnten Herrn Laumann als Minister damals nicht davon überzeugen, dass akuter Handlungsbedarf besteht. Im Gegenteil: Das Ministerium hat zum damaligen Zeitpunkt wiederholt darauf hingewiesen, dass kein Handlungsbedarf besteht.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Minister.

**Michael Groschek,** Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Das will ich im Nachhinein nicht beurteilen. Ich will nur sagen, dass wir in unserem Verantwortungsbereich sehr wohl Zug um Zug Handlungsbedürfnisse sehen.

Wir haben als damalige Landesregierung und als damaliges Bauministerium schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt, 1996, gehandelt. Seinerzeit wurde eine Technische Anleitung erlassen, die Eigentümern und Bauleuten Hinweise darauf gibt, wie mit dem Problem adäquat umgegangen werden kann.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Minister, entschuldigen Sie bitte.

**Michael Groschek,** Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Bitte, Herr Präsident.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lienenkämper zulassen, der aber heute wie Herr Kollege Hovenjürgen aussieht?

**Michael Groschek,** Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ja, bitte.

**Josef Hovenjürgen (CDU):** Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass der Kollege Laumann zu einem wichtigen Termin in Berlin weilt? Er hat dies auch mitgeteilt. Insofern bitte ich Sie, diese Unterstellung zu unterlassen.

**Michael Groschek,** Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Gut. Ich habe ja nur darauf hingewiesen, lieber Kollege Hovenjürgen, dass die Abwesenheit einzelner Minister, beispielsweise des anwesenden Ministers Rammel, zu Kritik geführt hat.

(Heiterkeit von der SPD)

Diese Technische Anleitung ist im Grunde auch ein Hinweis darauf, dass alle Eigentümer und Baubeteiligten für die Umsetzung dieser fachlichen Anweisung beim Umgang mit PCB Verantwortung tragen.

Die originäre Verantwortung, die sich aus dem Eigentum oder aus der beruflichen Zuständigkeit ergibt, kann niemand delegieren.

Der BLB ist angesprochen worden. 2004 gab es eine systematische Untersuchung nach Schadstoffen, unter anderem auch nach dem Schadstoff PCB. Seitdem wird systematisch abgearbeitet. Das war also auch während der Regierungszeit von Schwarz-Gelb. Ich nehme an, dass Sie Ihre Aufsichtspflicht und Ihre begleitenden Pflichten damals sehr ernst genommen und die Systematisierung dieses Abarbeitens begleitet haben.

Mir geht es jetzt gar nicht darum, wieder zu sagen: Die Kommunen sind im Grunde die Eigentümergemeinschaft, die Sie bei Kitas und Schulen ansprechen. – Ich will vielmehr aufgreifen, was gerade gesagt wurde. Wir haben jetzt eine breit gefächerte Fachausschussdiskussion. Das zeigt auch, wie verteilt die Zuständigkeit unter den einzelnen Aspekten ist. Es ist klar, dass wir diese breite Fachausschussdiskussion ressortmäßig begleiten und dann hier in der Schlussabstimmungsrunde die Erkenntnisse daraufhin auswerten, was im Vergleich zum Status quo heute konkret verbessert werden kann.

Ich glaube, es muss das gemeinsame Interesse sein, die Menschen bei diesem Thema nicht weiter zu verunsichern, sondern deutlich zu machen: Regierung und Parlament nehmen sich dieses Themas erneut an, obwohl es zwischendurch immer wieder auf der Tagesordnung war, und reagieren sensibel auf die Ängste und Nöte, die die Menschen jetzt auch wegen der Berichterstattung über Vorkommnisse an ganz bestimmten Schulen haben.

Das Land hilft und berät aber auch praktisch, beispielsweise mit dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz: einerseits die Kommunen, andererseits auch vielfältig vor Ort, um Sorgen und Nöte aufzugreifen und einen fachlichen Ratschlag zu geben, wie damit umgegangen werden kann.

Unter bauaufsichtsrechtlichen Gesichtspunkten hat die Landesregierung ihr Handwerk im Umgang mit dieser Problematik im Grunde schon 1996 vollbracht. Weitere Aufforderungen sind hier vielfältig genannt worden. Ich bin davon überzeugt, dass nach der breiten Diskussion in den Fachausschüssen auch noch neue Impulse für das Handeln der Landesregierung wahrgenommen und dann auch umgesetzt werden können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Für die Piratenfraktion hat jetzt noch einmal Herr Kollege Lamla ums Wort gebeten. Sie haben dafür allerdings, Herr Kollege, noch „gewaltige“ 13 Sekunden Zeit. Sie sollten sich also sputen. Sie haben das Wort. Bitte.

**Lukas Lamla (PIRATEN):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorab eine Entschuldigung an Frau Löhrmann. Ich werde mich in Zukunft erkundigen, wo sie ist.

Noch mal zu Ihnen, Herr Markert; Sie werfen mir vor, ich würde das an die Öffentlichkeit zerren: Wenn Tausende von Lehrerinnen und Lehrern und Kindern täglich einem der gesundheitsschädlichsten Stoffe ausgesetzt sind, dann ist es meine verdammte Pflicht, genau das an die Öffentlichkeit zu zerren!

(Lebhafter Beifall von den PIRATEN und der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Lamla. – Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt 6 liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung angelangt sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** der **Antrages Drucksache 16/1257** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend –, an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**, an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich darf fragen, wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte. – Gibt es Gegenstimmen? – Oder gar Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Und schon sind wir bei Tagesordnungspunkt

**7 Martin und Metin werden hier gebraucht. Abwanderung von hochqualifizierten Fachkräften verhindern – Anreize zum Hierbleiben oder zur Rückkehr schaffen**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1276

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst für die antragstellende CDU-Fraktion Frau Kollegin Güler das Wort.

(Vereinzelte Beifall von der CDU – Zuruf von den GRÜNEN: Hoffentlich besser als gestern!)

**Serap Güler (CDU):** Ich gebe mir Mühe. – Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Thema „Integrationspolitik“ geht es neben der Vermeidung von Reparaturkosten vor allem um Potenziale, um Chancen, um die Möglichkeiten

auf Aufstieg und Teilhabe. Deshalb haben wir als CDU-Fraktion den Antrag „Martin und Metin werden hier gebraucht“ eingebracht.

Wir reagieren damit auf das Schrumpfen der Bevölkerung, das nicht mehr nur aus dem Mangel an Kindern resultiert, sondern auch aus dem Überschuss an Ab- und Auswanderern. Das sind oftmals junge, gut ausgebildete Menschen – manche davon mit und manche ohne Zuwanderungsgeschichte. Es ist ganz egal, ob diese Menschen Martin oder Metin, Wladimir oder Valentin, Anna oder Aylin heißen – auch wenn diverse Studien darauf hinweisen, dass tendenziell eher junge, ledige Männer abwandern.

Fakt ist: Hochqualifizierte mit und ohne Zuwanderungsgeschichte sind heute mobiler als je zuvor und deshalb deutlich schneller bereit, ins Ausland zu gehen: weil sie dort bessere Chancen für sich und ihre Karrieren sehen als in Nordrhein-Westfalen.

Gründe hierfür sind beispielsweise bürokratische Belastungen oder auch eine fehlende Willkommenskultur. Diese Hürden müssen gesenkt werden. Denn wenn wir über Fachkräftemangel klagen, dann ist doch klar, dass uns Martin, Metin, Anna und Aylin in den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen fehlen. Das Industrieland Nordrhein-Westfalen braucht sie ebenso wie das Dienstleistungsland Nordrhein-Westfalen und das Handwerks- und Mittelstandsland Nordrhein-Westfalen.

Deshalb braucht es hier dringend eine Antwort der Landesregierung. NRW muss aufpassen, nicht den Zug der Zeit zu verschlafen. Wir müssen als Land gemeinsam daran arbeiten, attraktiv für junge und qualifizierte Menschen zu werden. Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln kommt zu dem Ergebnis, dass Deutschland mit knapp 245.000 Studierenden aus fast 200 Ländern ein attraktiver Studienort sein muss. Von den Absolventen bleiben jedoch nur 26 % in Deutschland. In Kanada oder Frankreich hingegen sind es bis zu drei Viertel der Studierenden.

Der Bund hat in diesem Jahr wichtige Entscheidungen hierzu getroffen. Ausländische Studierende, die in Deutschland ihren Abschluss gemacht haben, haben künftig nicht mehr zwölf, sondern 18 Monate Zeit, sich eine Stelle zu suchen. Auch die Senkung des Mindestgehalts auf 44.800 € im Jahr sowie das Gesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse sind hierfür wichtige Schritte.

Jetzt sind die Länder dran. Die Landesregierung hat hierzu auch einen entsprechenden Entwurf vorgelegt. Dieser berücksichtigt jedoch nicht die Berufe, für deren Ausbildung und Prüfung die Behörden des Landes zuständig sind. Das betrifft beispielsweise die Lehrkräfte. Da muss – ebenso wie bei der Anerkennung nicht reglementierter akademischer Ausbildungen – nachgebessert werden.

Meine Damen und Herren, Fähigkeiten und Kenntnisse von gut qualifizierten Migranten müssen als

Potenziale für unsere Gesellschaft erkannt und stärker gefördert werden.

(Beifall von der CDU)

Wie beispielsweise die Allensbach-Studie „Kaum Ausländer in den Chefetagen deutscher Unternehmen“ belegt, ist das bei vielen Unternehmen noch nicht angekommen. Demnach kommen nur 6 % der Führungskräfte in deutschen Unternehmen aus dem Ausland. Bei großen Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern ist die Quote etwas höher. Bei kleineren Unternehmen liegt die Quote ausländischer Führungskräfte zwischen 3 und 5 %.

Die Untersuchung belegt also: Ausländische Arbeitskräfte haben es in Deutschland immer noch schwer, in die Chefetage zu kommen. Ein Unternehmensberater hat diese Studie so kommentiert: Nur die Deutschen selbst werden Deutschland als führende Wirtschaftskraft nicht in gewohnter Tradition fortführen können. – Er empfiehlt, Fachkräfte im Ausland anzuwerben.

Ich füge hinzu: Fangen wir an, die bereits vorhandenen Talente zu aktivieren und durch Attraktivität Abwanderung zu verhindern. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass bürokratische Hürden abgebaut werden und eine Willkommenskultur aufgebaut wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die SPD-Fraktion erteile ich nun Frau Kollegin Lück das Wort.

**Angela Lück (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! „Martin und Metin werden hier gebraucht.“ Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, was haben Sie sich bloß dabei gedacht, solch eine Überschrift über diesen Antrag zu schreiben?

(Beifall von der SPD)

Und was wollen Sie damit sagen? Heißt das für uns hier: Deutschland ist Zuwanderungsland für Angehörige anderer Länder? Hat da bei Ihnen ein Umdenken stattgefunden?

Deutschland ist seit Jahrzehnten sowohl Einwanderungs- als auch Auswanderungsland. Das wurde aber gerade in CDU-Kreisen immer bestritten. Ich erinnere an den hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier, der noch 2010 von einer „Lebenslüge Einwanderungsland“ sprach.

Wir haben es im NRW-Landtagswahljahr 2000 hautnah erlebt. Da war es der CDU-Oppositionsführer hier im Landtag Nordrhein-Westfalen, Dr. Jürgen Rüttgers, der die gerade vonseiten der Wirtschaft sehr begrüßte sogenannte Greencard-Regelung mit einer Postkartenaktion zu bekämpfen versuchte. Rüttgers selbst als damaliger stellvertretender Bun-

desvorsitzender, Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender der CDU ist Urheber des unsäglich-chen Mottos: „Kinder statt Inder“. Wir werden es nicht vergessen.

Als Ministerpräsident stellte er 2009 dann auch noch rumänische Arbeitnehmer als faul und unzuverlässig dar. Dies nahm er nach massiver öffentlicher Kritik und massiver Kritik auch hier im Plenum zurück.

Im Jahre 1999 konterkarierte Roland Kaiser ...

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

– Roland Koch, Entschuldigung! Wäre ja auch mal schön! – Nein, Roland Koch als hessischer Ministerpräsident war es, der die Reform des deutschen Staatsbürgerrechts mit einer Unterschriftenaktion zu seinem Wahlkampfthema machte.

Gehen wir noch einen kleinen Schritt zurück. In der schwarz-gelben Koalitionsvereinbarung von 1982 auf der Bundesebene hieß es – ich bitte, dieses Zitat zu akzeptieren – noch:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland. Es sind daher alle humanitär vertretbaren Maßnahmen zu ergreifen, um den Zuzug von Ausländern zu unterbinden.“

Können Sie sich eigentlich vorstellen, dass diese Haltung, wenn Sie den Antrag überschreiben mit „Martin und Metin werden hier gebraucht“, einer Willkommenskultur in unserem Lande entgegensteht?

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Landtagsfraktion, es ist nicht nur so, dass Sie in Ihrem Antrag mit überholten Abwanderungszahlen aufwarten; denn der Wanderungssaldo für das Jahr 2011 befindet sich deutlich im Plus. Zudem handelt es sich zumeist auch nicht um eine endgültige Auswanderung. Oftmals ist es eine Arbeitsmigration auf Zeit, und dadurch erfolgt die Rückführung zusätzlichen Know-hows in unser Land.

Ebenso verkennen Sie, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung zur Unterstützung von Unternehmen vor einem Jahr eine Initiative zur Fachkräftesicherung gestartet hat. Die erste Bilanz wird übrigens bald, am 22. November dieses Jahres, unter dem Titel „Erfolgreich arbeiten, Fachkräfte gewinnen und halten in NRW“ hier in Düsseldorf gezogen.

Darüber hinaus wird seitens des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung ein vielbeachtetes Rückkehrprogramm für den Wissenschaftsnachwuchs etabliert.

Die CDU-Fraktion erwähnt in ihrem Antrag den Entwurf eines nordrhein-westfälischen Anerkennungsgesetzes. An das anknüpfend, was meine Fraktionskollegin Daniela Jansen gestern dazu ausgeführt hat, darf ich Ihnen sagen, dass zurzeit kein anderes Bundesland beabsichtigt, so viele Be-

rufe in dieses Gesetz aufzunehmen. Allerdings ist die Abwanderung von Ärztinnen und Ärzten in das benachbarte Ausland oder auch die USA ein besonderes Thema, das wir in der weiteren Ausschussarbeit näher bearbeiten sollten.

Noch etwas möchte ich Ihnen zu bedenken geben. Vom 3. bis 5. Dezember findet in Hannover der CDU-Bundesparteitag statt. Das wäre für den CDU-Landesverband doch eine passende Gelegenheit, den heutigen Fraktionsantrag, mit dem Sie Eulen nach Athen tragen, mitzunehmen und in Ihr Antragsbuch für den Parteitag zu heften.

(Beifall von der SPD)

Denn wir brauchen spürbare Verbesserungen der Arbeitsbedingungen von Nachwuchswissenschaftlern, damit Abwanderungsgründe bei uns im Land entfallen.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Wenn Sie bitte zum Ende kommen wollen, Frau Kollegin.

**Angela Lück (SPD):** Ja. – Dazu muss auf Bundesebene einiges passieren. Dazu gehören die Verbesserung von Arbeitsbedingungen, die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Kitas statt Betreuungsgeld, Erleichterungen beim Staatsangehörigkeits- und Aufenthaltsrecht ...

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Frau Kollegin, der Worte hör ich wohl. Sie müssten bitte zum Ende kommen.

**Angela Lück (SPD):** Ich komme zum Ende.

... sowie verbesserter Arbeitsmarktzugang von langjährig Geduldeten.

Der anstehenden Überweisung in den Ausschuss stimmen wir selbstverständlich zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Lück. – Ich darf in Sachen Roland Kaiser im Übrigen daran erinnern, dass er vor wenigen Wochen mit dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet worden ist.

(Allgemeine Heiterkeit)

Das mag Ihre Gedankenassoziation erklären.

Als nächste Rednerin Frau Kollegin Velte von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Jutta Velte (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Güler, Sie sprechen hier ein sehr wichtiges Thema an. Das finde ich toll. Das

Thema erfordert ausführliche Studien. Diese liegen ja auch vor. Ihr Antrag besteht aber nur aus zwei Seiten. Zwei Ihrer Forderungen lauten: Wir gründen mal einen Arbeitskreis. – Die anderen vier Forderungen beziehen sich auf das Berufsanerkennungsgesetz, das dem Landtag gestern vorgelegt worden ist. Das ist, finde ich, für dieses Thema etwas wenig. Ich freue mich aber, dass wir darüber endlich in diesen Hallen diskutieren.

Auch ich finde es bedauerlich, dass Sie den Titel „Martin und Metin ...“ gewählt haben. – Ist Frau Güler überhaupt noch hier?

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Ich bin froh, dass Sie es in Ihrer Rede geschafft haben, auch noch zwei weibliche Namen zu nennen. Alles andere war eher männerorientiert. Ich glaube, dass wir in Nordrhein-Westfalen jeden und jede brauchen und hier auch Ayse und Helga eine Chance haben sollten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das Ganze macht auf mich den Eindruck, als seien Sie noch nicht in der globalisierten Neuzeit angekommen. Die Modernisierung der Partei, von der bei Ihnen immer geredet wird, ist in diesem Antrag nicht wirklich spürbar. Es fehlt zum Beispiel der Aspekt der doppelten Staatsbürgerschaft, die es nun mal erleichtern würde, sich in Nordrhein-Westfalen anzusiedeln und woanders zu arbeiten oder aber woanders zu arbeiten und nach Nordrhein-Westfalen zu kommen.

Wir haben doch große Arbeitswanderungen in unserem Land. Ich finde, dieser Antrag ignoriert das vollständig, zumal Sie sich darin wesentlich auf die Höchstqualifizierten beziehen, dann auf die Ärzte und schließlich noch auf die alternde Bevölkerung. Letztlich sind die Facharbeiterinnen und Facharbeiter darin gar nicht vorgekommen. Das finde ich bedauerlich. Denn wir müssen schon dafür sorgen, gute Ausbildungsbedingungen herzustellen, um den Menschen die Möglichkeit zu bieten, hier zu leben und zu arbeiten. Wir müssen aber auch akzeptieren, dass wir in einer globalisierten Welt leben und die Menschen nach ihren persönlichen Vorstellungen und Lebensentwürfen mal hier und mal dort arbeiten. Insofern müssen wir als Land besonders attraktiv bleiben.

Es gibt im Übrigen die Hochrangige Konsensgruppe Fachkräftebedarf und Zuwanderung, an der noch Herr Laschet mitgewirkt hat und die in ihrem Abschlussbericht Überschriften verwendet hat, die ich durchaus teilen kann: „Nach dem Studium bleiben – ausländischen Hochschulabsolventen den Einstieg ins Berufsleben erleichtern“; Bürokratische Hürden abbauen – Zuwanderung nach Deutschland attraktiver gestalten“ – davon ist in Ihrem Antrag nicht die Rede –; „Arbeiten und leben in Deutschland – problemlosere Aufenthaltserlaubnis für ausländische

Fachkräfte“ – auch dazu steht in Ihrem Antrag nichts.

Ich habe den Eindruck, dass Sie diese Studie, die immerhin von Herrn Laschet auf den Weg gebracht worden ist, vielleicht gar nicht kennen. Aber das können Sie ja nachholen. Ich freue mich auf jeden Fall darauf, das im Ausschuss etwas breiter zu diskutieren, als Ihr Antrag das nahelegt, und auch die Frage weiblicher Fachkräfte und weiblicher Hochgebildeter mit ins Auge zu fassen. Ich glaube, ohne dem kommen wir nicht weiter.

Ansonsten, Frau Güler, freue ich mich nach dem gestrigen Vortrag, dass wir ein bisschen konstruktiver zueinanderkommen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Als Nächster spricht zu uns für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dr. Stamp.

**Dr. Joachim Stamp (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst wende ich mich an Frau Lück, weil ich das, ehrlich gesagt, befremdlich fand. Gestern wurde hier die große Einheit in der Integrationspolitik beschworen und gesagt, dass die Fraktionen zusammenarbeiten müssen. Als wir als FDP und CDU gesagt haben, dass wir durchaus den einen oder anderen eigenen Akzent setzen wollen, wurden wir quasi als Separatisten in der Integrationspolitik verdächtigt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Und jetzt werfen Sie den Kollegen von der CDU und der Frau Güler olle Kamellen von Herrn Dregger aus den 80er-Jahren und sonst was vor. Das finde ich wirklich schlechten Stil.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir konfrontieren Sie auch nicht mit Beschlüssen aus den 60er-, 70er- oder 80er-Jahren, von denen Sie heute nichts mehr wissen wollen.

Wir als FDP freuen uns, dass die CDU mit ihrem Antrag – wir finden ihn an der einen oder anderen Stelle zwar etwas dünn – eine Reihe von Aspekten aufgreift, die wir als FDP-Fraktion im vergangenen September 2011 mit unserem Antrag zu den Themen „Anerkennung von Abschlüssen“ und „Zuwanderung“ eingebracht haben. Da war eine ganze Menge drin, was hier zum Teil aufgegriffen worden ist. Unser Antrag konnte damals wegen der Neuwahl nicht mehr abschließend beraten werden. Deswegen stimmen wir selbstverständlich der Ausschussüberweisung zu und freuen uns auf die Beratung.

Eine ganz wesentliche Herausforderung, meine Damen und Herren, ist natürlich die erhebliche Vereinfachung der Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen, nicht nur wegen

des immer wieder gerne erwähnten persischen Taxifahrers mit Hochschulabschluss, sondern weil es viele in ganz unterschiedlichen Berufsfeldern gibt, die hier Probleme haben.

Die Bundesregierung hat bereits durch das eigene Anerkennungsgesetz für die Berufe, für die der Bund zuständig ist, einiges auf den Weg gebracht. Dieses Gesetz gilt seit dem 1. April dieses Jahres. Wir haben gestern in erster Lesung einen Entwurf für ein Anerkennungsgesetz in Nordrhein-Westfalen behandelt. So muss es weitergehen. Beide Initiativen können entscheidend dazu beitragen, dass sich die Motivation von Fachkräften mit Migrationshintergrund, in ihr Herkunftsland zurückzukehren oder in ein anderes Land auszuwandern, verringern wird.

Darüber hinaus ist ein klares und transparentes Verfahren – auch das gehört dazu – eine wichtige Grundlage, um bei Fachkräften, die im Ausland leben, die Bereitschaft zur Zuwanderung nach Deutschland zu erhöhen. Wir wollen ja nicht nur über die Verhinderung von Abwanderung sprechen – da liegt mir der Akzent bei der CDU etwas zu stark –, sondern auch über eine gezielte Zuwanderung. An der Stelle gibt es sicherlich einen Tick Modernisierungsbedarf.

Entscheidend, um wichtige Fachkräfte hier zu halten oder neue Fachkräfte für Deutschland zu gewinnen, ist aber auch ein gutes gesellschaftliches Klima. Wir können es nicht hinnehmen, dass es nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in bestimmten Teilen in Nordrhein-Westfalen No-go-Areas für Menschen ausländischer Herkunft, Menschen, die vielleicht anders aussehen und die sich in bestimmten Gebieten nicht mehr sicher fühlen können, gibt. Diesen Zustand können wir nicht hinnehmen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Da sind wir alle gefragt, auch die Zivilgesellschaft.

Deswegen möchte ich hier heute mit einem Dank an die Musiker schließen, die heute in Köln, 20 Jahre nach dem ersten Konzert unter dem Motto „Arsch huh, Zäng ussenander!“ – ich übersetze parlamentarisch: Hintern hoch für Zivilcourage – auftreten. Es wurde erneut ein Konzert organisiert, um dort ein großartiges Zeichen für eine tolerante Gesellschaft zu setzen. Auch aus diesem Hause ein Dankeschön an alle, die das heute in Köln ermöglichen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Piratenfraktion spricht jetzt Herr Kollege Sommer.

**Torsten Sommer (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen auf der Tribüne und im Livestream! In der Überschrift, Frau Güler,

weisen Sie darauf hin, dass Martin und Metin in Deutschland gebraucht werden. Es wird der Eindruck vermittelt, als ob es von der CDU erwünscht und erbeten sei, auf Zuwanderung und vielleicht sogar auf Integration zu setzen.

Allerdings stellt der aufmerksame Leser schnell fest, dass das mit Ihrem Antragstext gar nicht gemeint ist und gemeint sein kann. Sie verknüpfen zum Beispiel den aus unserer Sicht ausschließlich positiv zu bewertenden Anstieg auf 90.000 Studenten, die im Ausland studieren, damit, dass diese Studenten eventuell nach ihrem Studium nicht mehr zurück nach Deutschland kommen könnten. Die äußerst wichtige Auslandserfahrung, die diese Studenten dabei erwerben, lassen Sie völlig außer Acht.

Es ist sicherlich sinnvoll, im Kontext des zu erlassenden Landesanererkennungsgesetzes Konzepte zu entwickeln, die sich damit beschäftigen, ausländische Berufsabschlüsse leichter zu einer Anerkennung zu führen und Zuwanderern und deutschen Rückkehrern somit den Weg zur Arbeit zu erleichtern. Es mag auch ein möglicher Lösungsansatz sein, im Ausland tätige deutsche Fachkräfte wieder für den deutschen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Allerdings kann es nicht sein, dass Sie das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz und insbesondere das Landesanererkennungsgesetz auf diese Art und Weise dazu instrumentalisieren. Der Kern des Problems sind nicht die deutschen Fachkräfte, die im Ausland leben, sondern die im Bundesgesetz fehlende Beratungsleistung, auf die es nach Hamburger Vorbild im Landesanererkennungsgesetz verpflichtend einen Anspruch geben muss.

Wenn Sie unbedingt auf Martin und Metin zu sprechen kommen müssen, dann betonen Sie bitte, dass es Ihnen eher um Martin und eben nicht um Metin geht. Falls Sie zu dem Entschluss kommen, sich auch um Metin kümmern zu wollen, unterstützen Sie uns bitte bei den sinnvollen Initiativen, zugewanderte Fachkräfte nachhaltig zu integrieren. Das fängt bei der doppelten Staatsbürgerschaft an, geht über eine angemessene Entlohnung für Lehrkräfte in Integrationskursen und hört bei der Vermittlung von fundierten Sprachkenntnissen auf.

Wir bitten Sie, uns dabei zu unterstützen, und werden der Überweisung des Antrags in den Ausschuss für Integration selbstverständlich zustimmen. – Danke.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Sommer. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Schneider das Wort.

**Guntram Schneider,** Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU erinnert in ihrem Antrag vor allem an das Jahr 2008. Damals hatten mehr Menschen

Deutschland verlassen, als zu uns gekommen sind. Bekanntlich geht das Leben aber weiter. Daher muss die Analyse der Entwicklung von Ab- und Zuwanderung ergänzt werden.

Das Statistische Bundesamt stellt für das Jahr 2010 einen positiven Wanderungssaldo fest. 2011 hat sich dieser positive Saldo nochmals um 23 % erhöht. Aus- und Zuwanderung ergaben insgesamt ein Plus von 279.000 Personen. 2012 wird es ein ähnliches oder sogar nochmals besseres Ergebnis geben. Dies hängt sicherlich mit den ökonomischen Verwerfungen in einigen Mittelmeerländern zusammen.

Dennoch bin ich der Auffassung, dass in diesem Antrag ein sehr wichtiger Gesichtspunkt festgestellt und auf diesen Gesichtspunkt eingegangen wird. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Deutschland auch bei der Arbeitsmarktlage und der sozialen Situation schon längst nicht mehr das Maß aller Dinge ist. Selbst die Spargelstecher fahren durch Deutschland – und damit auch durch Nordrhein-Westfalen – durch

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das war einmal!  
Die bleiben wieder!)

und verdingen sich in den Beneluxstaaten oder in Großbritannien.

Dies hat vor allem soziale Ursachen. Deshalb ist der beste Schutz gegen Abwanderung gerade von Fachkräften ein breites Angebot sozialer Rechte und Möglichkeiten. Dazu gehören auch Bürgerrechte. Es geht um gute Arbeit in einem umfassenden Sinne. Es geht um faire Vertragsgestaltungen. Es geht um angemessene Bezahlung. Wie unterschiedlich gerade der letzte Punkt in diesem Hohen Hause gesehen wird, haben wir am heutigen Vormittag in einer bemerkenswerten Debatte zur Kenntnis nehmen müssen.

Ich kann nur unterstreichen: Es geht auch um Bürgerrechte. Wenn Menschen, die sich Jahrzehnte in diesem Lande aufhalten, sich noch nicht einmal an Kommunalwahlen beteiligen können, stimmt etwas nicht.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Ein Marokkaner kann stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei ThyssenKrupp werden, aber nicht Bezirksbürgermeister in Essen. Diese Dimensionen sind zu berücksichtigen. Wenn wir über die Abwanderung gerade von Hochqualifizierten sprechen, müssen wir gleichzeitig feststellen: Es geht um mehr Bürgerrechte. Es geht um Teilhabe, um Beteiligung an dieser Gesellschaft. Erst dann ist man in dieser Gesellschaft richtig aufgehoben. Vorher kommt man sich als Fremder vor. Das sagen alle, mit denen ich über dieses Thema gesprochen habe und die auch unmittelbar tangiert sind.

Meine Damen und Herren, auf das Anerkennungsgesetz, das wir gestern beraten haben, will ich nicht

noch einmal eingehen. Ich möchte allerdings darauf hinweisen, dass dieses Anerkennungsgesetz natürlich keinen Freibrief beinhaltet. Sehr oft werden wir nur zu Teilerkennungen kommen; denn wir wollen unser hohes Ausbildungsniveau nicht infrage stellen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir auch unser duales Ausbildungssystem als Beispiel für die Ausbildung sehr qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verstärkt propagieren müssen. Dass in Spanien die Jugendarbeitslosigkeit bei 50 % liegt, ist die eine Seite. Die andere Seite ist, dass von diesen 50 % wiederum 50 % einen Hochschulabschluss haben. Die Schwierigkeit liegt darin, dass die Ausbildung, die durchlaufen wird, nicht mit dem korrespondiert, was in der Wirtschaft verlangt wird. Wenn Sie in Valencia einen Ingenieur suchen und Ihnen in Santander ein Literaturwissenschaftler zur Verfügung steht, haben Sie ein Problem. Diese Schwierigkeiten können wir über unser Ausbildungssystem insbesondere in der Industrie vielleicht ein Stück weit bekämpfen.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Minister, Ihre vereinbarte Redezeit ist überschritten.

**Guntram Schneider,** Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Es geht nicht nur um angestellte Hochqualifizierte. Ich erinnere daran, dass in Nordrhein-Westfalen zwischenzeitlich 23.000 Unternehmen von Türkischstämmigen geführt werden. Und von wegen nur Obst- und Gemüsehandel! Diese Unternehmen bilden die ganze Bandbreite unserer Wirtschaft ab.

Wir sollten uns gemeinsam für das Verbleiben gerade Hochqualifizierter, aber natürlich auch von Facharbeitern in diesem Lande einsetzen. Globalisierung und Willkommenskultur sind hier zwei Seiten einer Medaille.

Noch ein Wort zu Roland Kaiser: Er engagiert sich seit vielen Jahren höchstpersönlich in der Integrationsarbeit. Natürlich ist dieser Sänger – über die Qualität seiner Lieder kann man sehr unterschiedlicher Meinung sein – Sozialdemokrat. Wie könnte es anders sein? – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit um anderthalb Minuten überschritten. Deshalb darf ich fragen, ob es vonseiten der Fraktionen noch Wortmeldungen gibt. – Das ist erkennbar nicht der Fall. Damit sind wir am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/1276** an den **Integrationsausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung**, an

den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** sowie an den **Ausschuss für Europa und Eine Welt**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung zustimmen? – Erhebt sich Widerspruch? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist die Überweisungsempfehlung so beschlossen.

Wir treten ein in Tagesordnungspunkt

## **8 Kein Fracking in Nordrhein-Westfalen: Trinkwasserschutz hat Vorrang**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/866

In Verbindung mit:

**Weiterhin keine Genehmigung von Fracking-Technologie bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas – Wasserschutz sichern – Informations- und Wissensdefizite beseitigen**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1266

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1383

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner für die antragstellende CDU-Fraktion Herrn Kollegen Hovenjürgen, der es gar nicht erwarten kann, jetzt endlich das Wort. Herr Kollege, bitte.

(Beifall von der CDU und Dr. Joachim Stamp [FDP])

**Josef Hovenjürgen** (CDU): Herr Präsident, herzlichen Dank für die hervorragende Ankündigung.

Wir haben das Thema Fracking schon öfter in diesem Plenum diskutiert. Es ist ein emotionales Thema. Die Menschen sorgen sich bei der Thematik Fracking um die Trinkwasserqualität, um die Unversehrtheit der Trinkwasserstöcke. Dass dies berechtigt ist, haben wir erfahren dürfen. Es ist ja selten genug, dass Gutachten, wenn sowohl die Landes- als auch die Bundesebene solche in Auftrag geben, zu einem ähnlichen Ergebnis kommen.

Danach ist Fracking eine Methode von Rohstoffgewinnung – hier von Erdgas –, die durchaus kritisch bewertet werden muss und die Gefährdungspotenziale besitzt. Hier sollten wir uns gemeinsam darauf verständigen, dass das Gut Trinkwasser dieser Ge-

fährdung nicht ausgesetzt werden darf, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Die Landesregierung hat die Bergbehörden angewiesen, derzeit keine Anträge auf Fracking zu entscheiden. Was heißt „derzeit“? Wann kann „derzeit“ aufgehoben werden? Hierzu sind Sie leider nicht konkret. Es wäre schön, wenn Sie unserem Antrag beigetreten wären und eine konsequente Situation geschaffen hätten, Fracking mit chemischen Stoffen, die das Trinkwasser gefährden, zu verbieten. Dazu haben Sie sich nicht durchringen können. Das ist bedauerlich.

(Beifall von der CDU)

Wir sind dabei, auf allen Ebenen über Ressourcenbewahrung und Rohstoffschonung zu reden. Hier diskutieren wir eine Technologie, die das Letzte aus dem Boden herausholt und gleichzeitig Gefährdungspotentiale mit sich bringt, die nicht akzeptabel sind.

(Beifall von der CDU)

Den Kolleginnen und Kollegen der FDP muss ich sagen: Ganz so verharmlosend, wie das in Ihrem heute vorgelegten Papier dargestellt wird, sehen wir Fracking nicht. Wir betrachten es mit großer Sorge. Wir sagen, dass der Schutz des Trinkwassers deutlich vor den möglichen Vorteilen kommt, zum Beispiel der Möglichkeit, eine größere Menge Erdgas in unserem Land selbst zu gewinnen. Wir müssen nicht alles aus dem Boden herausholen. Wir dürfen unseren Kindern und Kindeskindern durchaus noch etwas übrig lassen, damit auch sie in der Lage sind, ihre Zukunft zu gestalten. Es muss möglich sein, in Nordrhein-Westfalen auch einmal auf etwas zu verzichten, wenn das heute technologisch nicht beherrschbar ist. Das ist die Technik des Frackings heute noch nicht.

Insofern wäre es mir lieb gewesen, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, wenn Sie hierzu eine konsequentere Haltung an den Tag gelegt hätten. Vielleicht haben Sie ja gleich doch noch die Größe, unserem Antrag zuzustimmen. Er hat die größere Konsequenz; er ist definitiv der Antrag, der heute notwendig ist, um auf die Fragen, die beim Fracking zu stellen sind, die richtige Antwort zu geben. Springen Sie über Ihren Schatten, stimmen Sie unserem Antrag zu, dann tun Sie heute zum ersten Mal etwas Richtiges!

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion ist nun Herr Kollege Eiskirch an der Reihe.

**Thomas Eiskirch<sup>\*)</sup>** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will einmal mit zwei Klammerbeuteln anfangen.

Wir wären doch gemeinsam mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir in Nordrhein-Westfalen angesichts der Herausforderung der Energiewende, der Situation, über welche heimischen Rohstoffe wir verfügen, wir wären mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir nicht wissen wollen würden, was liegt da in der Erde und kann man da zu vernünftigen Konditionen drankommen, um heimische Energieträger zu nutzen.

Herr Kollege Brockes, der zweite Klammerbeutel:

Wir wären aber genauso mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir es hochholen würden, ohne zu wissen, welche Risiken dabei bestehen und wir unverantwortungsvollerweise eingehen würden, gerade im Hinblick auf die Wassersituation und die Gewässersituation.

(Beifall von der SPD)

Da diese Landesregierung und gerade die beiden für diese Fachbereiche zuständigen Minister Duin und Rimmel nicht mit dem Klammerbeutel gepudert sind, bewegt sich diese Landesregierung genau zwischen diesen beiden Aussagen und Polen und beschreitet einen Weg, der deutlich macht, dass wir verantwortungsvoll damit umgehen, diese Gefahren zu sehen und abzuschätzen und auf der anderen Seite nicht einfach schon heute und für alle Zeiten Möglichkeiten zur heimischen Energiegewinnung zu verschütten, ohne zum Beispiel Perspektiven auf technologischen Fortschritt in der Hebung solcher Vorkommen zu legen.

Am 17. Dezember 2010 informierte der damalige Wirtschaftsminister Voigtsberger den Landtag im Wirtschaftsausschuss erstmals über unkonventionelle Gasvorkommen in Nordrhein-Westfalen. Seit knapp zwei Jahren wird das Thema Fracking nun auf verschiedenen Ebenen in Politik und Wirtschaft, Behörden und Unternehmen und in der Gesellschaft diskutiert.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen stellen heute einen Antrag zur Abstimmung, der – so ist zumindest meine Wahrnehmung – die politische Diskussion und die wissenschaftlichen Ergebnisse dieser Diskussionen und Studien richtig reflektiert. Angesichts der aktuell verfügbaren wissenschaftlichen Datenlage wäre es, wie gerade schon ausgeführt, unverantwortlich, Bohrungen zur Aufsuchung und Gewinnung von unkonventionellem Erdgas in Nordrhein-Westfalen mit dem Einsatz der Frackingtechnologie nach heutigem Stande zu genehmigen.

Frackingaktivitäten in Wasserschutzgebieten, Wassergewinnungsgebieten der öffentlichen Trinkwasserversorgung, in Heilquellenschutzgebieten sowie im Bereich von Mineralwasservorkommen werden wegen der derzeitigen unsicheren Datenlage und

der nicht auszuschließenden Umweltrisiken grundsätzlich ausgeschlossen. Die Landesregierung darf und wird keine Genehmigung für Frackingmaßnahmen zulassen, bis die nötigen Datengrundlagen zur Bewertung vorhanden sind und zweifelsfrei geklärt ist, dass der Wasserschutz gesichert wird. Das ist doch ein vernünftiges Vorgehen, genau so auch abzuschichten.

Genauso fahrlässig wäre es jedoch, bereits heute für alle Zeiten auszuschließen, dass heimisches Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten zukünftig einmal einen Beitrag zur Energieversorgung leisten kann.

Deswegen sage ich noch einmal: Die Landesregierung und besonders die beiden für diese Themen zuständigen Minister handeln verantwortlich, weil sie die Genehmigungsfähigkeit von Erkundungsbohrungen ohne Fracking prüfen und Forschungsbohrungen ohne Fracking unter Federführung der Wissenschaft erörtern wollen, um die vorhandenen Wissens- und Informationsdefizite abzubauen und Lücken zu schließen.

Neben der Frage, wie wir die Datengrundlage dessen, was und wie es dort unten liegt, verbessern können, werden wir mit großem Interesse die Entwicklung in den Unternehmen im Auge behalten. Dort wird daran geforscht, Erdgas aus festem Gestein ohne giftige Stoffe zu gewinnen und/oder Frackmethoden entsprechend voranzubringen.

Deswegen können dem Antrag aus meiner Sicht alle zustimmen, auch die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP. Sie sollten sich endlich dazu bekennen und auch das Thema „Umweltverträglichkeitsprüfung“ unterstützen. Die Landesregierung hat es in den Bundesrat eingebracht. Von der schwarz-gelben Landesregierung in Niedersachsen wird es nicht unterstützt, sondern massiv befeuert und aufgehalten. Es muss klar sein: Egal was kommt, die Umweltverträglichkeit steht an erster Stelle.

Meine lieben Damen und Herren, vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich meine, der Antrag von SPD und Grünen bietet zum ersten Mal eine Grundlage, auf der wir mit gemeinsamer Stimme aus diesem Haus den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber deutlich machen können, wie die Ausgangslage ist und dass es verantwortungsvoll handelnde Politiker in dieser Landesregierung gibt, die genauso mit dem Weg umgehen, den wir beschreiten, um die beiden Pole, von denen ich vorhin gesprochen habe, im Auge zu behalten. – Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Brems das Wort.

**Wibke Brems\*** (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Eiskirch hat eben schon beschrieben, dass wir uns seit zwei Jahren mit dem Thema im Land und im Landtag beschäftigen. Wir sind der Meinung, dass die Landesregierung immer sehr vorbildlich damit umgegangen ist. Nach Bekanntwerden der Risiken hat sie Erlasse herausgegeben, die zunächst einmal einen Stopp verfügt haben, bis man Dinge geklärt hat.

Dann hat sie ein Gutachten in Auftrag gegeben. Jetzt sind die Ergebnisse des Gutachtens – ich gehe gleich noch auf einzelne Punkte ein – bekannt geworden. Es liegen nicht genügend Daten vor, um die nächsten Schritte zu gehen. Bis auf Weiteres können also keine Genehmigungen ausgesprochen werden. Die nächsten Schritte müssen in einem gemeinsamen Prozess festgelegt und die Wissenslücken geschlossen werden. Diese Einzelheiten hat Herr Eiskirch eben ausgeführt.

Ganz anders sieht es dagegen auf der Bundesebene aus. Da passierte lange gar nichts. Auf Anfragen von Grünen-Abgeordneten hat der damalige Umweltminister, Herr Röttgen, noch gesagt: Es gibt eigentlich gar keinen Unterschied zwischen unkonventionellem und konventionellem Erdgas, und alles andere haben die Länder zu regeln. – Noch im Mai wurde im Bundestag ein Antrag, in dem es um Leitlinien für Transparenz und Umweltverträglichkeit in Bezug auf unkonventionelles Erdgas ging, von CDU und FDP mehrheitlich abgelehnt. Auf all diese Möglichkeiten hätte man reagieren können.

Im Bundesrat gab es von den anderen Bundesländern bisher keine Zustimmung zu dem Antrag, die Umweltverträglichkeitsprüfung verpflichtend in das Bergrecht einzufügen. All diese Dinge sind bisher nicht passiert und werden in Ihrem Antrag überhaupt nicht erwähnt, liebe CDU.

Ich möchte ein paar Aspekte aus dem Gutachten ansprechen, weil ich sie wichtig finde und weil wir uns damit in Zukunft noch werden beschäftigen müssen. Mit den Beschlüssen zu diesen Anträgen setzen wir bestimmt nicht den Schlusspunkt unter die Debatte; ich glaube, da sind wir uns alle einig.

Als Beispiel möchte ich anführen: Laut dem Gutachten gibt es nicht genügend Daten, um eine abschließende Risikobewertung vorzunehmen, beispielsweise was das Grubenwasser angeht. Es ist also nicht auszuschließen, dass auch in entfernteren Bereichen zum ehemaligen Steinkohlenabbaugebiet die Grubenwasserhaltung einen Austrag der Frackflüssigkeit im Untergrund hervorrufen kann.

Die Gutachter sind zu dem Ergebnis gekommen: Während des Prozesses werden die entsprechenden Rohre, Zementierungen und weiteren technischen Einrichtungen wahrscheinlich nicht versagen. Aber eine Langzeitbetrachtung, was das für immer bedeutet, kann man nicht anstellen, sondern eher

sagen: Es ist ziemlich wahrscheinlich, dass dort etwas passiert.

Zur Flächeninanspruchnahme: Im dicht besiedelten Land Nordrhein-Westfalen besteht eine hohe Flächenkonkurrenz. Das wird von der CDU immer wieder gerne angesprochen, wenn es um erneuerbare Energien, Landwirtschaft und Naturschutz geht. Hier gibt es einen weiteren Aspekt, der wiederum große Flächen in Anspruch nehmen könnte.

Zu guter Letzt zum sogenannten Flowback, der Mischung aus Lagerstättenwasser und hinuntergepumpten Chemikalien, die man wieder nach oben holt: Es gibt keine systematische Aufarbeitung, wie damit bisher – zum Beispiel in Niedersachsen – umgegangen wurde. Die Art der Entsorgung dieser Dinge ist vollkommen ungeklärt. In Niedersachsen wurde es bisher in sogenannten Disposalbohrungen einfach in die Erde gepumpt und dort unten für immer gelagert. Ich finde es unverantwortlich, etwas, von dem man nicht weiß, woraus es besteht, wie es reagiert und was es in den nächsten Jahrzehnten und Jahrhunderten tun wird, für immer an eine Stelle zu verpressen, weil es die wirtschaftlichste Möglichkeit ist und man nichts anderes gefunden hat.

Es ist also noch viel zu klären. Zum aktuellen Zeitpunkt ist es nicht verantwortbar, Bohrungen zur aufsuchenden Gewinnung von unkonventionellem Erdgas mit Fracking zu genehmigen. Deswegen bin ich froh über die Haltung der Landesregierung.

Ich möchte noch kurz auf die anderen Anträge von CDU und FDP zu sprechen kommen. Liebe CDU, Sie fordern hier Dinge, die die Landesregierung längst macht.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Seit wann?)

Die Landesregierung stellt längst sicher, dass es unter den aktuellen Bedingungen nicht zu Fracking kommt. Das Dieselöl in Stemwede wird zurückgeholt. Wir wollen, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung kommt.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie hätten die Möglichkeit gehabt, das zu unterstützen. Ihre Äußerungen dazu, Bundesminister Altmaier in seinen Bemühungen zu unterstützen, obwohl vorher lange Zeit nichts passiert ist, sind fast ein bisschen lächerlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zur FDP muss ich sagen: Sie lässt langsam die Katze aus dem Sack. In den ersten Sätzen scheint die Verwunderung durch, dass es Skepsis in der Bevölkerung gibt. Dann ist zu lesen, dass das Fracking in Deutschland ...

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Wenn Sie bitte zum Ende kommen, Frau Kollegin.

**Wibke Brems**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Ich komme sofort zum Schluss. ... bisher 300 mal durchgeführt wurde. Ich denke, die Anzahl, wie oft eine Sache durchgeführt wurde, hat nichts damit zu tun, wie risikobehaftet sie ist oder wie kritisch man sie sehen kann. Pauschale Vergleiche ...

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Frau Kollegin, Sie müssen jetzt zum Ende kommen. Sie sind eine Minute über der Redezeit.

**Wibke Brems**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Sehr kritisch sehe ich zu guter Letzt Ihren Satz: Der Einsatz von wassergefährdenden Stoffen beim Fracking ist möglichst abzustellen. – Schwammiger geht es nicht. Das finde ich von Ihrer Seite sehr schwach.

Wir setzen uns dafür ein, diese Dinge, die ich eben genannt habe, im Auge zu behalten, die Sorge für unser Wasser als Lebensgrundlage für uns alle höher zu bewerten als alle anderen Interessen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP-Fraktion ist jetzt Herr Kollege Brockes an der Reihe. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dietmar Brockes** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Uns liegen heute drei Anträge vor, die sich mit der Nutzung unkonventioneller Erdgase durch die sogenannte Fracking-Methode beschäftigen. Ich glaube, dass es gut und richtig ist, dass wir uns in diesem Hohen Hause mit diesem schwierigen, aber auch komplexen Themenfeld beschäftigen.

Aber ehrlich gesagt befürchte ich, dass wir dieser Aufgabe, liebe Kolleginnen und Kollegen seitens der antragstellenden Fraktionen von CDU, SPD und Grünen, insofern nicht ganz gerecht werden, als Sie Ihre Anträge heute direkt abgestimmt haben wollen. Ich meine, es wäre richtig und wichtig, wenn wir versuchen würden, uns zusammenzuraufen, um eine gemeinsame, gute und positive Position für unser Land zu erreichen.

(Beifall von der FDP)

Liebe Frau Kollegin Brems, da helfen dann auch keine Schuldzuweisungen nach Berlin oder zu erzählen, wie toll es doch in der Vergangenheit gewesen sei, wenn man andererseits vergisst, wie schlecht zu Beginn der Debatte die Information seitens der Bezirksregierung und der Landesregierung war. Das hilft alles nicht weiter.

Meine Damen und Herren, wir sollten hinschauen und zusehen, dass wir gemeinsam weiterkommen. Denn die Nutzung unkonventioneller Erdgase bietet

enorme Chancen. Herr Kollege Hovenjürgen, ich finde es schon bedenklich, wenn die Union diese Chancen rigoros ausschließt. Damit haben Sie sich auch in der Energiepolitik ein Eigentor geschossen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Mal wieder!)

Wenn wir über die Preise reden, dann muss man auch überlegen, welche eigenen Potenziale man besitzt. Wir könnten, wäre die Förderung des Erdgases unter vertretbaren Konditionen möglich, die Importabhängigkeit deutlich verringern. Einige andere Länder haben

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

durch die Nutzung der unkonventionellen Erdgase ihre Energiepreise massiv senken können. Und das ist gerade in der derzeitigen Debatte sehr wichtig.

Wenn ich die Chancen nach vorne stelle, dann möchte ich keineswegs verschweigen, dass es auch mit enormen Risiken verbunden ist. Von daher, Herr Kollege Hovenjürgen, ist es auch unredlich zu behaupten, dass dies in unserem Antrag nicht betrachtet würde.

Meine Damen und Herren, ja, wir haben eben noch nicht die Informationen, die wir benötigen. Das ist eine typische Situation für die Politik: eine typische Abwägungssituation. Wir müssen uns informieren und dann eine Abwägung treffen, unter welchen Bedingungen wir letzten Endes bereit sind, diese Potenziale zu nutzen. Ich bin auch deshalb so traurig, dass wir nicht versuchen, eine gemeinsame Position zu finden, weil ich glaube, dass uns in diesem Hohen Hause eint, dass wir nicht bereit sind, das Fracking zu nutzen, wären damit enorme Gefährdungen für das Grundwasser verbunden.

Ebenso eint uns, dass wir alle sagen: Wir brauchen noch weitere Informationen, weitere Untersuchungen. Da bin ich bei einem der Punkte, der unseren Antrag von den anderen unterscheidet: Um diese Informationen zu erhalten, brauchen wir auch weitere Erkundungen.

**(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)**

Deshalb fordern wir ganz klar jetzt Erkundungen, die ohne die Frackingmaßnahme durchgeführt werden können, damit wir mehr Informationen gewinnen und unsere Potenziale besser einschätzen können. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und würde mich über die Zustimmung freuen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Abgeordnete Rohwedder.

**Hanns-Jörg Rohwedder** (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es

schade, dass es nur fünf Minuten Redezeit für so ein wichtiges Thema gibt. Ich hätte mir auch gerne Frau Brems Beitrag in Ruhe angehört.

Ich werde mit einer etwas ungewöhnlichen Einleitung anfangen, nämlich mit einem Hinweis auf Peer Steinbrück und seine Nebeneinkünfte: Von der Wiege bis zur Bahre: Honorare, Honorare! Aber er ist nicht der einzige, der das kann. „Captain Future“, der ehemalige Ministerpräsident Rüttgers von der CDU, hatte kleine Rendezvous im Separee, eine Stunde für 20.000 €, anzubieten.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass die Claims für das Fracking hier in Nordrhein-Westfalen von der CDU- und FDP-Regierung intransparent und geheim in Hinterzimmern abgesteckt wurden.

Zum Fracking ist nur das zu sagen, was in einer Resolution vom BUND formuliert wurde, die wir Piraten übernommen haben:

„Die Förderung unkonventioneller Gasvorkommen muss verboten werden. Es handelt sich um eine Hochrisikotechnologie, deren Folgen nicht kontrollierbar, nicht rückholbar, nicht reparierbar sind. Alle bisher erprobten Techniken sind zu risikoreich für Menschen, Umwelt und Ressourcen. Bei Unfällen gibt es keine Gegenmaßnahmen, die angewendet werden können.“

Mehr ist zu dem Thema nicht zu sagen.

Da wir jetzt nun einmal eine Rechtslage haben, nach der wir uns mit dem Fracking befassen müssen, muss der Besorgnisgrundsatz aus dem Wasserrecht unbedingt berücksichtigt werden. Es gilt eine Umkehr der Beweislast. Wer fracken will, muss nachweisen, dass es wirklich kein Risiko für unser Wasser gibt.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir brauchen Umweltverträglichkeitsprüfungen für jede einzelne Bohrung. Das Europarecht und das Umweltrecht müssen hier über dem deutschen Bergrecht stehen. Wir brauchen Bürgerbeteiligung bis hin zu Volksabstimmungen in den betroffenen Gebieten darüber, ob die Bürger dort überhaupt Fracking wollen.

Fracking ist eine fossile Technologie. Das ist ein weiteres Hindernis für die Energiewende. Die CO<sub>2</sub>-Bilanz bei Fracking ist unterirdisch, und der Wasserverbrauch ist überirdisch –

(Beifall von den PIRATEN)

der Wasserverbrauch nicht nur für das Fracking selbst, sondern auch mit Blick auf die Ewigkeitsschäden, wenn nachher unter Umständen generationenlang die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten mit Trinkwasser versorgt werden muss, das von sonst woher herangekarrt wird. Das haben wir schon in den USA.

Es gibt Vorschläge zur Bergrechtsreform, zum Beispiel von der Bezirksregierung. Es ist ganz ungewöhnlich, dass eine Bezirksregierung sich direkt an den Bundesgesetzgeber wendet. Aber in diesem Fall war das eben nötig. Auch die grüne Bundestagsfraktion hat gute Vorschläge zur Bergrechtsreform eingebracht. Das muss man wirklich sagen. Unsere eigenen Vorschläge dazu sind ganz ähnlich. Die EU-Kommission ist am deutschen Bergrecht dran und prüft, ob es überhaupt mit EU-Recht vereinbar ist. Wir können nur hoffen, dass die EU-Kommission das Bergrecht kippen wird.

Diejenigen, die fracken wollen, verhalten sich im Moment etwas inkonsistent. Wintershall hat auf der einen Seite angekündigt, dass innerhalb der nächsten zehn Jahre in Deutschland Fracking nicht möglich sein wird. Auf der anderen Seite versuchen sie jetzt gerade, in Niedersachsen eine Genehmigung zu bekommen. Exxon stellt sich im Moment auch etwas abwartend dar. Sie haben in Nordwalde gesagt, dass sie erst einmal ein Gutachten abwarten wollen. Die Gründe dafür sind massiver Bürgerwiderstand, und das ist gut so.

Der Regierungsantrag ist uns ein bisschen zu zaghaft formuliert. Wir wollen ein klares Verbot, wie es andere europäische Länder, wie Frankreich und Bulgarien, gemacht haben, und wie es in einzelnen Bundesstaaten der USA schon gilt. Dennoch ist dieser Regierungsantrag als erster Schritt zustimmungsfähig.

Den CDU-Antrag kann man einfach nur ablehnen, wenn Sie hier schreiben, dass sich die Landesregierung um Stemwede kümmern soll. Darum soll sich gefälligst die alte Landesregierung kümmern, die Exxon erlaubt hat, dort mit Diesel zu fracken und eine Riesenschweineerei anzurichten.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von den PIRATEN: So ist es!)

Bundesumweltminister Altmaier unterstützen! – Den kann man nur dabei unterstützen, dass er bei der nächsten Bundestagswahl abgewählt wird.

Beim FDP-Antrag verhält es sich ähnlich. Den kann man auch nur ablehnen. Die Begründungen sind schlecht. Es wird behauptet, unkonventionelle Erdgasförderung könne einen erheblichen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. – Nein, kann sie nicht. Das ist ein Klacks mit der „Wichsbürste“, was dabei herauskommt. Das gibt einen Riesenaufwand, um dieses bisschen Erdgas dort hervorzufackeln mit einer Riesengefahr für unsere Umwelt.

Also: Den FDP-Antrag ablehnen. Den CDU-Antrag ablehnen und dem Regierungsantrag trotz seiner Unzulänglichkeiten erst einmal zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder, für Ihren Beitrag. – Ich möchte allerdings zu Ihrem Auftritt hier eine Bemerkung machen. Es gibt eine Vereinbarung zwischen den Fraktionen nach der Landtagswahl, was die Kleidung angeht, wie wir uns im Parlament kleiden und wie wir an das Rednerpult gehen. Es gibt eine Vereinbarung, dass ein Jackett angezogen wird. Ja, es ist schön, dass Sie es dabei haben.

(Heiterkeit von den PIRATEN)

Es ist abgemacht worden, dass man keine Krawatte zu tragen braucht, aber man soll hier nicht mit Hosenträgern erscheinen und man soll auch ein Jackett anziehen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich beim nächsten Mal an die Vereinbarung halten würden, die zwischen den Fraktionen getroffen worden ist. Vielen Dank für Ihr Verständnis.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP)

Für die Landesregierung spricht nun Minister Remmel.

**Johannes Remmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle haben eben vernommen, was Ihnen der freundliche Kollege Herr Hovenjürgen als Abstimmungsempfehlung anheimgegeben hat. Mir schien es aber eher ein wenig eine Selbstbeschwörung zu sein, weil Sie doch nicht so ganz sicher sind, ob der Antrag, den Sie vorgelegt haben, noch auf der Höhe der Zeit ist. Das ist das, was auffällt.

Damit möchte ich mich beschäftigen, weil die Dinge, die in dem Antrag gefordert werden, erledigt sind. Wir haben zum einen mit einer entsprechenden Verlängerung der Erlasslage den Grundsatz, dass wir in Nordrhein-Westfalen keine Maßnahmen mit Fracking und auch keine Probebohrungen, die damit in Zusammenhang gebracht werden können, genehmigen wollen.

Wir haben zum Zweiten die Problemlagen, die in der Vorgängerzeit verursacht worden sind, am 29. Oktober per Erlass und Sonderbetriebsplan geregelt.

Zum Dritten gibt es eine gemeinsame Grundlage über alle Fraktionen hinweg – vielleicht mit Ausnahme der FDP-Fraktion –, dass wir uns hier auf bestimmte einheitliche Maßstäbe verständigen.

Für uns alle gilt – und daran sollten wir auch festhalten –: Trinkwasser, Wasser, ist unser wichtigstes Lebensmittel und bedarf deshalb des besonderen Schutzes und der besonderen Obacht.

Des Weiteren ist für uns alle klar, dass es in Nordrhein-Westfalen keine Frack-Maßnahmen mit giftigen Chemikalien geben wird. Auch das eint uns, wie ich glaube, über die drei Fraktionen.

(Christian Lindner [FDP]: Über alle Fraktionen!)

– Das ist ja gut, wenn Sie das noch einmal ausdrücklich unterstreichen, sehr gerne. Auch ich bin in dieser Frage an einem größtmöglichen Konsens interessiert. Auch die FDP-Fraktion möchte also in Nordrhein-Westfalen kein Fracking mit giftigen Chemikalien. Ich bin sehr dankbar darüber, dass Sie diese Klarheit zum Ausdruck bringen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ich möchte einen weiteren Punkt anfügen, für den ich auch gerne Ihre Unterstützung hätte. Das betrifft das Anliegen, mit der Bundesebene – mit der Bundesregierung und mit dem Bundestag – Einigkeit darüber zu erzielen, die notwendigen Prüfmaßnahmen, beispielsweise im Rahmen einer vorgeschriebenen UVP, auf den Weg zu bringen.

Nordrhein-Westfalen hat, Herr Hovenjürgen, einen Antrag im Bundesrat gestellt. Herr Altmaier hat sich zu dieser Position durchgerungen, hat aber keine Unterstützung innerhalb der Bundesregierung, weil der zuständige Wirtschaftsminister blockiert, Herr Lindner. Ich würde mir wünschen, dass Sie uns da unterstützen könnten. Das kann schon in der nächsten Woche der Fall sein. Wir haben dieses Thema nämlich auf der Tagesordnung der Umweltministerkonferenz. Ich würde mir wünschen, wir würden hier eine Initiative aus dem Kreis der Umweltminister auch mit Unterstützung der FDP auf den Weg bringen, um diese Lücke, die rechtlich zu schließen ist, tatsächlich zu schließen.

Ich möchte allerdings nicht verhehlen – und Herr Hovenjürgen, deshalb sind wir weiter –: Die Studie hat deutlich gemacht, dass wir noch einige neue zusätzliche Erkenntnisse brauchen, die man auch bewerten muss.

Es geht also um eine Antwort auf die Frage nach dem Defizit, darum, wie wir die Datenlücken aufarbeiten.

In Nordrhein-Westfalen gibt es im Untergrund anderes Gestein als in Niedersachsen. Neueste Erkenntnis: Wir befinden uns etwas näher am Grundwasser als Niedersachsen. Es geht um einen Unterschied von gut 2.000 bis 3.000 m. Das muss man besonders beachten.

Bisher war wohl auch die Tatsache nicht allen so präsent, dass wir keine Lösung für die Gemische haben, die im Rahmen des Frackings zur Anwendung kommen. Was passiert beispielsweise mit dem Abwasser? – Auch diese Frage steht neu auf der Tagesordnung. Ich wünschte mir, dass das fachlich entsprechend beachtet wird.

Um eine rechtliche Problematik kommen wir wirklich nicht herum; da müssen wir die Karten offen auf den Tisch legen: Nach Bergrecht haben die Antragsteller einen gewissen Anspruch, dass ein Antrag auf eine sogenannte Probebohrung beschieden wird. Ande-

rerseits haben wir Erkenntnisdefizite. Wenn man diese Erkenntnisdefizite beheben will, dann gehören dazu logischerweise auch Bohrungen, die eben gerade dazu dienen, sie zu beheben.

Es besteht also ein gewisser Widerspruch: Einerseits will man keine Maßnahmen mit Fracking zulassen, andererseits muss man neue Erkenntnisse gewinnen. Nach Vorstellung der Landesregierung und der Regierungsfractionen ist dieser Widerspruch nur dann auflösbar, wenn man alle an einen Tisch holt und mit allen spricht – den Umweltverbänden und den Unternehmen –, um zu einer gemeinsam getragenen Lösungsstrategie zu kommen. Diese Lösungsstrategie könnte darin bestehen, unter wissenschaftlicher Federführung die Erkenntnisse zu gewinnen und Erkenntnisdefizite zu beseitigen und dazu in diesem Rahmen Probebohrungen zuzulassen.

Wir können kein Interesse daran haben, in ganz Nordrhein-Westfalen – sozusagen in jedem Claim – Probebohrungen vorzunehmen, aber keine gemeinsame Strategie zu haben, was wir an Daten gewinnen wollen und mit welcher Zielsetzung das Ganze erfolgt. So lautet die Absprache innerhalb der Landesregierung. Das ist Konsens in den Koalitionsfraktionen.

Ich würde mir wünschen, dass auch die Oppositionsfractionen sich diesem anschließen könnten. – Herzlichen Dank!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister Rammel. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Hovenjürgen.

**Josef Hovenjürgen (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Minister Rammel, mit Blick auf das Datum unseres Antrags wird Ihnen deutlich, dass wir ihn schon vor dem Vorliegen der Gutachten gestellt haben. Natürlich haben auch wir die Gutachten gelesen und ziehen ähnliche Schlussfolgerungen wie Sie. Allerdings sind wir nicht bereit, Risiken einzugehen.

Insofern noch einmal: Wenn es zu Probebohrungen kommt, stellen Sie bitte sicher, dass bei diesen Probebohrungen keine wassergefährdenden Stoffe eingesetzt werden. Wenn Sie diese Maßnahme schon zulassen, dann stellen Sie das sicher.

(Beifall von Bernd Krückel [CDU])

Kollegen Brockes möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal etwas sagen: Wir sprechen uns nicht grundsätzlich gegen Fracking aus, wohl aber gegen Fracking mit chemischen Stoffen. Solange die eingesetzt werden müssen und werden, können wir Fracking nicht zustimmen. Erst wenn ein Frackverfahren gefunden worden ist, bei dem Wassergefährdung auszuschließen ist, kann man mit uns

darüber reden. Ich glaube, dass diese Haltung konsequent ist.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit sind wir am Schluss der Beratungen.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Wir haben drei Abstimmungen durchzuführen.

In der ersten Abstimmung geht es um den **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/866**. Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Dieser Antrag ist mit Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten bei Zustimmung durch die CDU-Fraktion **abgelehnt** worden.

Wir stimmen – zweitens – über den **Antrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/1266** ab. Auch hier haben die antragstellenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit auch hier zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt gegen den Antrag? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mit Stimmen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der Piraten gegen die Stimmen der CDU und FDP **angenommen**.

Wir kommen – drittens – zum **Entschließungsantrag Drucksache 16/1383** der FDP-Fraktion. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen und von den Piraten gegen die Stimmen der FDP-Fraktion **abgelehnt** worden.

(Christian Lindner [FDP]: Es gab Enthaltungen bei den Piraten!)

Wir sind damit am Ende des Tagesordnungspunktes 8 angelangt. Wir kommen zu:

## **9 Stromversorgung sicherstellen – welche Antworten hat die Landesregierung zur in Rede stehenden Abschaltung des Kraftwerks Datteln I-III?**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1046

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1376

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Abgeordneten Hegemann das Wort für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

**Lothar Hegemann** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist meine dritte Jungfernrede im Landtag. Vier sind insgesamt geplant. Warten wir einmal ab.

Wer von Datteln 1, 2 und 3 spricht, muss auch über Datteln 4 reden. Es gab einen Investor in Datteln, der gesagt hat: Ich baue ein neues Kraftwerk, das ich 2012 fertig haben will. Ich verpflichte mich dazu, dann die alten Gurken abzuschalten! – Das hat kaum ein anderer der Mitbewerber so gemacht. Die haben ihre Kraftwerke gebaut und davon gesprochen, dass das Ersatzbauten seien. Gleichzeitig haben sie die alten Dinger weiterlaufen lassen. Das sind Lizenzen zum Gelddrucken gewesen.

Hier haben wir einen Kraftwerksbetreiber, der es ehrlich gemeint hat. Aber alle Mitglieder der Landesregierung werfen dem Investor mit unterschiedlicher Intensität Knüppel zwischen die Beine – die Grünen natürlich etwas dickere als andere. Aber sie haben eine klammheimliche Freude daran, dass das Kraftwerk nicht weitergebaut wurde. Die SPD hat sich weggeduckt. Auf Veranstaltungen vor Ort taucht sie überhaupt nicht mehr auf. Die Landesregierung erklärt, dass sei Sache der Gerichte. Dann bräuchte kein Landeshaushalt mehr eingebracht zu werden. Das ist auch eine Sache der Gerichte.

(Beifall von der CDU – Zuruf von den GRÜNEN: Ha, ha, ha!)

Sie müssen doch irgendwann einmal Farbe bekennen und sagen: Ich möchte Energiesicherheit in Nordrhein-Westfalen auch mit Kohlekraftwerken.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Das Kraftwerk ist nach Höhn-Gesetz gebaut worden. Es wurde vom Verfassungsgerichtshof in Münster gekippt. Dann wurde nachgebessert. Danach haben Sie sich aufgeregt. – Wollen Sie die Nachbesserung zurücknehmen? Wollen Sie das Kraftwerk nicht bauen?

Es war ein Fehler, das Gesetz von Höhn nicht zu aktualisieren. Aber dann ist es zugunsten dieses Kraftwerks gemacht worden. Die SPD hat gerufen: Das ist ein Eingriff in die Autonomie. So war das gar nicht gedacht. Im Nachhinein kann man das nicht heilen. Schwarzbau und was sonst noch alles vor Ort erzählt wird!

Der SPD-Fraktionsvorsitzende, lange Zeit Pressesprecher der Energiegewerkschaft, hat sich erfolgreich bis nach der Wahl weggeduckt. Jetzt zeigt er ein bisschen Farbe. Aber er hat den grünen Koalitionspartner. Auf ihn ist Verlass. Der erklärt: Was wollt Ihr von E.ON denn? Ihr habt doch selbst erklärt, 2012 sei Schluss. Jetzt halte ich mich daran. –

Also erst Kraftwerk 4 kaputtreden und dann das Risiko auf den Antragsteller übertragen.

Da argumentiert die Stadt Datteln natürlich zu Recht: 50 % des Wärmebedarfs kommt aus diesen alten drei Kraftwerken. Daran hängen die Vestische Kinderklinik und andere wichtige Einrichtungen, und Sie sagen monatelang: Das interessiert uns überhaupt nicht.

Dann wird erklärt: Wir können das ja kompensieren. Wir können bei der Steag irgendwie einen Transistor dazwischenschalten. – Meine Damen und Herren, aus normalem Strom Eisenbahnstrom zu erzeugen – das macht man nicht so eben mal.

(Zuruf von Wibke Brems [GRÜNE])

Dazu müssen Sie ein Gerät entwickeln, das dauert zwei Jahre. 50 Hertz und 16 2/3 Hertz sind ein Unterschied. Sie können nicht einfach Eisenbahnstrom herstellen.

Ihre geliebte Eisenbahn drohte, dann stillzustehen. Erst als Herr Grube kommt und erklärt: „Ich lasse 20 bis 30 % der Züge ausfallen, weil ich keinen Strom mehr habe“, haben Sie sich endlich bequem und in Bewegung gesetzt. Jetzt haben Sie eine Duldung ausgesprochen. Was ist eine Duldung denn? – Rechtssicherheit ist das auch nicht.

Was ist denn mit den alten Kraftwerken?

Bei Shamrock haben Sie auch eine Duldung ausgesprochen. Mir wäre ein rechtlicher Rahmen lieber, sodass der Betreiber ein Anrecht hat, eine gewisse Zeit weitermachen zu können.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Das ist aber kompliziert, Herr Kollege!)

Das wollen Sie nicht. Sie wollen mit NABU und allen anderen so etwas verhindern.

Es mag Gründe geben – diese habe ich aber weder in Berlin noch in Düsseldorf nachvollziehen können –, warum man erneuerbaren Energien und Energie in zwei verschiedene Ministerien packt. Und dann meldet sich der Minister für erneuerbare immer zu nicht erneuerbaren Energien. Aber gut, Kohle ist auch erneuerbar. Es dauert nur ein paar Millionen Jahre, bis wir wieder neue haben.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Sie äußern sich permanent dazu und erklären, Sie stünden zum Industriestandort NRW, zu Eisen, Stahl und Aluminium, unterstützen aber alle im Lande, die dagegen sind. Diese Doppelstrategie kann man nicht durchgehen lassen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ich erwarte von der Landesregierung, von Ihnen, Herr Wirtschaftsminister, aber auch von der Ministerpräsidentin, die sonst immer das Hohelied der

Kohle gesungen, die jeden Bergmann umarmt und im Bergmannskittel gesungen hat ...

(Beifall von Minister Michael Groschek)

Zur Kohle ist im Übrigen nicht eine einzige Silbe in der Regierungserklärung gesagt worden – damit das auch klar ist. „Kohle“ und „Kohlefolgen“ hat nicht mehr stattgefunden.

Ich erwarte ein klärendes Wort nach dem Motto: Die Landesregierung wünscht Datteln 4. Sie wünscht ein Weiterlaufen von Datteln 1 bis 3, bis wir Rechtssicherheit haben.

Mit der Einlassung allerdings, Sie hätten keine Meinung, aber mit einem Urteil aus Münster hätten Sie vielleicht eine Meinung, damit lässt sich keine Politik machen.

Die Region – dazu gehört NewPark, dazu gehört das Kraftwerk – hat es bitter nötig, neue Arbeitsplätze zu bekommen. Die Art und Weise, wie Sie mit solchen Instrumenten umgehen, ist hanebüchen.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege.

**Lothar Hegemann<sup>\*)</sup>** (CDU): Deshalb: Setzen Sie endlich ein Signal und sagen Sie Ja zu diesen Kraftwerksblöcken, bis Datteln 4 läuft.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Hegemann. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Eiskirch.

**Thomas Eiskirch<sup>\*)</sup>** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Hegemann, es ist schon toll, dass die CDU zu den ihr wichtigsten Themen nur die besten Redner ans Rednerpult stellt.

(Heiterkeit von den GRÜNEN und von Minister Johannes Remmel – Gegenrufe von der CDU)

Wenn Ihr Generalsekretär, Kollege Hegemann, recht hat, dass es notwendig für die CDU ist, wieder Wirtschaftskompetenz nachzuweisen, war das erneut ein extrem untauglicher Versuch. Viel Glück auf diesem Weg. Wir begleiten Sie dabei gern.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU: So gering ist der Applaus!)

Kollege Hegemann, wir haben zum wiederholten Mal über das Thema „Datteln“ diskutiert. Wenn es etwas gibt, das wir gemeinsam feststellen können, so ist es Folgendes: Das Thema „Datteln“ war der Dilettantismuskachweh der Regierung Rüttgers, Kolleginnen und Kollegen, nichts anderes!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lachen von der CDU)

Wenn es etwas gibt, das Sie nachlesen und nachhören könnten, so ist es das Bekenntnis dieser Landesregierung,

(Zuruf von der CDU: Wo denn?)

deutlich zu sagen: Wenn Datteln 4 rechtlich möglich ist, wird es kommen. Wenn es rechtlich nicht möglich ist, kann man es nicht herbeizaubern, Kolleginnen und Kollegen.

Ich sage Ihnen zum 15. Mal: Es wäre viel hilfreicher, ein konkretes Konzept vorzulegen, wie man das Ihrer Meinung nach auch ohne rechtliche Prüfung sicherstellen könnte.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ach, lieber Thomas Eiskirch!)

Sie tun das aber nicht, sondern Sie kommen immer mit dem gleichen Müll.

Ich hätte ehrlich gesagt von Ihnen erwartet, dass Sie diesen Antrag zurückziehen. Denn im Antrag fordern Sie alles rund um das Thema „Duldung“ und fragen: Wie bekommen wir diese Übergangszeit geregelt? Dazu hat diese Landesregierung eine verantwortungsvolle Antwort gegeben: die, die rechtlich möglich ist.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Heute schieben Sie einen Entschließungsantrag nach, um das Thema zu drehen. Und das soll dann noch in die Ausschüsse zur Weiterberatung überwiesen werden – wie lächerlich kann man sich machen?

Herzlichen Glückwunsch auf dem Weg, inhaltlich erübrigt sich jede Debatte!

(Beifall von den GRÜNEN)

Dazu wurde in diesem Hohen Hause alles mehrfach gesagt.

Wir sind auf dem einzig gangbaren Weg, indem wir nach und nach prüfen, wie man die vom Gericht gesetzten Hürden überwinden und die aufgeworfenen Fragen beantworten kann. Diesen Weg gehen wir alle gemeinsam, die regierungstragenden Fraktionen und die dafür zuständigen Ministerien, in einer ausgesprochen verantwortungsvollen Art und Weise.

Das Krakeelen und das laute Schreien, ohne dabei rot zu werden, Kollege Hegemann, mag Ihre Form von Wirtschaftskompetenz sein. Unsere macht sich an Ergebnissen fest. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

**Wibke Brems<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Hegemann, Ihre Definition von erneuerbaren Energien ist schon etwas komisch. Der Begriff „erneuerbare Energien“ bedeutet nämlich, dass diese Energieträger im Rahmen eines menschlichen Zeithorizonts praktisch unerschöpflich zur Verfügung stehen. Darunter jetzt irgendwie mit erweitertem Zeithorizont noch die Kohle zu fassen, finde ich schon etwas abstrus. Genauso abstrus sind leider auch Ihre Vorstellungen, was das Verfahren zu Datteln 1 bis 3 und Shamrock angehen.

Sie haben eben gesagt, für den Weiterbetrieb von Datteln 1 bis 3, damit weiter Bahnstrom zur Verfügung steht, muss erst ein Gerät erfunden werden.

(Lothar Hegemann [CDU]: Nein!)

Es muss ein Umrichter gebaut werden, und zwar ist das eben nicht schnell getan, sondern bis zum Jahr 2014 zu machen. Das Ganze ist aber nie ein Problem gewesen, sondern das verlangt nun einmal der zeitliche Horizont. Und ich bin sehr froh, dass wir hier eine Lösung an der Stelle genauso wie für die Wärmeversorgung aus Shamrock gefunden haben. Die Alternative in Shamrock wäre doch gewesen, unzählige LKW-Ladungen Öl durch die Siedlung zu kutschieren. Und die Lösung, die jetzt gefunden wurde, bis zum nächsten Frühjahr eine Duldung zu vereinbaren, finde ich genau richtig.

Weil sich nun alles anscheinend zu Ihrem Bedauern, liebe CDU, gut gefügt hat, schieben Sie dann noch eben diesen Entschließungsantrag zu Datteln 4 hinterher. Ich habe mich dabei gefragt, ob Ihnen das eigentlich nicht nach der schlampigen Arbeit, die Sie als schwarz-gelbe Regierungskoalition hier durchgeführt haben, viel zu peinlich ist, den x-ten Antrag zu diesem Thema hier zu führen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte nämlich, lieber Herr Hegemann, zum Thema „Knüppel zwischen die Beine werfen“ nur daran erinnern, dass das Urteil, das den Weiterbau von Datteln eben verhindert hat, im Jahr 2009 ergangen ist. Das war zu der Zeit, als Sie hier an der Regierung waren. Dafür, das immer wieder vorgeworfen zu bekommen, stehen wir nicht zur Verfügung. Das war Ihre Verantwortung, und genau dabei bleibt es auch.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Brockes.

**Dietmar Brockes** (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, in der Tat, das Thema Kraftwerksstandort Datteln haben wir heute wirklich nicht zum allerersten Mal. Gerade in den vergangenen Legislaturperioden hatten wir das mehr als einmal. Und das, weil wir es gerade auf die Agenda gesetzt haben, die Fraktionen von CDU und FDP, weil es ganz offensichtlich ist, dass Sie dieses hochmoderne Kohlekraftwerk nicht haben wollen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Quatsch!)

Meine Damen und Herren, wir haben es mit dem Druck, den wir gemeinsam mit der Bahn aufgebaut haben, geschafft, dass jetzt endlich der Weiterbetrieb von Datteln 1 bis 3 geduldet wird, und dass auch für das Kraftwerk Shamrock ein Weiterbetrieb in Aussicht gestellt wurde.

Wie weit da die grüne Propaganda schon gegangen ist, wird daran deutlich, wenn man sich heute die „Bild“-Zeitung in der Region anschaut, wo von einem Atomkraftwerk Shamrock die Rede ist. Das zeigt, wie fanatisch-ideologisch die Grünen gegen die Kohlekraftwerke vorgehen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Fakt ist, wir brauchen dieses Kraftwerk. Das ist eben ein Punkt, der gerade in der Koalition unter Rot-Grün sehr umstritten ist. Da erinnere ich noch einmal daran, was doch der damalige Kollege des Wirtschaftsministers, der jetzt leider nicht hier ist, Herr Trittin, im Landtagswahlkampf 2010 gesagt hat, meine Damen und Herren. Ich zitiere Herrn Trittin: Jeder, der mit den Grünen koalieren will, muss sich darauf einstellen, dass dieses Investment nicht zu Ende gebaut wird. – Hört, hört!

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen seitens der SPD-Fraktion, ich bin gespannt, wer letzten Endes Recht behalten wird. Ob Sie sich jetzt einen neuen Koalitionspartner suchen werden,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist hier kein Wunschkonzert, Herr Brockes!)

oder ob sich die grüne Position wieder einmal durchsetzt.

Fakt, meine Damen und Herren, ist jedenfalls, dieses hochmoderne Kraftwerk Datteln 4 wird gebraucht. Es ist das modernste mit einem Wirkungsgrad von 45 % beziehungsweise, wenn wir die Fernwärme hinzunehmen, sogar von 50 %. Das ist ein wichtiges Investment für Nordrhein-Westfalen und aus industriepolitischer Sicht absolut notwendig.

Da wir jetzt am Ende der langen Haushaltsberatungswoche sind, möchte ich noch einen Hinweis an die Koalitionsfraktionen geben: Sorgen Sie doch bitte dafür, dass endlich E.ON das Kraftwerke nicht mehr bei den Verlusten mit abschreiben kann, dann

tun Sie auch etwas für Ihren Haushalt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion der Piraten spricht Kollege Schmalenbach.

**Kai Schmalenbach (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger hier im Saal und zu Hause! Ich denke, ich spreche für alle, wenn ich sage: Ich wünschte mir, Datteln 4 wäre nicht so sehr in die Hose gegangen.

Seit geraumer Zeit beschäftigt uns der Kraftwerkskomplex in Datteln. Schon im September 2009 war ein mögliches Ende des Projekts Datteln 4 wegen zahlreicher Planungsmängel zumindest absehbar. Durch verschiedene gerichtliche Instanzen konnten wir das in den Medien verfolgen. Ich hatte spätestens seit Oktober 2010 keinen Cent mehr auf eine Genehmigung für Datteln 4 gesetzt.

Die Abhängigkeit der Bahn von den Kraftwerken in Datteln war unterdessen hinreichend bekannt. Alternative Stromkonzepte seitens der Bahn oder E.ON als Reaktion: keine. Und nun, Ende 2012, wird argumentiert, die Duldung von Datteln 1 bis 3 sei von öffentlichem Interesse. Man könne deshalb nicht zum 31.12. abschalten. Und das, obwohl die Altkraftwerke in Datteln den Umweltschutzanforderungen der EU nicht mehr genügen. Die Regierung scheint der Aufforderung der Bahn laut der Presseberichte 1:1 folgen zu wollen. Während wir nun durchaus nachvollziehen können, dass die Ausfallsicherheit des Stroms für die Bahn gewährleistet werden sollte, müssen doch einige Fragen erlaubt sein:

Warum haben weder E.ON noch die Bahn etwas gegen diesen unweigerlich kommenden Missstand unternommen, obwohl selbst für Laien erkennbar war, dass die nun angeführten Probleme auf sie zukommen würden und sie auf diesen Umstand zunehmend explizit von NGOs hingewiesen wurden?

Warum will die Regierung denn nun einfach nachgeben, obwohl die Versäumnisse ganz klar aufseiten der beteiligten Unternehmen liegen?

Welche Bedingungen sind an das Nachgeben der Regierung gekoppelt?

Wie wird sichergestellt, dass die alten Blöcke für die rechtlich fragliche Betriebsverlängerung der bis zu Anfang 2013 umzusetzenden IED gerecht werden?

Warum wird ein Horrorszenario produziert, nach dem 30 % des Bahnangebotes durch die Stilllegung von Datteln 1 bis 3 wegfallen? Nach unseren Informationen trifft das nur auf sehr kalte Wintertage zu und an exakt denen würde es mich schon sehr

wundern, wenn die 30 % eine höhere Quote darstellten als die Standardquote der Bahn an solchen Tagen.

(Beifall von den PIRATEN)

Warum werden und wurden keinerlei Alternativen in Betracht gezogen? Nach unseren Informationen kommen andere Kraftwerke als Datteln durchaus infrage und eine ausreichend dimensionierte Umrichteranlage sollte in sechs Monaten zu errichten sein.

Warum glauben sowohl die CDU als auch die Regierung, dass die Politik dafür verantwortlich ist, Lösungen für die Versäumnisse großer Industrieunternehmen zu liefern, und das auch noch, indem der rechtlich fragwürdige Weg einer genehmigungsfreien Duldung gewählt wird?

Wir werden diesen Antrag ablehnen. Seit mehr als drei Jahren werden alle Fakten seitens der Betroffenen ignoriert. Die Betreiber sind sehenden Auges in die Probleme gerannt. Wenn Privatunternehmer dermaßen grob fahrlässig handeln, gehen sie in die Insolvenz. Niemand wird ihnen helfen. Wenn aber relevante Unternehmen so handeln, werden diese dafür augenscheinlich von der Politik belohnt. Das können wir nicht unterstützen.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich würde Ihnen empfehlen, die Bahn umgehend damit zu beauftragen, alternative Standorte zu ermitteln und binnen Rekordzeit einen Umrichter errichten zu lassen, damit die Versorgung der Bahn mit Strom kurzfristig anderweitig realisiert werden kann.

Weiterhin würde ich vorschlagen, die Bahn noch heute Abend zu informieren, dass es keinerlei Grund gibt, einen weiteren Betrieb von Datteln 1 bis 3 für 14 Monate zu dulden und sie dementsprechend noch 1,5 Monate Zeit hat, einen alternativen Standort zu finden, um dort einen Umrichter zu bauen.

(Zuruf)

– Ja, ja. – Das Signal, das sowohl der Antrag als auch das Einlenken der Regierung aussenden, ist ein grundlegend falsches. Hier wird vermittelt, dass Unternehmen nur eine gewisse Relevanz haben müssen, damit sie sich einfach alles erlauben können, während jeder andere in diesem Land niemals mit einer solchen Vorgehensweise überleben könnte.

Das umgekehrte Signal sollte gesetzt werden. An der Stilllegung der Altkraftwerke in Datteln sollte festgehalten werden, und der Bahn sollten Konventionalstrafen für jeden ausgefallenen Zug auferlegt werden, damit auch diese Unternehmen eine Chance haben, zu erkennen, welche Folgen unverantwortliches Handeln hat.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage ...

**Kai Schmalenbach (PIRATEN):** Nein, danke. – Mindestens aber muss die Umsetzung der Idee gewährleistet sein. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank. – Damit hat sich das mit der Zwischenfrage erledigt. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Remmel.

**Johannes Remmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hegemann, so sehr ich Sie ja auch schätze, aber eben hatte ich bei Ihrer Rede doch schon den Eindruck, da flog einer übers Kuckucksnest. Mit solchen Irrungen, Wirrungen und Verdrehungen zu arbeiten, deutet darauf hin, dass Ihr eigentlicher Antragsgegenstand, den Sie heute beantragt haben, einfach verschwunden ist. Sie hätten ehrlicherweise heute sagen müssen: Der Antrag ist erledigt. Danke. Wir können frühzeitig nach Hause.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man dann gar nichts mehr weiß, dann muss man über Datteln 4 reden. So war Ihre Rede aufgebaut. Ich kann es gerne noch einmal wiederholen.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Wenn wir über Datteln 4 sprechen, dann rate ich Ihnen auch: Gucken Sie nicht nur in die Urteile, die zu Datteln 4 ergangen sind! Gucken Sie auch in das Urteil zu Lünen! Dann wird nämlich klar, dass es hier nicht um politisches Wollen geht, sondern um rechtliches Können. Damit muss man sich auseinandersetzen. Das geht nicht mit einer solchen Wischiwaschigeschichte, wie Sie das eben hier versucht haben, sondern da muss man ins Detail gehen und muss sich mit den rechtlichen Fragen – und die sind höchst kompliziert – auseinandersetzen. Das hat aber mit der Frage der Versorgungssicherheit in diesem ganz konkreten Fall nur begrenzt etwas zu tun.

Ich möchte auch klarstellen, dass die Verantwortung für die Versorgung sowohl mit Fernwärme als auch mit entsprechendem Bahnstrom bei dem Unternehmen liegt. Dafür ist nicht die Landesregierung verantwortlich.

(Beifall von den PIRATEN)

Von Anfang an ist klar: Für die Verantwortung steht hier das Unternehmen.

Die Situation, wie wir sie heute haben, hätten wir schon vor gut einem Jahr haben können. Die Ent-

scheidungen waren damals getroffen. Aber das Unternehmen war nicht bereit, den Rechtszustand zu akzeptieren, und hat eine entsprechende Revision beim Bundesverwaltungsgericht beantragt. Dadurch sind Dinge verzögert worden. Dadurch sind Gespräche nicht abgeschlossen worden. Dadurch ist auch nicht erkennbar geworden, was für eine entsprechende Duldung nötig ist, dass nämlich das Unternehmen in allen Bereichen deutlich unterstreicht, dass es alles tun will und muss, um die Duldung möglichst schnell zu beenden.

Jetzt ist die Situation so, dass das Unternehmen diese Anstrengungen in allen Bereichen deutlich erkennbar unternimmt. Insofern sind alle rechtlichen Voraussetzungen gegeben, um in beiden Fällen diese begrenzte Duldung auszusprechen.

Ich mache auch darauf aufmerksam – insofern hat das eine mit dem anderen wenig zu tun –, dass wir uns hier nicht im Recklinghausener Landrecht bewegen, sondern im Bundesimmissionsrecht. Das Bundesimmissionsrecht sah vor, dass 2006 die Eigentümer von Altanlagen sich erklären mussten, ob sie denn eine Nachrüstung vornehmen, um ab 2012 den Anforderungen des Bundesimmissionsschutzrechtes Genüge zu tun, oder ob sie die Genehmigung zurückgeben.

E.ON hat sich damals entschieden – ohne eine Genehmigung zu haben für Datteln 4 und ohne das überhaupt in einen Begründungszusammenhang gebracht zu haben –: Wir verzichten auf die Genehmigung von Datteln 1 bis 3 und Shamrock, weil wir nicht nachrüsten wollen.

Das ist die rechtliche Situation.

Die Landesregierung ist der Auffassung – bestätigt durch die Gerichte in Nordrhein-Westfalen –, dass, wenn man einmal eine Genehmigung zurückgegeben hat, man die nicht erneut bekommen kann, nach dem Motto „Wir haben uns vielleicht damals falsch entschieden“.

Das steht jetzt zur Prüfung beim Bundesverwaltungsgericht an. Am 15. November wird dort entschieden. Dann muss entsprechend gehandelt werden.

Für die Landesregierung aber ist klar, dass eine Versorgungslücke nicht entstehen kann und entstehen wird. Das ist jetzt zwischen der Bezirksregierung, der Landesregierung und dem Unternehmen geklärt. Deshalb gibt es die entsprechenden Veröffentlichungen, und deshalb meine ich, dass Ihre Antragslage überflüssig ist.

Ich möchte es an beiden Beispielen beschreiben: Die Errichtung eines Umrichters zur Versorgung mit Bahnstrom ist durch die Genehmigung der Bezirksregierung Arnsberg, einen solchen Umrichter dort im Außenbereich errichten zu können, vorbereitet. Das Unternehmen baut schon. Insofern ist auch der

Baufortschritt zu betrachten. Nach Lage aller Dinge wird das im Februar 2014 abgeschlossen sein.

Im Übrigen sind die Genehmigung und der Antrag auf Errichtung des Umrichters auch nicht mit Bezug auf eine spätere Nutzung von Datteln 4 gestellt worden. Auch das ist notwendig und rechtlich notwendig zur entsprechenden Begründung. Die Fernwärmeversorgung ist bis dahin ebenfalls sichergestellt und wird danach durch eine Innovation bzw. eine Erneuerung des Heizkessels und der Anlage gewährleistet.

Das Gleiche gilt für Shamrock. Hier ist die Wärmeversorgung ab Herbst 2013 durch eine entsprechende Neubauleitung der Firma STEAG gesichert. Bis dahin – bis zum Frühjahr 2013 – muss geduldet werden und werden wir dulden. Dann ist der Wärmebedarf in der Größenordnung – jedenfalls gutachterlich untermauert – nicht mehr nötig und wird über die Sommermonate auch nicht gebraucht.

Wir haben alle rechtlichen Vorkehrungen getroffen, und wir waren dauernd im Gespräch. Im Übrigen hätte es keiner Aktion der Deutschen Bahn bedurft. Ich hatte den Eindruck, dass Herr Grube sozusagen vorsorglich Politik macht, um auf mögliche Zugausfälle, die anders – durch das Wetter – begründet sind, hinzuweisen und sich dahinter zu verstecken. Wir haben alle Dinge vorbereitet und die rechtlichen Notwendigkeiten entsprechend mit dem Unternehmen und der Bezirksregierung geklärt, sodass Versorgungsengpässe – dafür haben wir die Verantwortung übernommen – nicht entstehen werden.

Es muss aber deutlich sein, dass alle Beteiligten – das gilt insbesondere für das Unternehmen – alle Anstrengungen dokumentieren müssen, um diesen Zustand der Duldung möglichst frühzeitig zu beenden. Zeitpunkte sind hier genannt. Bei Shamrock ist es das Frühjahr 2013, bei Datteln 1 bis 3 ist es der Februar 2014. Danach wird es eine neue Situation, jeweils durch das Unternehmen geschaffen, geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Ich teile nachrichtlich mit, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 1 Minute und 40 Sekunden überzogen hat. Ich frage die Fraktionen, ob sie von dieser Redezeit noch einmal Gebrauch machen möchten. – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 16/1046** einschließlich des **Entschließungsantrages Drucksache 16/1376** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** – federführend – und an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** sowie an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig vorgenommen worden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, den 28. November, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 15:49 Uhr**

---

\*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

## Anlage

### **Zu TOP 8 – „Kein Fracking in Nordrhein-Westfalen: Trinkwasserschutz hat Vorrang“ – nach § 46 Abs. 2 GeschO von Michele Marsching (PIRATEN) zu Protokoll gegebene Erklärung**

*Hiermit begründe ich mein Abstimmungsverhalten mit der Bitte, dieses dem Protokoll hinzuzufügen:*

*Ich habe mich bei der Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksache 16/866 enthalten.*

*Gesonderte Begründung: Der Antrag bildet zwar eine gute Grundlage, ist jedoch für mich in dieser Form nicht zustimmungswürdig.*

*gez. Michele Marsching MdL*